



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

11 | 2019

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Aus dem Inhalt:

Chemische Industrie 2018

Verdienste 2018

Grundsicherung 2018



Fotonachweis

Titelfoto: totojang1977 – stock.adobe.com

Die Chemische Industrie ist in Rheinland-Pfalz – gemessen am Umsatz und an den Beschäftigten – nach wie vor die wichtigste Branche des Verarbeitenden Gewerbes. Durch die überdurchschnittliche Entwicklung der Chemischen Industrie in den letzten zehn Jahren haben sich sowohl der Umsatz- als auch der Beschäftigtenanteil weiter erhöht.

11 | 2019

STATISTISCHE MONATSHEFTE

72. Jahrgang

kurz + aktuell	751
----------------	-----

Industrie ■ Baugewerbe ■ Tourismus ■ Handwerk Soziales ■ Strafvollzug ■ Umwelt ■ Verkehr	
---	--

Aus der amtlichen Statistik	760
-----------------------------	-----

Verbraucherpreisindex	762
-----------------------	-----

Rheinland-Pfalz in Karten: PKW-Dichte 2019 nach Verwaltungsbezirken	763
--	-----

Die Chemische Industrie 2018 – Bedeutung und Entwicklung	764
---	-----

Verdienste 2018 – Eine Analyse auf Basis der Vierteljährlichen Verdiensterhebung	775
---	-----

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2018 – Struktur und Entwicklung des Leistungsbezugs	790
---	-----

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	801
-------------------------------	-----

Neuerscheinungen	817
------------------	-----

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2019

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Rückgang der Industrieproduktion im August

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion ist im August 2019 gesunken. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex um 5,7 Prozent unter dem Niveau des Vormonats.

In zwei der drei industriellen Hauptgruppen war die Ausbringung im August geringer als im Monat zuvor. Den größten Rückgang gab es in der Konsumgüterindustrie, deren Produktion in den vergangenen Monaten besonders stark schwankte (–34 Prozent). In der Vorleistungsgüterindustrie schrumpfte der Output um 2,5 Prozent. Der Güterausstoß der Investitionsgüterhersteller fiel etwas höher aus als im Juli (+0,3 Prozent).

Die drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes entwickelten sich unterschiedlich. Die Kraftwagen- und Kraftwagenteilindustrie, die die zweitgrößte Branche ist und zur Investitionsgüterindustrie gehört, drosselte im August ihre Produktion (–5,7 Prozent). Auch in der Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und die Branche mit dem höchsten Umsatz ist, sank die Ausbringung (–1,2 Prozent). Der Maschinenbau, der zur Investitionsgüterindustrie gehört und unter den Industriebranchen gemessen am Umsatz an dritter Stelle steht, erhöhte seinen Güterausstoß hingegen um 7,8 Prozent.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Aug. 2019		Jan. bis Aug. 2019
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu		
	Juli 2019	Aug. 2018	Jan. bis Aug. 2018
Entwicklung der Produktion			
Industrie	-5,7 % ↓	-32,9 % ↓	-19,3 % ↓
Vorleistungsgüterproduzenten ²	-2,5 % ↓	-8,5 % ↓	-2,5 % ↓
Investitionsgüterproduzenten	0,3 % ↗	-3,1 % ↓	-3,8 % ↓
Konsumgüterproduzenten	-33,7 % ↓	-82,4 % ↓	-54,4 % ↓
Chemie	-1,2 % ↘	-4,9 % ↓	-1,7 % ↘
Fahrzeugbau	-5,7 % ↓	-3,7 % ↓	1,7 % ↗
Maschinenbau	7,8 % ↑	-5,3 % ↓	-12,5 % ↓
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	7,1 % ↑	-13,4 % ↓	-15,8 % ↓
Inland	0,4 % ↗	-7,5 % ↓	-8,4 % ↓
Ausland	11,5 % ↑	-16,7 % ↓	-19,9 % ↓
Vorleistungsgüterproduzenten ²	3,1 % ↑	-5,4 % ↓	-6,2 % ↓
Investitionsgüterproduzenten	10,5 % ↑	-0,8 % ↘	-12,8 % ↓
Konsumgüterproduzenten	11,9 % ↑	-57,4 % ↓	-45,2 % ↓
Chemie	2,3 % ↑	-5,6 % ↓	-5,7 % ↓
Fahrzeugbau	17,3 % ↑	-7,5 % ↓	-17,8 % ↓
Maschinenbau	7,3 % ↑	6,4 % ↑	-10,4 % ↓

¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – ² Einschließlich Energie.

¹ Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – ² Einschließlich Energie.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist die Industrieproduktion stark zurückgegangen (–33 Prozent). Der Output der Konsumgüterindustrie fiel ausgehend von einem außergewöhnlich hohen Niveau im August 2018 deutlich (–82 Prozent). Auch in der Investitionsgüterindustrie und in der Vorleistungsgüterindustrie war der Güterausstoß geringer als ein Jahr zuvor. Alle drei umsatzstärksten Branchen drosselten ihre Produktion.

Mehr Auftragseingänge der Industrie im August

Im August 2019 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex um 7,1 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Während die Bestellungen aus dem Inland nur geringfügig zulegten (+0,4 Prozent),

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



gingen aus dem Ausland 11,5 Prozent mehr Bestellungen ein.

Alle drei industriellen Hauptgruppen verzeichneten Zuwächse. In der Konsumgüter- und in der Investitionsgüterindustrie stiegen die bereinigten Auftragseingänge mit zweistelligen Raten (+12 bzw. +10,5 Prozent). Die Nachfrage nach Vorleistungsgütern erhöhte sich um 3,1 Prozent.

Die drei größten Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie profitierten von dem Nachfrageanstieg. In der Chemieindustrie nahm das Ordervolumen um 2,3 Prozent zu. Einen besonders kräftigen Zuwachs von 17 Prozent verbuchten die Her-

steller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Im Maschinenbau stiegen die Bestellungen ebenfalls deutlich (+7,3 Prozent).

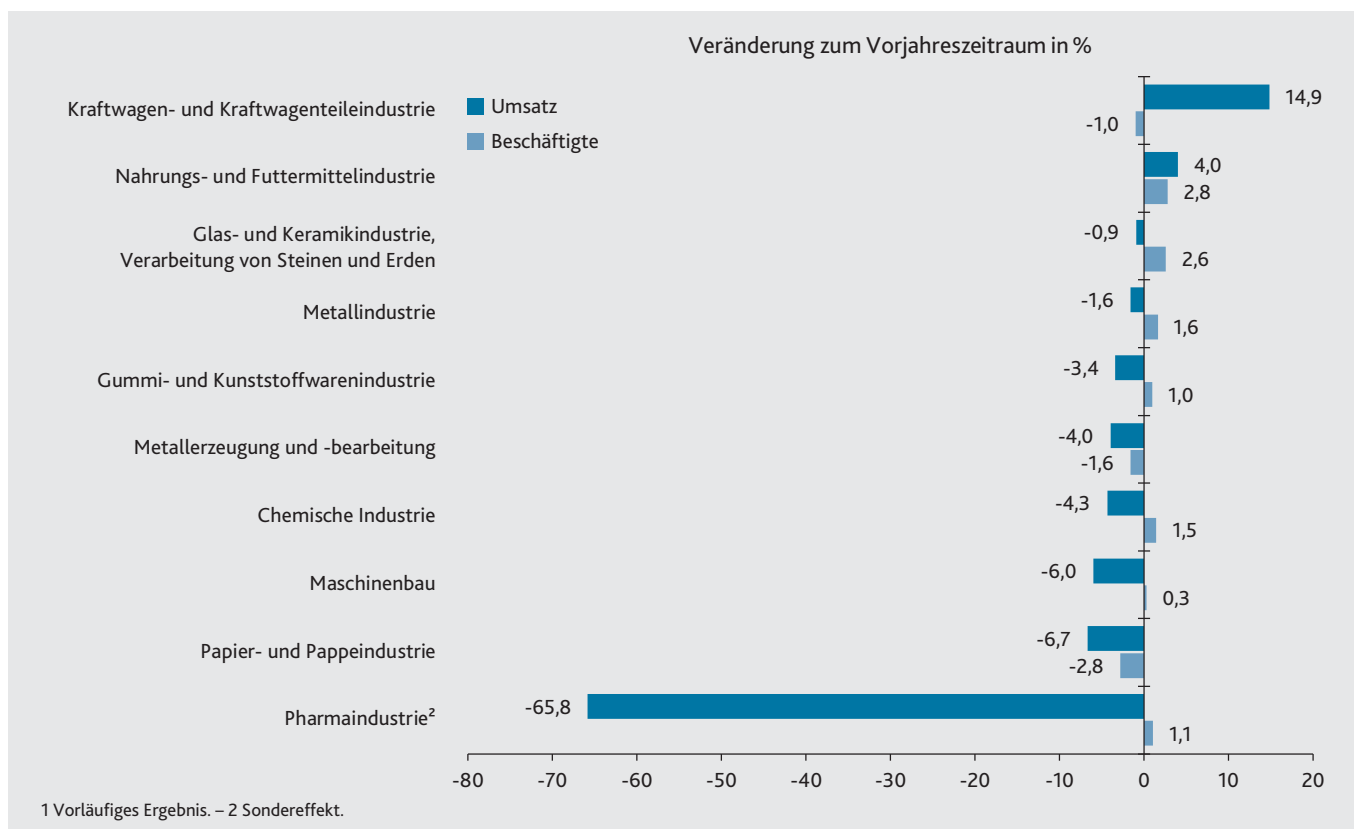
Trotz der kurzfristigen Zunahme lagen die bereinigten Auftragseingänge unter dem Niveau des Vorjahresmonats (-13 Prozent). Sowohl das Inlands- als auch das Auslandsgeschäft lief schlechter als ein Jahr zuvor (-7,5 bzw. -17 Prozent). In allen drei Hauptgruppen waren die Bestellungen rückläufig. In zwei der drei umsatzstärksten Industriebranchen sank die Nachfrage. Nur im Maschinenbau fiel das Ordervolumen im August höher aus als im Vorjahresmonat.

Industrieumsätze weiterhin rückläufig, Beschäftigtenzahlen steigen leicht an

Die Umsätze der Industrie in Rheinland-Pfalz gehen zurück. Die Erlöse von Januar bis August lagen um 7,1 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum (Deutschland: -0,5 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten in der rheinland-pfälzischen Industrie stieg im August 2019 erneut an, markiert aber mit +0,6 Prozent den niedrigsten Zuwachs im Jahr 2019 (Deutschland: +0,3 Prozent).

Die Umsatzerlöse lagen von Januar bis August 2019 bei 63,15 Milliarden Euro. Die inländischen Umsätze

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie von Januar bis August 2019¹
nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



gingen um 4,1 Prozent und die Auslandsumsätze um 9,3 Prozent zurück. (Deutschland: -1,4 und +0,4 Prozent). Die Rückgänge der Auslandsgeschäfte schlugen sich in einer niedrigeren Exportquote nieder: Sie lag von Januar bis August 2019 mit 56,7 Prozent um 1,1 Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahreszeitraums.

Nur in zwei der zehn umsatzstärksten Industriebranchen lagen die Erlöse in den ersten acht Monaten 2019 über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die mit Abstand größte prozentuale Umsatzsteigerung verbuchten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+15 Prozent). Dahinter folgen die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln (+4 Prozent). Den größten Rückgang verzeichnete die Pharmaindustrie (-66 Prozent). Die Entwicklung in der Pharmaindustrie wird von Sondereffekten überlagert und spiegelt nicht die allgemeine Entwicklung der Branche wider. Umsatzrückgänge gab es auch bei den Herstellern von Papier- und Pappe und im Maschinenbau. Allerdings lagen die Abnahmen mit +6,7 und +6 Prozent auf einem deutlich niedrigeren Niveau.

Insgesamt waren in den ersten acht Monaten durchschnittlich gut 260 000 Personen in den rheinland-pfälzischen Industriebetrieben beschäftigt. Gegenüber dem Vergleichszeitraum 2018 erhöhte sich der Beschäftigtenstand um 1,1 Prozent (Deutschland: +1,3 Prozent). Mit dem niedrigsten Wert für das Jahr 2019 zeigen sich im August auch hier die Spuren einer konjunkturellen

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Aug. 2019		Jan. bis Aug. 2019
	Veränderung des Wertes ¹ zu		
	Juli 2019	Aug. 2018	Jan. bis Aug. 2018
Auftragseingang	5,6 % ↑	-6,7 % ↓	3,6 % ↑
Hochbau insgesamt	32,8 % ↑	4,7 % ↑	-0,6 % ↓
Wohnungsbau	108,5 % ↑	80,8 % ↑	5,1 % ↑
gewerblicher Hochbau	16,6 % ↑	-25,5 % ↓	0,2 % ↑
öffentlicher Hochbau	-24,7 % ↓	-7,1 % ↓	-11,8 % ↓
Tiefbau insgesamt	-13,2 % ↓	-16,4 % ↓	7,5 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-10,4 % ↓	8,1 % ↑	27,3 % ↑
Straßenbau	-17,4 % ↓	-11,0 % ↓	7,6 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-5,8 % ↓	-43,0 % ↓	-7,9 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	0,1 % ↗	8,9 % ↑	11,1 % ↑
Hochbau insgesamt	3,5 % ↑	13,2 % ↑	13,0 % ↑
Wohnungsbau	8,5 % ↑	6,3 % ↑	8,3 % ↑
gewerblicher Hochbau	0,4 % ↗	12,9 % ↑	20,9 % ↑
öffentlicher Hochbau	2,4 % ↑	29,6 % ↑	4,4 % ↑
Tiefbau insgesamt	-3,1 % ↓	5,0 % ↑	9,4 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-7,9 % ↓	6,0 % ↑	7,1 % ↑
Straßenbau	-0,4 % ↘	0,7 % ↗	5,9 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-3,2 % ↓	12,2 % ↑	18,0 % ↑

¹ Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

Abkühlung. Sieben der zehn gemessen am Umsatz bedeutendsten Industriezweige gemessen am Umsatz wiesen eine positive Entwicklung auf. Das größte Plus verzeichneten die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln (+2,8 Prozent), dicht gefolgt von den Herstellern von Glas, Glaswaren, Keramik und Verarbeitung von Steinen und Erden (+2,6 Prozent). Die größten Rückgänge bei der Belegschaft gab es in der Papierindustrie (-2,8 Prozent).

Aufträge im Bauhauptgewerbe im August höher als im Vormonat, Umsätze nahezu unverändert

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im August

2019 mehr Aufträge und geringfügig höhere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge erhöhten sich im Vergleich zum Juli 2019 – kalender- und saisonbereinigt – um 5,6 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz blieb nahezu unverändert (+0,1 Prozent). Gegenüber den ersten acht Monaten 2018 verbesserte sich das Ordervolumen um 3,6 Prozent und der Umsatz um elf Prozent.

Im Vergleich zum Juli 2019 stiegen die bereinigten Auftragseingänge im Hochbau gegenüber dem Vormonatsergebnis kräftig an (+33 Prozent). Im Tiefbau war dagegen ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen (-13 Prozent). Nach den erheblichen Auftragseinbußen im Vormonat

errechnet sich für den Wohnungsbau ein sprunghafter Anstieg (+108,5 Prozent). Der gewerbliche Hochbau konnte ebenfalls eine höhere Nachfrage verbuchen (+17 Prozent). Die stärksten Einbußen gab es im öffentlichen Hochbau sowie im Straßenbau (–25 bzw. –17 Prozent). Gegenüber den ersten acht Monaten 2018 wurde im Tiefbau eine deutliche Nachfragesteigerung registriert (+7,5 Prozent). Im Hochbau ging die Nachfrage dagegen leicht zurück (–0,6 Prozent).

Im Vergleich zum Juli 2019 stiegen die bereinigten Erlöse im Hochbau um 3,5 Prozent. Für den Tiefbau errechnet sich dagegen ein Umsatzrückgang (–3,1 Prozent). Den stärksten Zuwachs gab es im Wohnungsbau (+8,5 Prozent). Im öffentlichen sowie im gewerblichen Hochbau verbesserten sich die Erlöse ebenfalls (+2,4 bzw. +0,4 Prozent). Dagegen blieben in allen Bereichen des Tiefbaus die Umsätze hinter dem Vormonatsergebnis zurück. Den stärksten Rückgang verzeichnete der gewerbliche Tiefbau (–7,9 Prozent). Gegenüber den ersten acht Monaten 2018 zogen die baugewerblichen Umsätze sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau kräftig an (+13 bzw. +9,4 Prozent).

Gäste- und Übernachtungszahlen von Januar bis August nur leicht verändert

Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe verzeichneten im Zeitraum von Januar bis August 2019 eine leichte Zunahme der Gäste-

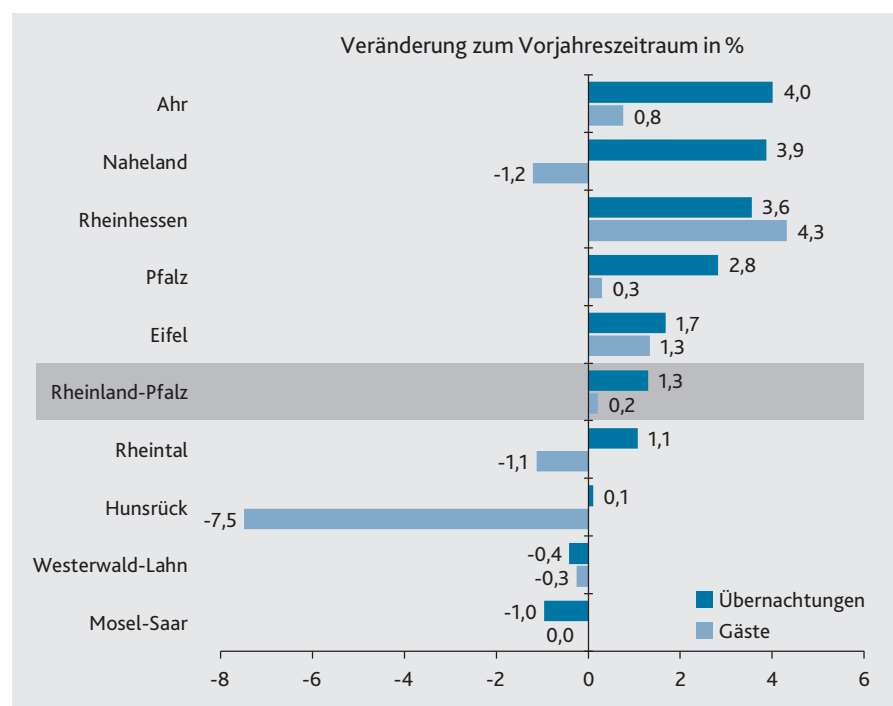
und Übernachtungszahlen. Es übernachteten 6,62 Millionen Gäste im Land, was einem Plus von 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht. Gleichzeitig nahmen die Übernachtungen um 1,3 Prozent auf 17,34 Millionen zu.

Sieben der neun Tourismusregionen verzeichneten ein höheres Übernachtungsaufkommen, wobei die Regionen Ahr und Naheland mit einem Zuwachs von vier Prozent bzw. 3,9 Prozent an der Spitze lagen. Dahinter folgte die Region Rheinhessen mit einem Plus von 3,6 Prozent. Die Gästezahlen stiegen in vier der neun Regionen; die Spannweite der Veränderung lag zwischen +4,3 Prozent in der Region Rheinhessen und –7,5 Prozent im Hunsrück.

Rund die Hälfte der elf touristischen Betriebsarten konnte von den Gäste- und Übernachtungszuwächsen profitieren. Die Hotels garnis verbuchten beim Gäste- und Übernachtungsaufkommen gegenüber dem Vorjahreszeitraum den größten Zuwachs (+12 bzw. +13 Prozent). Den stärksten Rückgang beim Gäste- und Übernachtungsaufkommen verzeichneten die Vorsorge- und Rehabilitationskliniken (–6,4 bzw. –4,3 Prozent).

Von Januar bis August 2019 übernachteten 5,15 Millionen Gäste aus dem Inland in Rheinland-Pfalz (+0,3 Prozent). Die Zahl ihrer Übernachtungen stieg um 1,5 Prozent und belief sich auf 13,16 Millionen. Aus dem Ausland kamen 1,47 Millionen Besucherinnen und Besucher, die

Übernachtungen und Gäste von Januar bis August 2019 nach Tourismusregionen



4,17 Millionen Übernachtungen buchten (+0,7 Prozent).

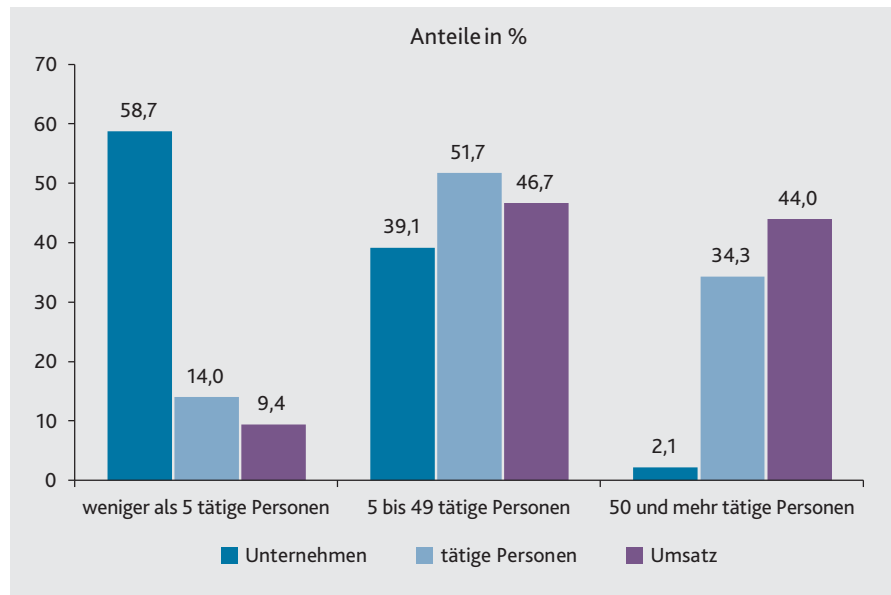
Handwerkszählung 2017: Handwerk erwirtschaftet mehr als 27 Milliarden Euro Umsatz

Im Jahr 2017 waren in Rheinland-Pfalz im zulassungspflichtigen und zulassungsfreien Handwerk 28 300 Unternehmen tätig; das sind 18 Prozent aller rheinland-pfälzischen Unternehmen. Wie auf Basis der registergestützten Handwerkszählung ermittelt, erwirtschafteten diese Unternehmen 27,5 Milliarden Euro Umsatz.

Als Arbeitgeber hat das Handwerk einen hohen Stellenwert. Die Handwerksunternehmen in Rheinland-Pfalz beschäftigten 2017 insgesamt 247 700 Personen; dazu zählten – neben den Inhaberinnen und Inhabern – rund 182 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Von allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land waren damit 15 Prozent im Handwerk tätig. Außerdem bot das Handwerk 36 300 geringfügig entlohnenden Beschäftigten einen Arbeitsplatz.

Die Mehrzahl der Handwerksunternehmen – im Jahr 2017 waren es 81 Prozent – gehört dem zulassungspflichtigen Handwerk an. Diese Unternehmen erzielten Umsätze in Höhe von 25,4 Milliarden Euro. Dies entspricht 92 Prozent der gesamten Erlöse des Handwerks. Der Anteil des zulassungspflichtigen Handwerks an den Arbeitsplätzen belief sich auf 84 Prozent.

Unternehmen, tätige Personen und Umsatz im Handwerk 2017
nach Größenklassen der tätigen Personen



Durch eine Novellierung der Handwerksordnung gilt in Zukunft für zwölf weitere Handwerke (z. B. Fliesen-, Platten- und Mosaikleger) wieder die Meisterpflicht.

Unter den Handwerksberufen standen im zulassungspflichtigen Handwerk die Kraftfahrzeugtechnikerinnen und -techniker mit 26 300 Personen auf Platz eins, gefolgt von den Elektrotechnikerinnen und -technikern (21 300). Im zulassungsfreien Handwerk waren die meisten Personen als Gebäudereinigerinnen und -reiniger (21 500) beschäftigt.

Bezogen auf die Einwohnerzahl weist der Kammerbezirk Koblenz die höchste Dichte an Handwerksunternehmen auf. Auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen dort 76 Handwerksunternehmen. Im Kammerbezirk Trier waren es 71, im

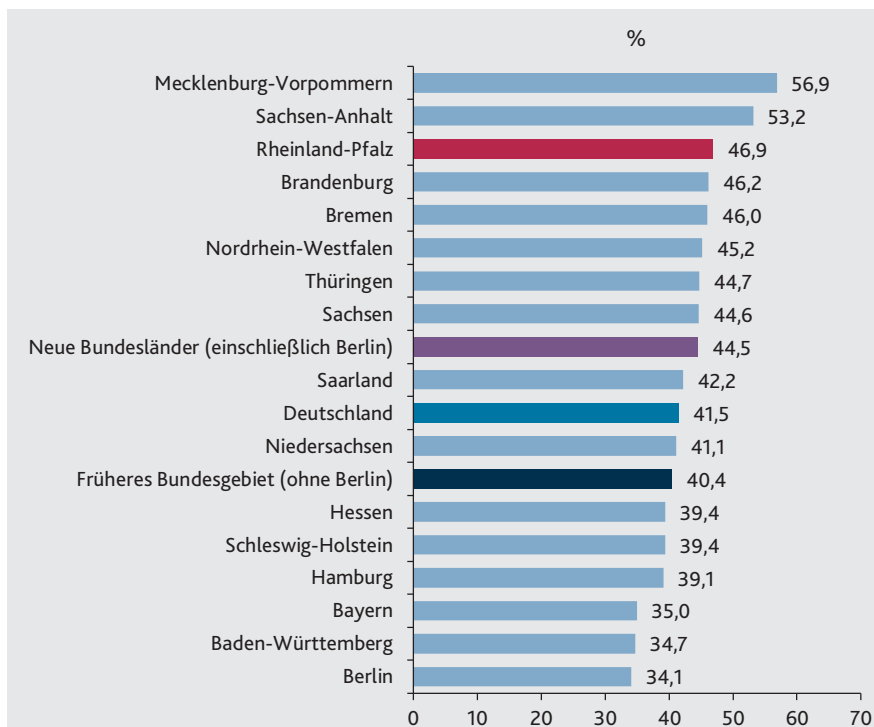
Kammerbezirk Pfalz 67 und im Kammerbezirk Rheinhessen 60.

Gefahr der Altersarmut nimmt zu – Rentnerinnen und Rentner häufiger von Armut bedroht

In Rheinland-Pfalz hat der Anteil der von Armut bedrohten Rentnerinnen und Rentner in den vergangenen Jahren zugenommen. Im Jahr 2018 waren (gemessen am Bundesmedian) knapp 18 Prozent der Rentnerinnen und Rentner – also mehr als jede bzw. jeder sechste – armutsgefährdet. Das waren knapp drei Prozentpunkte mehr als 2008 und knapp fünf Prozentpunkte mehr als 2006. Im Ländervergleich weist nur Mecklenburg-Vorpommern unter den Rentnerinnen und Rentnern eine höhere Armutsgefährdungsquote auf.

Seit 2006 ist die Armutsgefährdungsquote unter den Rentnerinnen und Rentnern in Rheinland-Pfalz nahezu

Armutsgefährdungsquote von Alleinerziehenden 2018 nach Bundesländern¹



¹ Ergebnisse des Mikrozensus. Dargestellt ist der Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des (bundesweiten) Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Berechnungen durch IT.NRW.

kontinuierlich gestiegen. Lag die Quote im Jahr 2006 erst bei 13,1 Prozent, erreichte sie 2014 mit einem Anteilswert von 18,3 Prozent ihren vorläufigen Höhepunkt. Nach einem leichten Rückgang in den Jahren 2015 und 2016 hat sie zuletzt wieder zugenommen. Aktuell – das heißt im Jahr 2018 – sind 17,9 Prozent der rheinland-pfälzischen Rentnerinnen und Rentner armutsgefährdet und damit deutlich mehr als im bundesweiten Durchschnitt (16,1 Prozent). Im Ländervergleich weist nur Mecklenburg-Vorpommern eine höhere Armutsgefährdungsquote auf (18,6 Prozent). Am niedrigsten ist die Rate derzeit in Baden-Württemberg und in Hamburg (jeweils 13,4 Prozent).

Im Jahr 2018 lag die Armutsgefährdungsquote in Rheinland-Pfalz bei 15,4 Prozent und damit praktisch gleichauf mit dem bundesweiten Durchschnitt (15,5 Prozent). Während sie in Bremen (22,7 Prozent) und Mecklenburg-Vorpommern (20,9 Prozent) deutlich höher ausfiel, waren in Bayern (11,7 Prozent) und in Baden-Württemberg (11,9 Prozent) anteilig sehr viel weniger Menschen von Armut bedroht. In Rheinland-Pfalz unterlag die Armutsgefährdungsquote in den letzten fünf Jahren nur geringen Schwankungen. Allerdings fällt sie heute um etwa einen Prozentpunkt höher aus als vor zehn Jahren (2008: 14,5 Prozent).

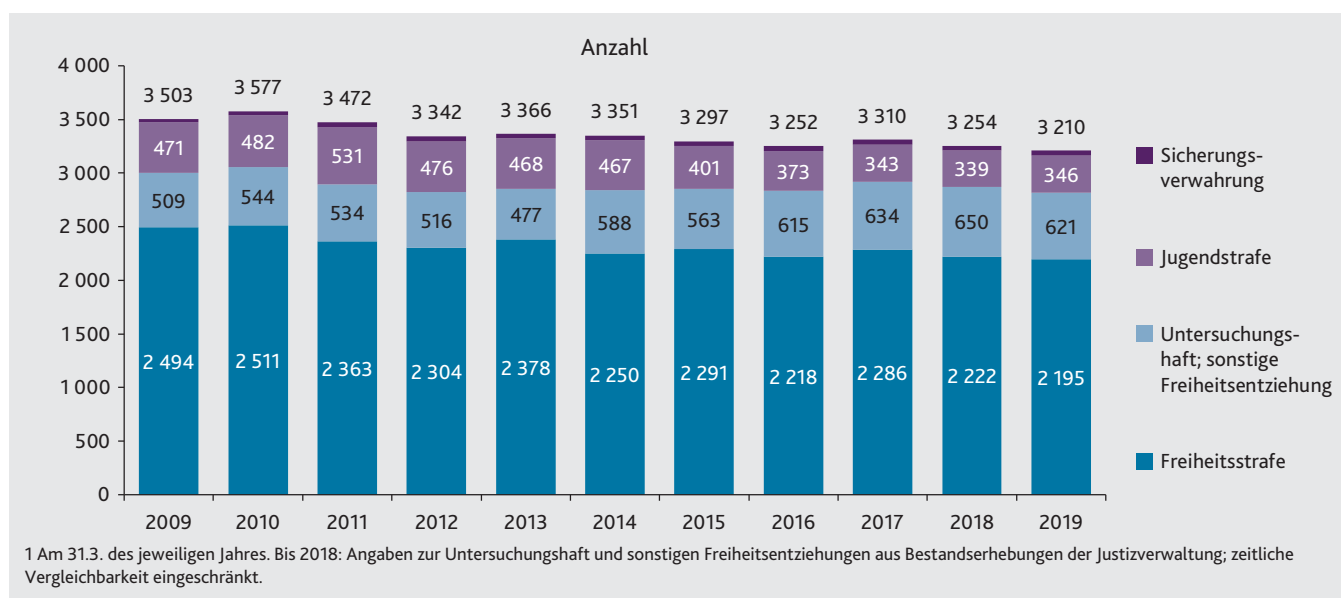
Die Schwelle, an der sich die Grenze zur Armutsgefährdung bemisst, lag 2018 für einen Einpersonenhaushalt bundesweit bei 1 035 Euro. Lebten zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren in einem Haushalt, errechnete sich – unter Berücksichtigung der Kostenersparnis in Mehrpersonenhaushalten – ein Grenzwert von 2 174 Euro.

Für einen Erwachsenen, der mit einem oder mehreren Kindern zusammenwohnte und wirtschaftete, fiel das Armutsgefährdungsrisiko besonders hoch aus. Von den Haushalten Alleinerziehender war in Rheinland-Pfalz 2018 fast jeder zweite armutsgefährdet (46,9 Prozent). Gegenüber 2008 bedeutet dies einen Anstieg um 2,7 Prozentpunkte. Im Vergleich der Länder sind die Haushalte von Alleinerziehenden nur in Mecklenburg-Vorpommern (56,9 Prozent) und in Sachsen-Anhalt (53,2 Prozent) häufiger von Armut bedroht. Deutlich seltener müssen Alleinerziehende und ihre Kinder in Berlin (34,1 Prozent) und in Baden-Württemberg (34,7 Prozent) die Einkommensarmut fürchten.

Rund 3 200 Häftlinge im Justizvollzug

Ende März 2019 waren insgesamt 3 210 Personen in den zehn Justizvollzugsanstalten des Landes untergebracht. Knapp ein Fünftel der Insassen (621 Personen) befanden sich zu diesem Zeitpunkt in Untersuchungshaft oder einer sonstigen freiheitsentziehenden Maßnahme (z. B. Zivilhaft). Mehr als 80 Prozent (2 589 Personen) verbüßten aufgrund

In Justizvollzugsanstalten einsitzende Gefangene 2009–2019¹ nach Art der Freiheitsentziehung



einer rechtskräftigen Verurteilung eine Freiheits- oder Jugendstrafe oder befanden sich in anschließender Sicherungsverwahrung.

Rund ein Drittel der verurteilten Männer und Frauen (848 Personen) war infolge eines Vermögens- oder Eigentumsdeliktes in Haft; dazu zählen unter anderem Diebstahl oder Betrug. Weitere 30 Prozent (780 Personen) der Strafgefangenen waren aufgrund eines Verbrechens, das sich unmittelbar gegen eine Person richtete – beispielsweise Sexual- und Tötungsdelikte oder Körperverletzung – inhaftiert. Knapp 15 Prozent (388 Personen) saßen wegen einer Straftat gegen das Betäubungsmittelgesetz im Justizvollzug; weitere zwölf Prozent (312 Personen) aufgrund Raubs, räuberischer Erpressung oder eines räuberischen Angriffs auf Kraftfahrer.

Nur knapp ein Viertel der Strafgefangenen hatte keinerlei Vorstrafen vorzuweisen. Ein weiteres Drittel war bereits vorbestraft, ohne jedoch zuvor in einer Justizvollzugsanstalt eingewiesen zu haben. Rund 43 Prozent der Strafgefangenen waren zum wiederholten Mal in einer Justizvollzugsanstalt untergebracht. Etwa jeder fünfte Rückfalltäter wurde bereits innerhalb eines Jahres nach der letzten Entlassung wegen einer erneuten Straftat festgenommen.

Thermische Entsorgung von Klärschlamm auf Rekordniveau – Landwirtschaftliche Verwertung weiter rückläufig

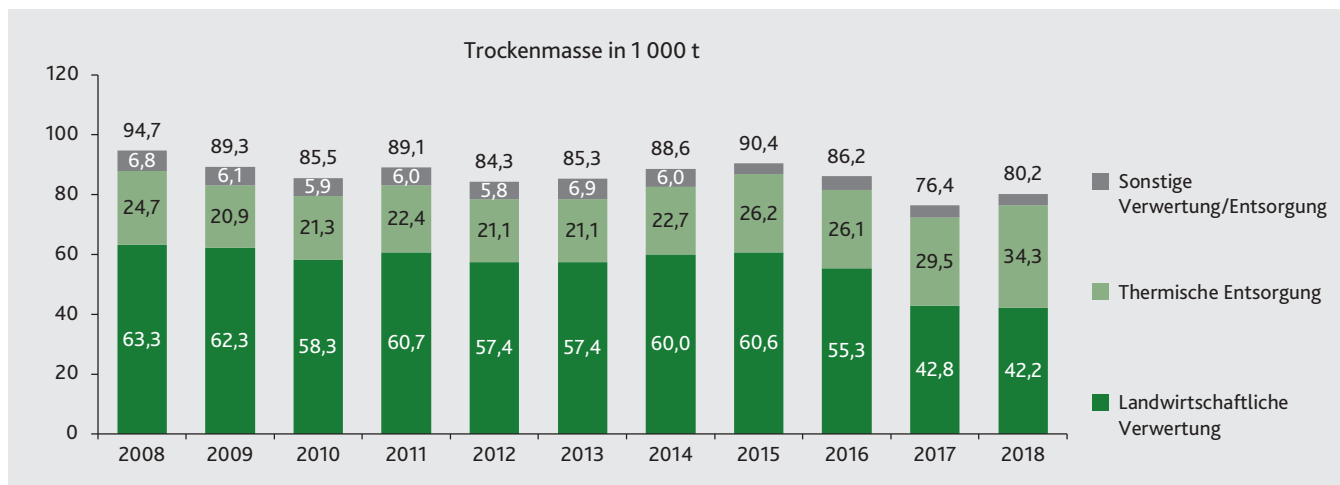
Die kommunalen Kläranlagen gaben im Jahr 2018 rund 80 200 Tonnen Klärschlamm zur Entsorgung ab (gemessen als Trockenmasse). Das waren rund fünf Prozent mehr als 2017 (76 400 Tonnen). Im Durchschnitt der

Jahre 2008 bis 2017 waren 87 000 Tonnen entsorgt worden. Die in Zwischenlagern eingelagerte Menge betrug im Jahr 2018 rund 1 700 Tonnen.

Knapp 43 Prozent bzw. 34 300 Tonnen der Klärschlammmenge wurde thermisch entsorgt. Das stellt einen neuen Höchststand dar. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Anteil um vier Prozentpunkte bzw. 4 800 Tonnen erhöht. Diese Entwicklung dürfte eine Folge der neuen Klärschlammverordnung sein, die eine Reduzierung der Ausbringung von Klärschlämmen auf landwirtschaftlichen Flächen erfordert.

Mit 42 200 Tonnen stellt die Aufbringung von Klärschlämmen auf landwirtschaftliche Flächen nach wie vor den wichtigsten Entsorgungsweg dar. Auf diese Weise können die im Klärschlamm enthaltenen Nährstoffe, wie Stickstoff oder Phosphate, pflan-

Klärschlamm Entsorgung der öffentlichen Kläranlagen 2008–2018 nach Entsorgungswegen



zenbaulich genutzt werden. Sie ersetzen entsprechende Düngemittel. Um eine Schädigung der Böden auszuschließen, unterliegt die Ausbringung strengen gesetzlichen Regelungen. Die übrige Menge (3 800 Tonnen) wurde z. B. im Landschaftsbau oder in Vererdungsanlagen genutzt.

Bundesweit fielen im Jahr 2017 – das Bundesergebnis für 2018 liegt noch nicht vor – knapp 1,7 Millionen Tonnen Klärschlamm in öffentlichen Kläranlagen an. Deutschlandweit wird der größte Teil des Klärschlammes thermisch entsorgt, während die Verwendung in der Landwirtschaft eine deutlich geringere Rolle spielt als in Rheinland-Pfalz. Gut 69 Prozent des angefallenen Klärschlammes wurden verbrannt und 18 Prozent in der Landwirtschaft verwendet.

Die Verwertung des Klärschlammes stellt sich in Rheinland-Pfalz regional sehr unterschiedlich dar. Alle kreisfreien Städte mit Ausnahme von Kaiserslautern, Koblenz und Trier setzen

allein auf die thermische Verwertung. Eine ausschließliche Nutzung des Klärschlammes in der Landwirtschaft wurde für den Donnersbergkreis registriert. In den übrigen Landkreisen kommen die genannten Verwertungsformen in unterschiedlichem Umfang vor. Für Ludwigshafen und Frankenthal liegen keine Angaben vor. Hier wird das kommunale Abwasser in den Anlagen eines industriellen Betriebes behandelt.

Leichter Anstieg bei den Pkw-Neuzulassungen in den ersten neun Monaten

Im ersten Dreivierteljahr 2019 wurden in Rheinland-Pfalz 105 447 Personenkraftwagen (Pkw) neu zugelassen. Dies war knapp ein Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 2018. Für Deutschland gab es einen Anstieg von 2,5 Prozent.

Der in den vergangenen Jahren zu beobachtende Rückgang bei den Neuzulassungen von Diesel-Pkw

hat sich in den ersten neun Monaten des Jahres 2019 nicht fortgesetzt. Von den neu zugelassenen Pkw hatten 31 467 einen Dieselmotor. Dies entspricht einem Anteilswert von 29,8 Prozent. Zum Vergleich: In den ersten neun Monaten des Jahres 2018 lag der entsprechende Wert für Rheinland-Pfalz bei 28,8 Prozent und damit um einen Prozentpunkt niedriger als in diesem Jahr. Eine ähnliche Entwicklung war auch in Deutschland zu beobachten.

Merklich zugenommen hat der Anteil der neuzugelassenen Pkw mit alternativen Antrieben. Von diesen 8 168 Pkw haben 5 754 einen Hybrid-Antrieb, 1 947 einen reinen Elektroantrieb und 465 einen reinen Gasantrieb. Insgesamt stieg der Anteil der Pkw mit alternativen Antrieben an den Gesamtzulassungen von 4,8 Prozent auf 7,7 Prozent im betrachteten Zeitraum.

Die Anzahl der neuzugelassenen Krafträder stieg in Rheinland-Pfalz

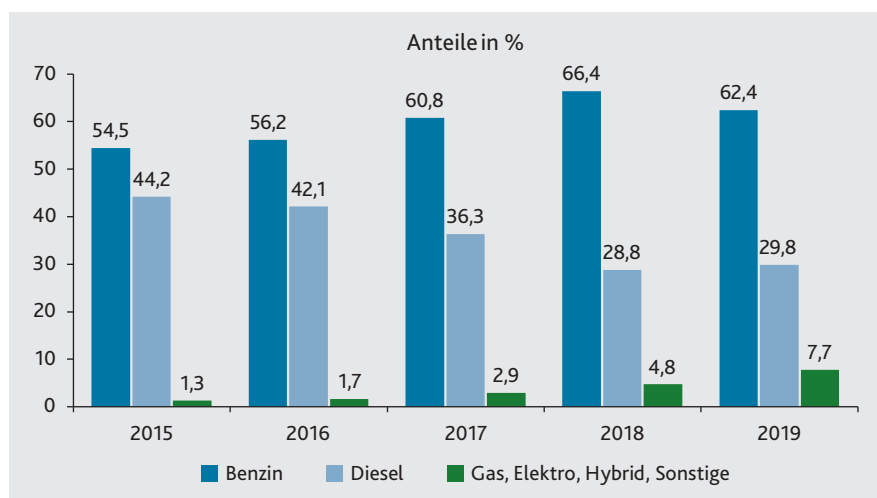
um 6,3 Prozent auf 7 980. Bei den Lastkraftwagen war eine Zunahme der Neuzulassungen um 8,2 Prozent auf 10 429 zu verzeichnen. Die Anzahl der Neuzulassungen bei den Zugmaschinen erhöhte sich sogar um 18 Prozent auf 3 902. Insgesamt wurden von Januar bis September 2019 in Rheinland-Pfalz 128 654 Kraftfahrzeuge neu angemeldet. Das waren 2,3 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 2018. Deutschlandweit ergab sich ein Plus von 3,6 Prozent.

Die Anzahl der Besitzumschreibungen von gebrauchten Personenkraftwagen verringerte sich in Rheinland-Pfalz gegenüber dem Vorjahreszeitraum geringfügig um 0,4 Prozent auf 305 191. Bei den Krafträdern (-2 Prozent) waren ebenfalls weniger, bei den Zugmaschinen (+5,7 Prozent) und den Lastkraftwagen (+6,2 Prozent) hingegen mehr Umschreibungen zu verzeichnen. Insgesamt wechselten 352 596 Kraftfahrzeuge ihren Besitzer; das waren 0,2 Prozent weniger als in den ersten neun Monaten 2018 (Deutschland: +0,2 Prozent).

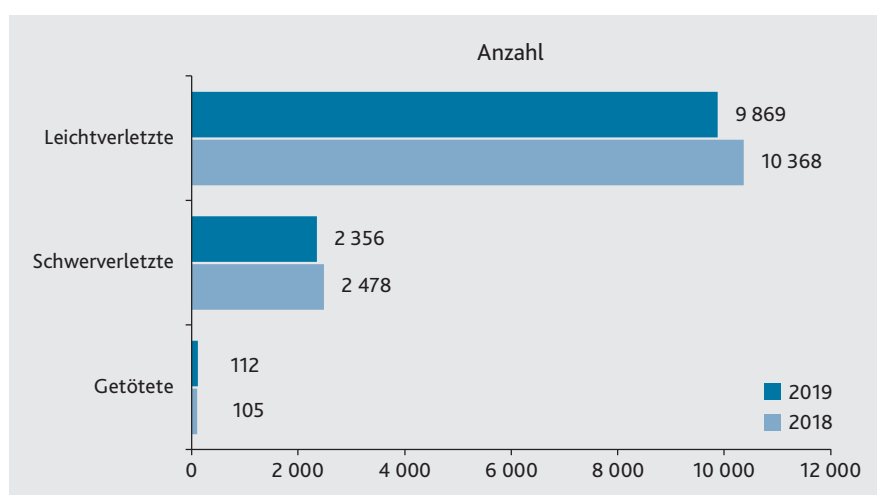
In den ersten acht Monaten mehr Verkehrstote als im Vorjahreszeitraum

Von Januar bis August 2019 verloren in Rheinland-Pfalz insgesamt 112 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Dies waren sieben Todes-

Neuzulassungen von Personenkraftwagen im 1.–3. Quartal 2015–2019 nach Kraftstoffarten



Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis August 2018 und 2019



opfer mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Die Anzahl der Schwerverletzten ging gegenüber den ersten acht Monaten des Vorjahres um 4,9 Prozent auf 2 356 zurück, die der Leichtverletzten verringerte sich um 4,8 Prozent auf 9 869.

Insgesamt registrierte die Polizei von Januar bis August dieses Jahres 94 013 Straßenverkehrsunfälle. Dies waren 0,9 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Unter den registrierten Unfällen waren 84 466 Unfälle, bei denen nur Sachschäden entstanden – 0,6 Prozent weniger als im Vorjahr.

Immer weniger Wohnungen werden mit Öl beheizt



Die Zahl der rheinland-pfälzischen Wohnungen, die überwiegend mit Öl beheizt werden, ist in den vergangenen Jahren weiter zurückgegangen. Die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer heizten 2018 in rund 559 100 Wohnungen überwiegend mit Öl.

Das entsprach einem Anteil von rund 31 Prozent. Im Vergleich zu 2014 waren dies knapp 4 800 Wohnungen weniger (–0,9 Prozent). Gegenüber 2006 beläuft sich der Rückgang sogar auf 87 500 Wohnungen (–14 Prozent). Diese und weitere Ergebnisse zur aktuellen Wohnsituation der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer sind in der Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Wohnen in Deutschland. Zusatzprogramm des Mikrozensus 2018“ enthalten.

Gut eine Woche ist es her, seit sich die Große Koalition auf ein neues Klimaschutzpaket geeinigt hat. Die Daten des Mikrozensuszusatzprogramms 2018 geben vor diesem Hintergrund unter anderem Hinweise darauf, wie weit unter den Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern unter anderem die Nutzung fossiler und erneuerbarer Energiearten zur Beheizung ihrer Wohnungen verbreitet ist. Demnach haben alternative Energien in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen. Zwar lag der Anteil der regenerativen Energiearten Sonnenenergie, Biogas und Biomasse (außer Holz) sowie Abluft, Erd- und andere Umweltwärme bei der Beheizung rheinland-pfälzischer Wohnungen 2018 erst bei 2,8 Prozent (+1 Prozentpunkt gegenüber 2014). Jedoch wird von den seit 2011 fertiggestellten Wohnungen bereits mehr als jede dritte Wohnung überwiegend mit einer der genannten regenera-

tiven Energiearten beheizt (35 Prozent). Gas stellt nach wie vor die am weitesten verbreitete Energieart dar. Das gilt sowohl für die Gesamtheit aller bewohnten Wohnungen in rheinland-pfälzischen Wohngebäuden (53 Prozent) als auch für die erst seit 2011 neu fertiggestellten Wohnungen (40 Prozent).

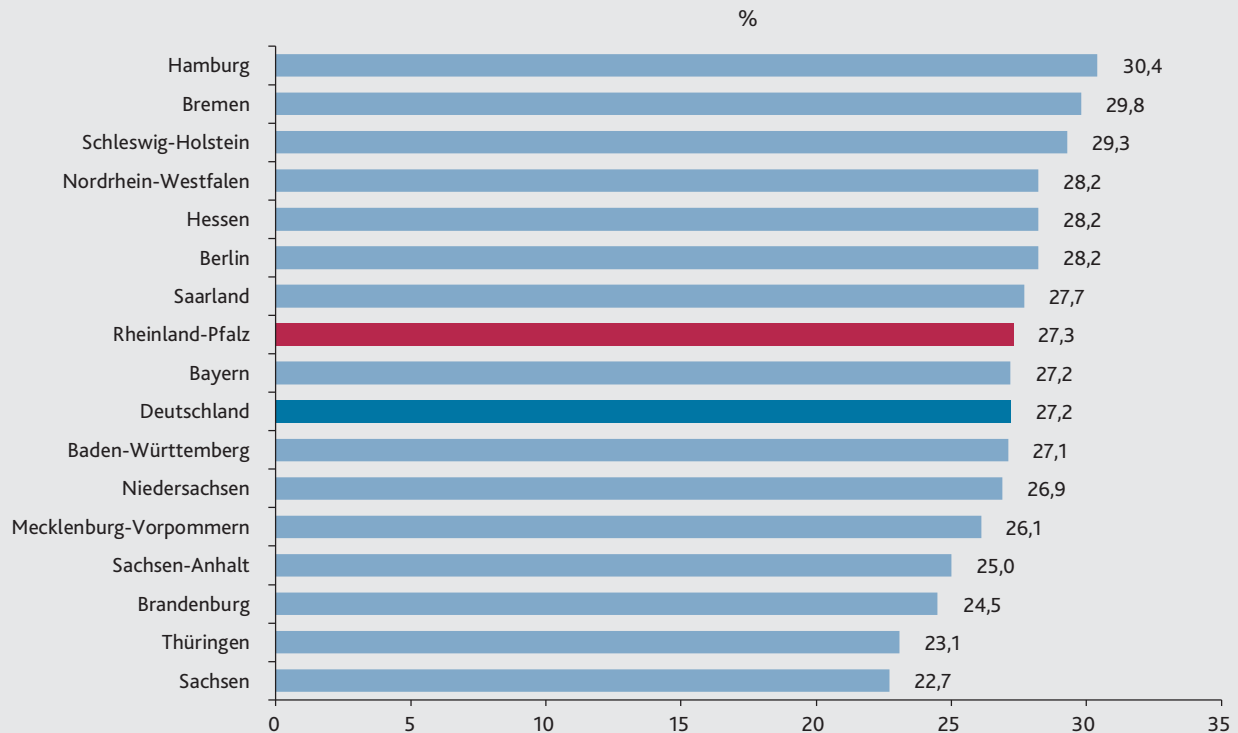
In Rheinland-Pfalz kommt dem Heizen mit Öl im Vergleich der Bundesländer noch immer eine vergleichsweise hohe Bedeutung zu. Nur in Bayern (36 Prozent), Baden-Württemberg (34 Prozent) und im Saarland (33 Prozent) wurden 2018 anteilig mehr Wohnungen überwiegend mit Öl beheizt. Am seltensten griffen die Einwohnerinnen und Einwohner dagegen in Brandenburg und in Hamburg auf Heizöl zurück (jeweils elf Prozent der Wohnungen). Deutschlandweit lag der Anteilswert bei 23 Prozent.

Neben Angaben zu den genutzten Heizenergieträgern bietet die Gemeinschaftsveröffentlichung „Wohnen in Deutschland“ zahlreiche weitere Informationen rund um die Wohnbedingungen und die Wohnverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger. So informiert sie unter anderem über die Miet- und Eigentumsverhältnisse, die Höhe der Mietkosten und die Mietbelastung der Bürgerinnen und Bürger sowie die Verteilung des Wohnraums nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen.

Mit Blick auf die Mietbelastung der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer zeigt sich, dass 2018 jeweils etwa ein Drittel der Haushalte mit Hauptmieterstatus weniger als 20 Prozent, 20 bis unter 30 Prozent bzw. mehr als 30 Prozent ihres monatlichen Haushaltsnettoeinkommens für ihre Mietkosten (Bruttokaltmiete) aufbringen mussten. Sieben Prozent der Haushalte mussten sogar mehr als die Hälfte ihres monatlichen Haushaltsnettoeinkommens dafür zurückhalten.

Die durchschnittliche Mietbelastungsquote – das ist der Anteil der Bruttokaltmiete am Haushaltsnettoein-

Durchschnittliche Mietbelastungsquote (Bruttokaltmiete) von Hauptmieterhaushalten¹ in bewohnten Mietwohnungen in Gebäuden mit Wohnraum 2018 nach Bundesländern



¹ Ohne Wohnheime.

kommen – lag 2018 in Rheinland-Pfalz bei 27,3 Prozent und damit auf einem ähnlichen Niveau wie bereits vier Jahre zuvor (26,8 Prozent). Kleinere Haushalte wurden dabei im Mittel stärker belastet als größere Haushalte, was nicht zuletzt auf die jeweilige Altersstruktur und das eher urbanere Wohnumfeld kleinerer Haushalte zurückzuführen sein dürfte. Während Einpersonenhaushalte im Mittel rund 31 Prozent ihres Haushaltsnettoeinkommens für Mietkosten (Bruttokaltmiete) aufwenden mussten, belief sich die Mietbelastungsquote bei Zweipersonenhaushalten nur auf 24 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens. War die Haupteinkommensbezieherin bzw. der Haupteinkommensbezieher des Haushalts jünger als 25 bzw. älter als 65 Jahre musste ebenfalls mit einer deutlich höheren Mietbelastung gerechnet werden, als bei Haushalten, deren Haupteinkommensbezieherin bzw. Haupteinkommensbezieher im Kernerwerbsalter war. Während das Haushaltsnettoeinkommen von jüngeren

unter 25 Jahren und Älteren ab 65 Jahren jeweils zu etwa 32 Prozent durch Mietzahlungen belastet wurde, belief sich der Mietaufwand in der Gruppe der 25- bis unter 45-Jährigen nur auf 25 Prozent und in der Gruppe der 45- bis unter 65-Jährigen auf 27 Prozent.

Im Vergleich der Bundesländer bewegt sich die Mietbelastungsquote in Rheinland-Pfalz nahe am bundesweiten Durchschnitt (27,2 Prozent). Am stärksten fiel sie 2018 in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen aus (30,4 bzw. 29,8 Prozent), am niedrigsten war sie in den beiden ostdeutschen Ländern Sachsen und Thüringen (22,7 bzw. 23,1 Prozent).

Die Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder steht kostenfrei unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/gemeinschaftsveroeffentlichungen/ zum Download bereit.

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Oktober 2019

Der Verbraucherpreisindex lag im Oktober 0,8 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Damit fällt die Teuerungsrate auf den niedrigsten Wert seit November 2016.

Die Energiepreise haben weiterhin einen dämpfenden Einfluss auf die Preisentwicklung; sie verringerten sich binnen Jahresfrist um vier Prozent. Merkliche Preissenkungen gab es vor allem bei Mineralölprodukten (-12 Prozent). Sowohl die Preise für Heizöl (einschließlich Umlage) als auch die Kraftstoffpreise sanken spürbar (-12,5 bzw. -10 Prozent). Für Fernwärme und Strom mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher dagegen mehr bezahlen (+2,9 bzw. +3,3 Prozent).

Die Nahrungsmittelpreise erhöhten sich leicht. Die höchste Steigerung gab es bei Fleisch und Fleischwaren (+4,9 Prozent). Starke Preissenkungen waren hingegen

bei Speisefetten und -ölen zu verzeichnen (-12 Prozent). Gemüse wurde ebenfalls günstiger (-4,8 Prozent). Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, blieb unverändert.

Unter den zwölf Abteilungen gab es bei den alkoholischen Getränken und Tabakwaren gegenüber dem Vorjahresmonat die größten Preissteigerungen (+2,6 Prozent). Die stärksten Preisrückgänge wurden in der Abteilung „Verkehr“ registriert (-1,2 Prozent).

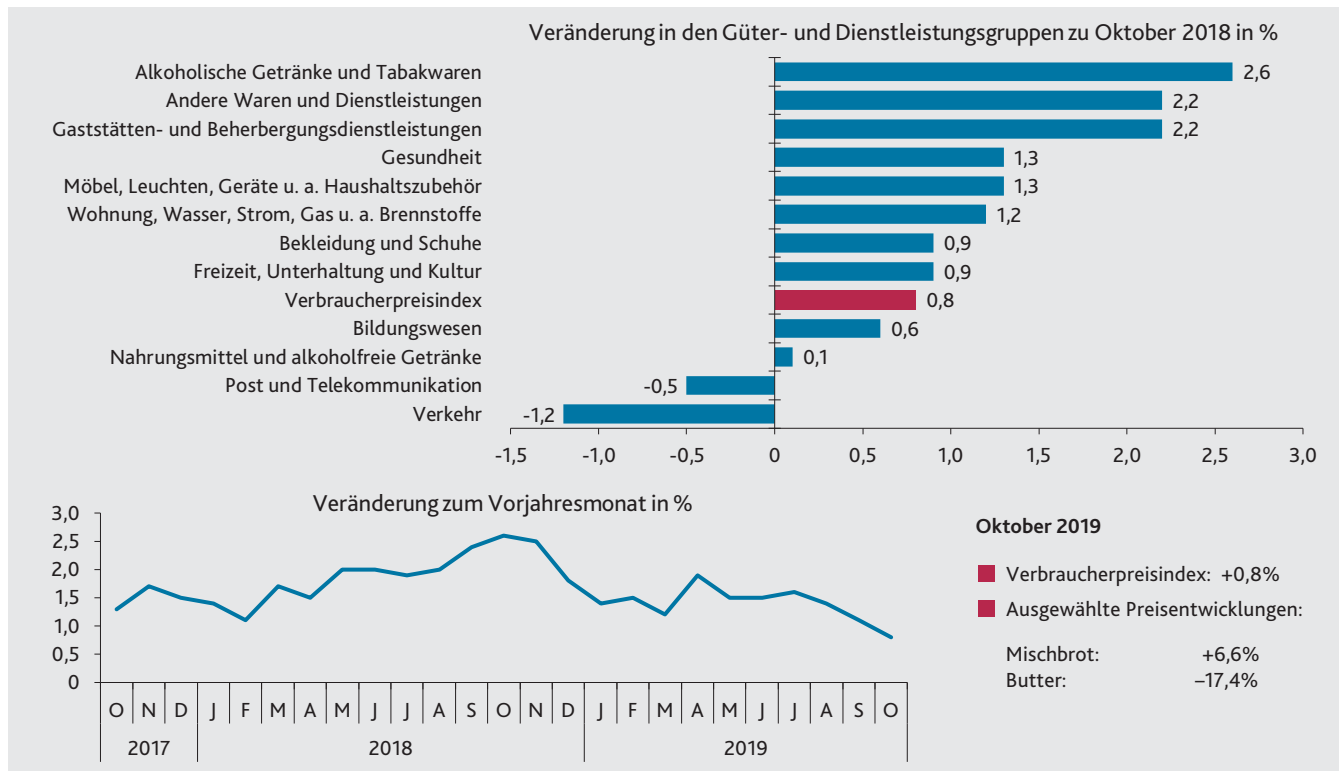
Im Vergleich zum Vormonat blieb der Verbraucherpreisindex im Oktober 2019 unverändert. In der Abteilung „Bekleidung und Schuhe“ lagen die Preise über dem Niveau des Vormonats (+1,6 Prozent). Am stärksten verringerten sich die Preise in „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (-0,5 Prozent).

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 18 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 600 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Oktober 2019

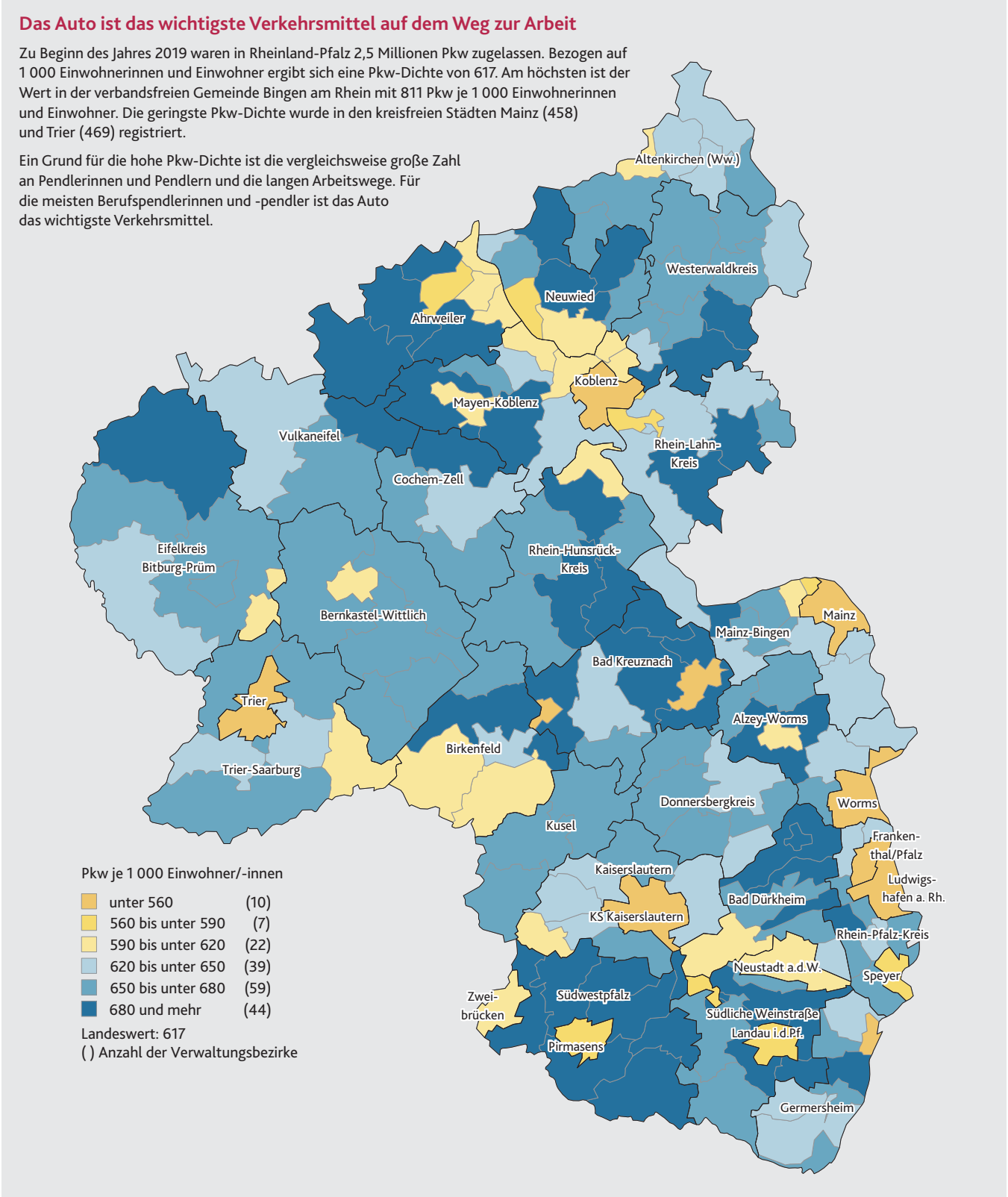


PKW-Dichte 2019 nach Verwaltungsbezirken

Das Auto ist das wichtigste Verkehrsmittel auf dem Weg zur Arbeit

Zu Beginn des Jahres 2019 waren in Rheinland-Pfalz 2,5 Millionen Pkw zugelassen. Bezogen auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner ergibt sich eine Pkw-Dichte von 617. Am höchsten ist der Wert in der verbandsfreien Gemeinde Bingen am Rhein mit 811 Pkw je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die geringste Pkw-Dichte wurde in den kreisfreien Städten Mainz (458) und Trier (469) registriert.

Ein Grund für die hohe Pkw-Dichte ist die vergleichsweise große Zahl an Pendlerinnen und Pendlern und die langen Arbeitswege. Für die meisten Berufspendlerinnen und -pendler ist das Auto das wichtigste Verkehrsmittel.



Die Chemische Industrie 2018

Bedeutung und Entwicklung



Von Rainer Klein

Die Chemische Industrie ist in Rheinland-Pfalz – gemessen am Umsatz und an den Beschäftigten – nach wie vor die wichtigste Branche des Verarbeitenden Gewerbes. Mit steigendem Umsatzanteil hat sie in den letzten Jahren weiter an Bedeutung gewonnen. Die Exportquote in der Chemischen Industrie ist überdurchschnittlich hoch. Die im Vergleich zu anderen Branchen relativ hohe Produktivität ist weiter gestiegen, die Lohnstückkosten sind vergleichsweise niedrig.

Chemische Erzeugnisse haben einen Anteil von 18 Prozent an der rheinland-pfälzischen Industrieproduktion. Rund 13 Prozent der in Deutschland zum Absatz bestimmten Produktion der Chemischen Industrie stammten aus Rheinland-Pfalz.

Chemische Industrie produziert vor allem Grundstoffe

Die Chemische Industrie ist ein Wirtschaftszweig des Verarbeitenden Gewerbes. Sie beschäftigt sich als eigenständige Branche mit der Verarbeitung organischer und anorganischer Rohstoffe zu chemischen Produkten. Für viele andere Branchen des Verarbeitenden Gewerbes, wie etwa die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, Glas und Glaswaren, Gummi und Kunststoffwaren, Baumaterialien sowie Nahrungs- und Futtermitteln, stellt die Chemische Industrie die benötigten Stoffe bereit.

Dabei wird zwischen der Herstellung von chemischen Grundstoffen und der Herstellung von Zwischen- und Endprodukten

durch die Weiterverarbeitung chemischer Grundstoffe unterschieden. Basierend auf den Daten der Produktionsstatistiken ist in Rheinland-Pfalz an erster Stelle die Herstellung von chemischen Grundstoffen, Düngemitteln und Stickstoffverbindungen sowie von Kunststoffen und synthetischem Kautschuk in Primärformen zu nennen.

Weit weniger bedeutend ist hierzulande die Herstellung von Zwischen- und Endprodukten. Zu dieser Produktpalette zählen etwa Schädlingsbekämpfungsmittel, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmittel, Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte, Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Körperpflegemittel, Duftstoffe sowie sonstige chemische Erzeugnisse (z. B. Gefrierschutzmittel, Schmiermittel, Reaktionsbeschleuniger oder Klebstoffe).

Herstellung von chemischen Grundstoffen dominiert in Rheinland-Pfalz

Herstellung von Zwischen- und Endprodukten ist nachrangig

Amtliche Statistik bietet vielfältige Datenquellen

Produktions-
statistiken
ermöglichen
detaillierte
Auswertungen

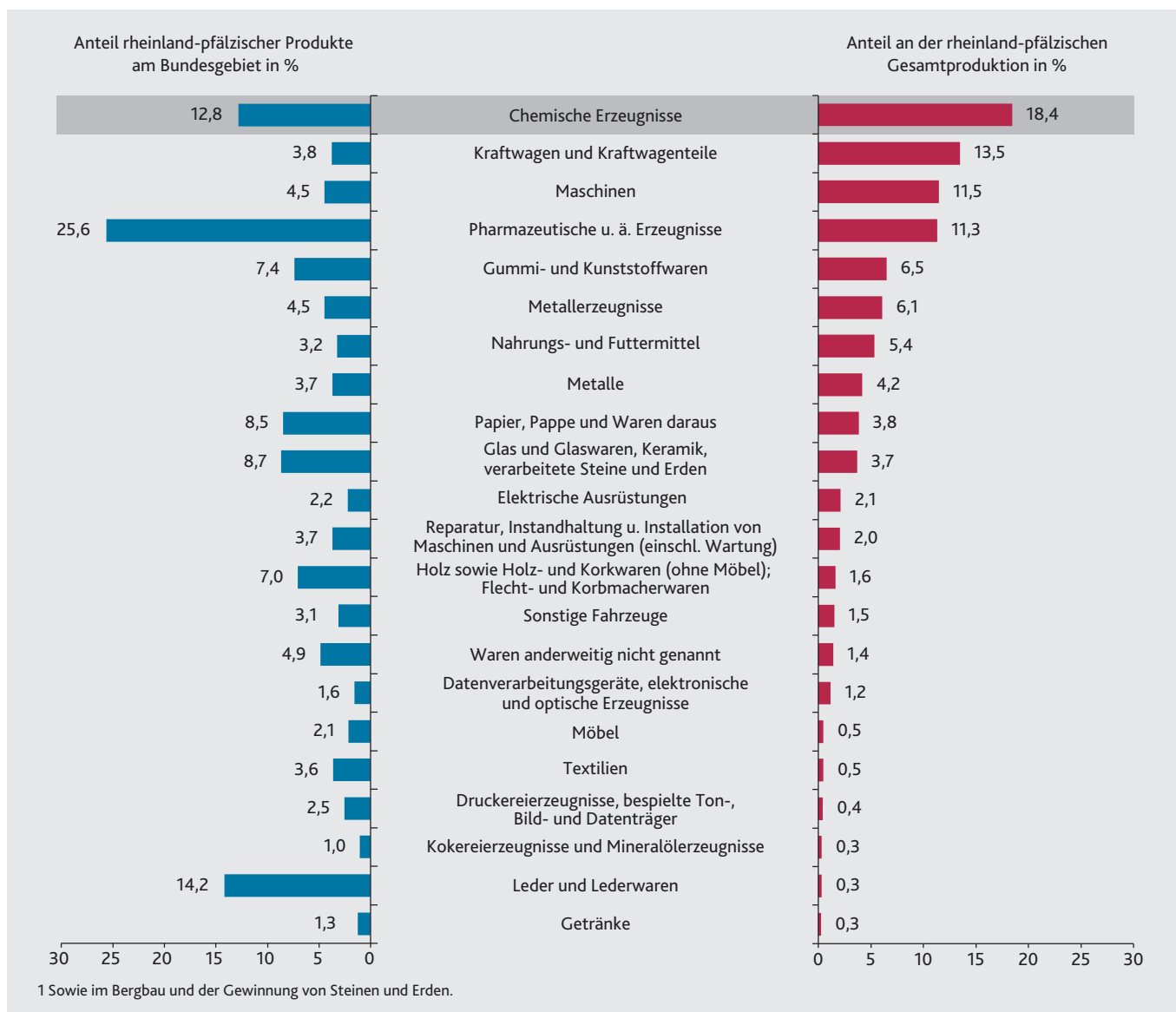
Die Daten der Monatlichen und Vierteljährlichen Produktionsstatistik können mit Hilfe eines tief gegliederten Güterverzeichnis detailliert aufbereitet und veröffentlicht werden und erlauben aufgrund der breitgefächerten Produktpalette der Chemischen Industrie weitergehende Analysemöglichkeiten. Das Güterverzeichnis für die Pro-

duktionsstatistiken dient dazu, Daten über produzierte Güter aus den Bereichen Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden nachzuweisen. Diese Informationen werden vor allem von den Unternehmen und der Wissenschaft benötigt, um Absatzmärkte und Marktchancen analysieren und beurteilen zu können.

Die Bedeutung und die Entwicklung der Chemischen Industrie in Rheinland-Pfalz

G 1

Industrieproduktion¹ 2018 nach Güterabteilungen



Wichtige Unternehmensstatistiken im Verarbeitenden Gewerbe

Die Aussagekraft der deutschen Industriestatistik wird verbessert, indem die Ergebnisse des **Jahresberichts für Betriebe** mit den Jahresergebnissen des **Monatsberichts für Betriebe** zusammengeführt und zu einem Gesamtergebnis für alle Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden zusammengefasst werden.

Der zusammengefasste Berichtskreis des Monats- und Jahresberichts für Betriebe umfasst sämtliche Betriebe des Wirtschaftsbereichs Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, wenn diese Betriebe zu Unternehmen des Produzierenden Gewerbes (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Baugewerke) gehören und in diesen Unternehmen mindestens 20 Personen tätig sind. Der Berichtskreis umfasst außerdem auch die Betriebe des Wirtschaftsbereichs Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden mit mindestens 20 tätigen Personen, sofern diese Betriebe zu Unternehmen gehören, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt außerhalb des Produzierenden Gewerbes liegt.

Monats- und Jahresbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden werden für alle Bundesländer und für Deutschland nach dem gleichen Verfahren durchgeführt. Die Ergebnisse der einzelnen Bundesländer sind daher vergleichbar.

Die Ergebnisse der **Monatlichen und Vierteljährlichen Produktionserhebung** die-

nen der Beobachtung des Konjunkturverlaufs und von Strukturveränderungen in der Wirtschaft. Die Monatliche Produktionserhebung umfasst ausschließlich Angaben von Betrieben mit 50 Beschäftigten und mehr. In der Vierteljährlichen Produktionserhebung werden alle übrigen Betriebe der obigen Grundgesamtheit erfasst.

Die **Erhebung über die Energieverwendung** der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden dient der Beurteilung des Energiebedarfs der Industrie. Der Berichtskreis stimmt mit dem Berichtskreis des Monats- und Jahresberichts für Betriebe überein. Die Erhebung erfasst jährlich für das Vorjahr Strombezug, -erzeugung, -abgabe und -verbrauch; Bezug, Bestand, Verbrauch und Abgabe von Energieträgern nach Arten sowie die energetische und nichtenergetische Verwendung der Energieträger.

Außenhandelsstatistiken (Intra- und Extrahandel) sind ein Schlüsselindikator für die Wirtschaftsentwicklung und somit ein wichtiges Instrument für zahlreiche öffentliche und private Entscheidungsträger. Grundsätzlich sind alle in Deutschland umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen im Rahmen der Intrahandelsstatistik auskunftspflichtig, die Warenverkehre mit EU-Mitgliedstaaten durchführen. Im Extrahandel, dem Warenverkehr mit den sogenannten Drittländern (Nicht-EU-Staaten), werden die bei den Zollstellen anfallenden Zollmeldungen ausgewertet. Die Erhebung der Extrahandelsdaten erfolgt zum Zeitpunkt der Erledigung der gesetzlich vorgeschriebenen Einfuhr- und Ausfuhrformlichkeiten.

Monats- und
Jahresbericht
als wichtige
Datenquellen

lassen sich außerdem anhand der Umsatz- und Beschäftigtenzahlen sowie der Angaben zu den Entgelten aus dem Monats- und Jahresbericht im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden untersuchen. Aus diesen Datenquellen können näherungsweise auch Kennzahlen für die Produktivität sowie die Lohnstückkosten abgeleitet werden.

Export- und Importwerte aus der Außenhandelsstatistik liefern wertvolle Zusatzinformationen im grenzüberschreitenden Warenverkehr und damit über Auslandsmärkte innerhalb und außerhalb der Europäischen Union.

Vor dem Hintergrund der Diskussionen zum Klimaschutz hat die Energieverwendung in der Chemischen Industrie, zu der die amtlichen Energiestatistiken wichtige Informationen liefern, eine besondere Bedeutung.

Mehr als 18 Prozent der Industrieproduktion entfallen auf chemische Erzeugnisse

Der Wert der zum Absatz bestimmten Produktion des Verarbeitenden Gewerbes sowie

des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden betrug 2018 in Rheinland-Pfalz insgesamt 81,5 Milliarden Euro. An dieser Industrieproduktion hatten chemische Erzeugnisse einen Anteil von gut 18 Prozent bzw. 15 Milliarden Euro. Rund 70 Prozent bzw. 10,6 Milliarden Euro des Umsatzes der Chemieindustrie entfielen dabei auf chemische Grundstoffe, Düngemittel und Stickstoffverbindungen, Kunststoffe in Primärformen und synthetischen Kautschuk in Primärformen.

Gut ein Achtel (13 Prozent) der in Deutschland zum Absatz bestimmten Produktion der Chemischen Industrie von insgesamt 117 Milliarden Euro stammte damit 2018 aus Rheinland-Pfalz. Höhere Anteile rheinland-pfälzischer Produkte am Bundesgebiet lassen sich nur für pharmazeutische Erzeugnisse sowie für Leder und Lederwaren feststellen.

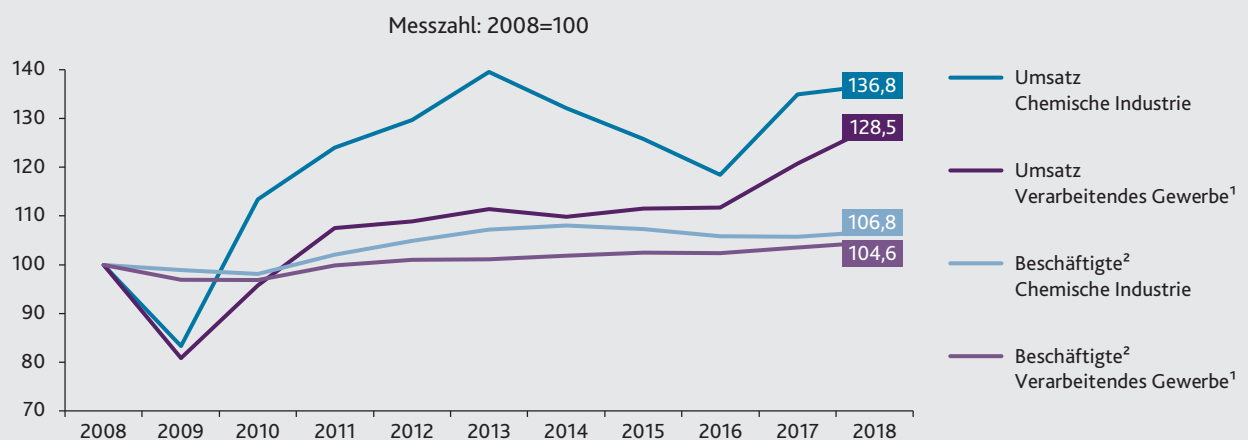
Rheinland-Pfalz erzeugt ein Achtel der deutschen Chemieproduktion

Chemische Industrie gewinnt innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes an Bedeutung

Von Ende September 2008 bis Ende September 2018 stieg die Zahl der Beschäftig-

G 2

Umsatz und Beschäftigte in der Chemischen Industrie sowie im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt¹ 2008–2018



1 Sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden. – 2 Jeweils Stand 30.9.

Anstieg der
Beschäftigten-
zahlen

ten im rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbe insgesamt um 4,6 Prozent auf 297 100 Personen. In der Chemischen Industrie erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten in diesem Zeitraum um 6,8 Prozent auf 47 500 Personen.

Grundsätzlich ist die Chemische Industrie weniger arbeitsintensiv als das Verarbeitende Gewerbe insgesamt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in vielen Bereichen die-

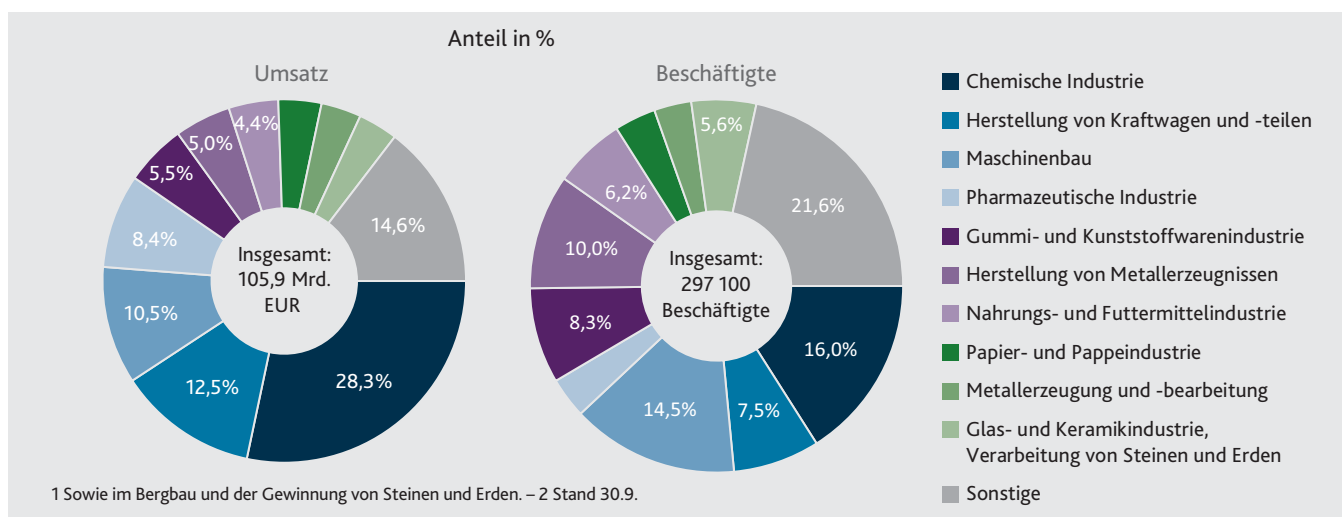
ser Branche Möglichkeiten zur Prozessautomatisierung und Rationalisierung und damit zur Steigerung der Kapitalintensität der Produktion bestehen. Gleichwohl war 2018 ein Sechstel (16 Prozent) der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in der Chemieindustrie tätig.

Der Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes stieg in den Jahren 2008 bis 2018 um

Jede bzw. jeder
sechste Industriebeschäftigte
arbeitet in der
Chemischen
Industrie

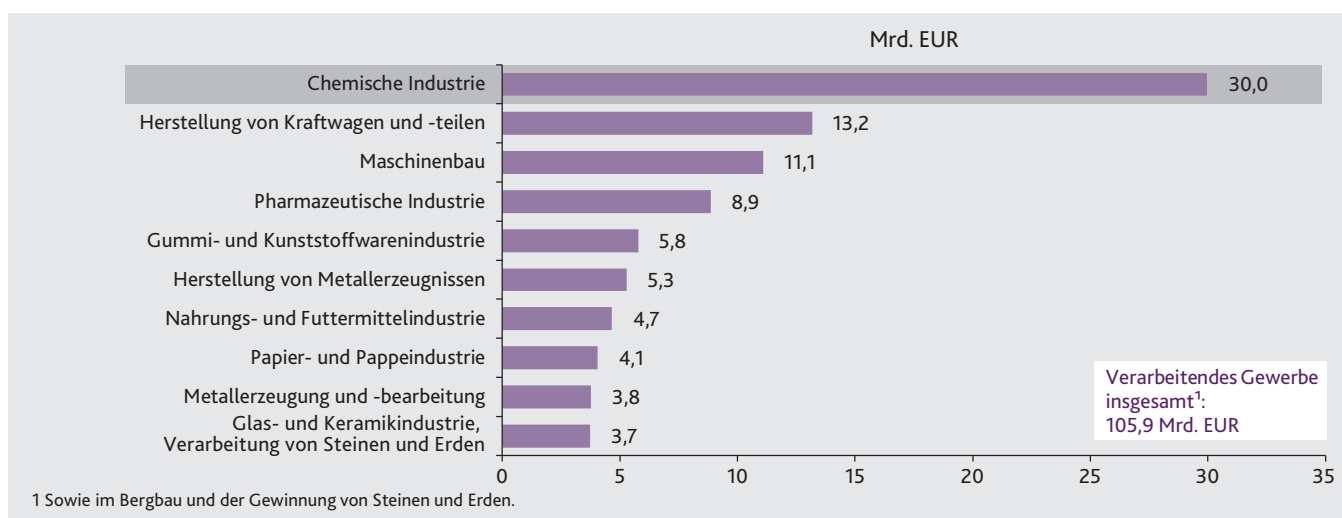
G 3

Umsatz und Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2018 nach Wirtschaftszweigen



G 4

Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2018 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Überdurchschnittliches Umsatzwachstum

knapp 29 Prozent auf 105,9 Milliarden Euro. Die Chemische Industrie erzielte in diesem Zeitraum ein überdurchschnittliches Umsatzplus von 37 Prozent und erreichte einen Umsatz von 30 Milliarden Euro.

Durch die überdurchschnittliche Entwicklung der Chemischen Industrie haben sich somit sowohl der Umsatz- als auch der Beschäftigtenanteil der in diesem Industriezweig angesiedelten Betriebe am gesamten Verarbeitenden Gewerbe im Betrachtungszeitraum erhöht.

Umsatzplus gibt Einkommensimpulse – Bruttoentgelte steigen in der Chemieindustrie überdurchschnittlich

Während die gezahlten Bruttoentgelte für das gesamte Verarbeitende Gewerbe von 2008 bis 2018 um knapp 29 Prozent auf 14,8 Milliarden Euro erhöht werden konnten, stiegen die ohnehin überdurchschnittlich hohen Bruttolöhne und -gehälter in der Chemieindustrie im genannten Zeitraum um 36 Prozent auf annähernd 3,4 Milliarden Euro. Damit hielt die Entwicklung der Entgelte mit dem Umsatzzuwachs Schritt.

Starkes Auslandsgeschäft, überdurchschnittliche Exportquote

Bei der Umsatzentwicklung gingen besonders positive Impulse von den Auslandsmärkten aus. Das Verarbeitende Gewerbe konnte von 2008 bis 2018 seine Umsätze mit dem Ausland um 48 Prozent auf 58,9 Milliarden Euro steigern. Die Chemieindustrie legte in diesem Zeitraum um 51 Prozent auf 20,8 Milliarden Euro zu.

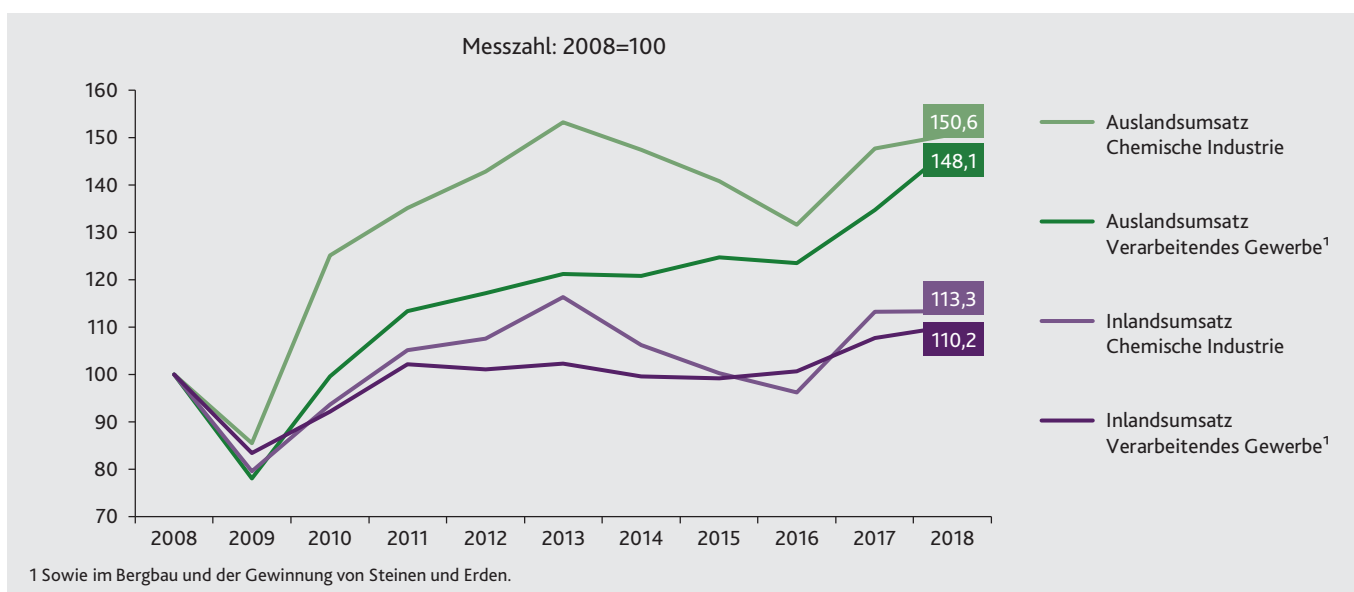
Am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes mit ausländischen Geschäftspartnern hatte die Chemische Industrie 2018 einen Anteil von 35 Prozent. Der Anteil an den im Inland erzielten Umsätzen lag mit 20 Prozent deutlich darunter.

Chemieindustrie trägt rund ein Drittel zum Auslandsumsatz des Verarbeitenden Gewerbes bei

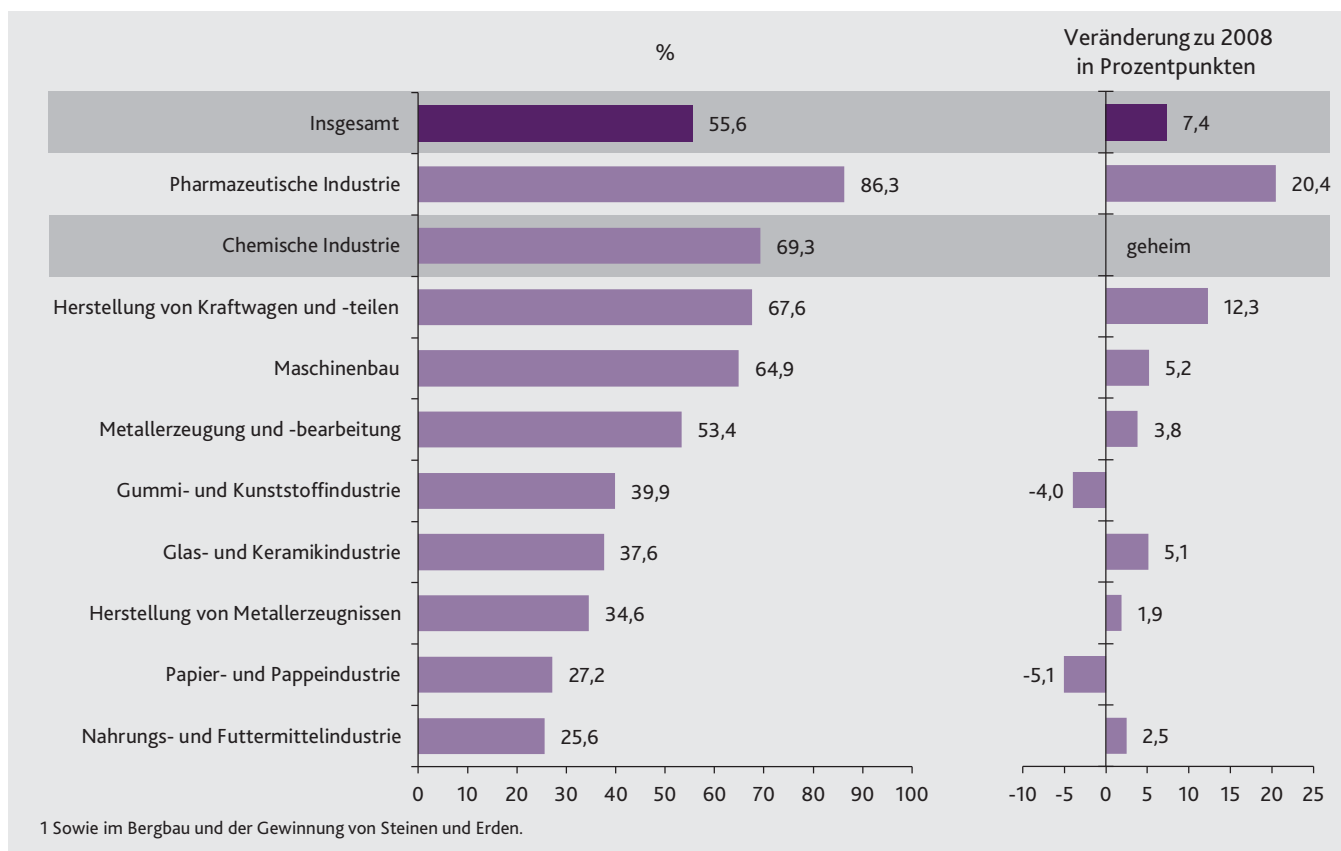
Die Ausrichtung des rheinland-pfälzischen Verarbeitenden Gewerbes auf Auslandsmärkte wird nicht zuletzt von der expansiven Entwicklung der Chemischen Industrie mitgeprägt, die 2018 gut 69 Prozent ihres Umsatzes im Ausland erzielte. Damit lag die Exportquote der Chemischen Industrie deut-

G 5

Inlands- und Auslandsumsatz in der Chemischen Industrie sowie im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt¹ 2008–2018



G 6

Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2018 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen

lich über der Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes insgesamt (knapp 56 Prozent).

Ausfuhr chemischer Erzeugnisse steigt um 22 Prozent

Von 2008 bis 2018 stiegen die rheinland-pfälzischen Exporte insgesamt um 35 Prozent auf 59,9 Milliarden Euro. In diesem Zeitraum konnte der Exportwert chemischer Erzeugnisse um 22 Prozent auf 11,7 Milliarden Euro gesteigert werden. Zwei Drittel (68 Prozent) der exportierten chemischen Erzeugnisse waren chemische Grundstoffe, Düngemittel und Stickstoffverbindungen, Kunststoffe in Primärformen und synthetischer Kautschuk in Primärformen. Weitere 19 Prozent der ausgeführten chemischen Erzeugnisse waren sonstige chemische Erzeugnisse (z. B. Gefrierschutzmittel, Schmiermittel, Reaktionsbeschleuniger,

Klebstoffe). Die Exporte der rheinland-pfälzischen chemischen Erzeugnisse gehen in erster Linie nach Frankreich, Italien, USA, Belgien, Spanien, Niederlande, Polen und Volksrepublik China.

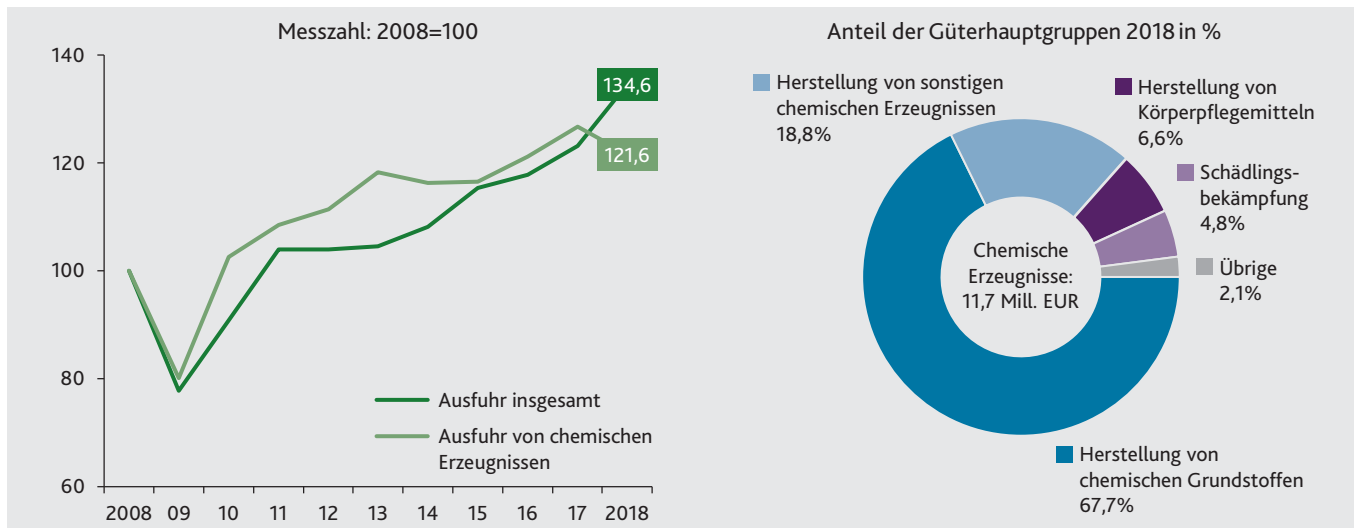
Von 2008 bis 2018 wurden die rheinland-pfälzischen Importe insgesamt um 72 Prozent auf 45,6 Milliarden Euro ausgeweitet. Der Wert der importierten chemischen Erzeugnisse stieg um knapp 51 Prozent auf knapp 7,8 Milliarden Euro. Die importierten chemischen Erzeugnisse stammen vor allem aus Belgien, Irland, Niederlande, Frankreich, USA, Vereinigtes Königreich, Italien und Volksrepublik China.

Deutlicher Anstieg der Importe

Aus- und einführseitig hat der europäische Markt die größte Bedeutung. Aber mittler-

G 7

Ausfuhr von chemischen Erzeugnissen 2008–2018



Lukrative Auslandsmärkte in der Europäischen Union und Asien

weile hat sich der asiatische Markt, allen voran die Volksrepublik China, nicht nur zum größten Produzenten chemischer Produkte entwickelt, sondern kennzeichnet sich auch durch einen hohen Verbrauch. Aufgrund gestiegener Produktionskapazitäten weiteten mehrere asiatische Länder die Exporte chemischer Erzeugnisse aus. Gleichzeitig können diese Länder ihren Verbrauch vor dem Hintergrund der Vielfalt benötigter Stoffe aber nicht komplett durch inländische Produktion decken, sodass die Importe ebenfalls steigen.

Exportüberschuss von vier Milliarden Euro durch chemische Erzeugnisse

Durch diese Nachfrage profitieren auch europäische Produzenten. Neben Deutschland erwirtschaften auch andere EU-Mitgliedstaaten in der stark global ausgerichteten Chemieindustrie Handelsüberschüsse. Mit chemischen Erzeugnissen erreichte alleine Rheinland-Pfalz 2018 einen Exportüberschuss von rund vier Milliarden Euro.

Kennziffern geben Einblick in Produktivität und Lohnstückkosten

Aus den Ergebnissen des Monats- und Jahresberichts im Verarbeitenden Gewerbe

lassen sich näherungsweise Aussagen über die Produktivität der einzelnen Industriebranchen ableiten, indem der Umsatz in Relation zu den Beschäftigten gesetzt wird. Diese Produktivitätskennziffer (die anders als in der Fachliteratur keine rein mengenmäßige Relation darstellt und zudem nicht um die Vorleistungen bereinigt ist) lag bereits 2008 in der Chemischen Industrie mit 492 000 Euro deutlich über dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes (290 000 Euro).

Die Produktivität wurde in den Folgejahren weiter gesteigert. Im Jahr 2018 lag sie in der Chemischen Industrie bei 631 000 Euro (+28 Prozent gegenüber 2008). Im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt ergab sich 2018 eine Produktivität in Höhe von 356 000 Euro (+23 Prozent). Die Entwicklung der Produktivität in der Chemischen Industrie verlief somit überdurchschnittlich gut und fand zudem auf deutlich höherem Niveau statt.

Die Lohnstückkosten, gemeinhin als Relation der Arbeitskosten zur Wirtschaftsleistung

Überdurchschnittliche Produktivität

einer Branche definiert und hier vereinfacht als Relation der Bruttoentgelte zum Umsatz ermittelt, stellen einen wichtigen Indikator zur Charakterisierung der Effizienz der Wirtschaft dar. Je niedriger diese Messziffer, desto höher ist die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe.

Anteil der Bruttolöhne und -gehälter am Umsatz unverändert

Im Jahr 2018 lag der Anteil der Bruttoentgelte am Umsatz in der Chemischen Industrie nach bei 8,8 Prozent und im gesamten Verarbeitenden Gewerbe bei 7,1 Prozent. Im Vergleich zu 2008 blieben die Werte unverändert.

Chemische Industrie mit hohen Bruttoanlageinvestitionen

Bruttoanlageinvestitionen der Industrie: 3,6 Milliarden Euro

Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe tätigten 2018 Bruttoanlageinvestitionen in Rekordhöhe von 3,6 Milliarden Euro. Gegenüber dem Jahr 2017, das sich ebenfalls durch eine rege Investitionstätigkeit auszeichnete, war dies ein Plus von 556,7 Millionen Euro bzw. 18 Prozent. Die Investitionen in Maschinen, maschinelle Anlagen sowie in Betriebs-

und Geschäftsausstattung stiegen gegenüber 2017 um 376,2 Millionen Euro bzw. 14 Prozent.

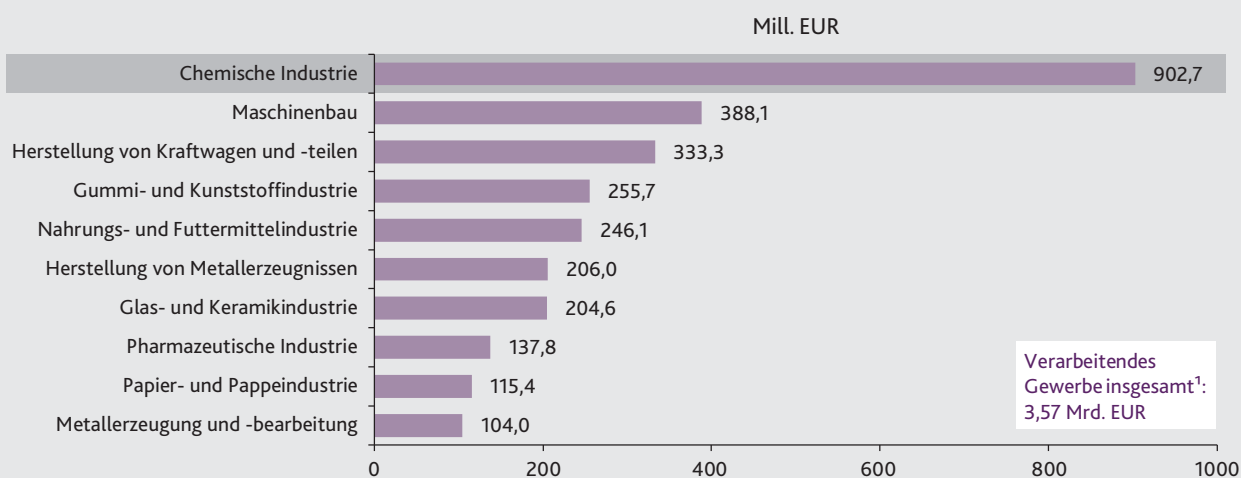
Ein wesentlicher Grund für das überdurchschnittliche Investitionsvolumen im Verarbeitenden Gewerbe war, wie bereits im Vorjahr, die Investitionstätigkeit in der Chemischen Industrie. Hier wurden 2018 gut ein Viertel aller Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe getätigt. Dies entspricht einem Investitionsvolumen von 902,7 Millionen Euro und bedeutet gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 17 Prozent. Gut neun Zehntel dieser Summe bzw. 818,8 Millionen Euro wurden im Bereich der Herstellung von chemischen Grundstoffen, Düngemitteln und Stickstoffverbindungen, Kunststoffen in Primärformen und synthetischem Kautschuk in Primärformen angelegt. Davon entfielen 693,7 Millionen Euro auf Maschinen, maschinelle Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Investitionen der Chemischen Industrie fließen vor allem in die Grundstoffproduktion

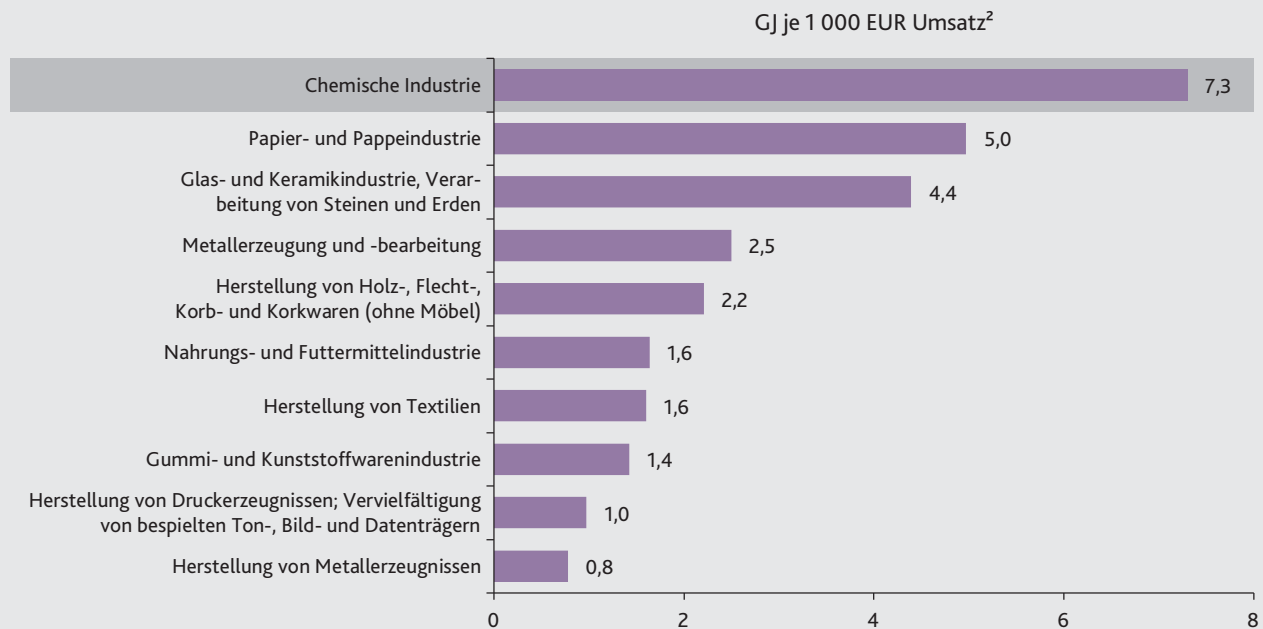
Die Investitionsquote, die die Investitionen in Beziehung zum Umsatz setzt, nahm in der rheinland-pfälzischen Industrie gegenüber

G 8

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹ 2018 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



¹ Sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden.



¹ Sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden. – ² Die Maßeinheit Gigajoule wird verwendet, um Energiemengen vergleichen zu können, die in verschiedenen Größenordnungen gemessen werden.

2017 um 0,4 Prozentpunkte auf 3,4 Prozent zu. In der Chemischen Industrie erhöhte sich die Investitionsquote ebenfalls um 0,4 Prozentpunkte auf drei Prozent.

Energieintensive Produktion – Chemische Industrie weiterhin mit höchstem Energieverbrauch

Nichtenergetische Nutzung von Energieträgern in der Chemischen Industrie

Die Branche mit dem größten Anteil am gesamten Energieverbrauch der rheinland-pfälzischen Industrie war die Chemische Industrie. Auf sie entfielen 2018 rund 71 Prozent des Energieverbrauchs. Dieser hohe Anteil ist auch darauf zurückzuführen, dass die Chemische Industrie einen beachtlichen Teil der Energieträger nichtenergetisch als Ausgangsstoff für chemische Produkte einsetzt. Auch deutschlandweit wies die Chemische Industrie mit 29 Prozent den höchsten Anteil am Energieverbrauch aller Wirtschaftszweige auf.

Im Jahr 2018 benötigte die rheinland-pfälzische Industrie für die Generierung eines Umsatzes von 1 000 Euro durchschnittlich etwa 2,9 Gigajoule bzw. 807 Kilowattstunden Energie. Der höchste Wert errechnete sich mit 7,3 Gigajoule je 1 000 Euro Umsatz für die Chemische Industrie.

Der bundesweite Durchschnittswert für das Verarbeitende Gewerbe liegt mit 2,1 Gigajoule je 1 000 Euro Umsatz deutlich unter dem Wert des Verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz. Damit wird deutlich, dass die rheinland-pfälzische Industrie eine besonders energieintensive Produktpalette herstellt. In Deutschland wies der Kohlebergbau mit rund 27 Gigajoule je 1 000 Euro Umsatz den mit Abstand höchsten Wert aus. Die Chemische Industrie folgte mit acht Gigajoule auf dem zweiten Platz.

Energieintensive Produktpalette

Hoher Strom-
und Erdgasver-
brauch in der
Chemischen
Industrie

Die Branchen des Verarbeitenden Gewerbes setzen Strom und Erdgas in unterschiedlichem Umfang ein. Den größten Strombedarf hatte 2018 die Chemische Industrie, auf die ein Anteil von 46 Prozent des gesamten Stromverbrauchs von 53 600 Terajoule entfiel. Vergleichsweise hohe Anteilswerte weisen noch die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (9,6 Prozent) sowie die Metallerzeugung und -bearbeitung (7,1 Prozent) auf.

Bei Erdgas entfielen 73 Prozent des gesamten Verbrauchs des Verarbeitenden Gewerbes auf die Chemische Industrie. Mit weitem

Abstand folgte die Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (6,8 Prozent). Vor allem die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln setzten auf Erdgas: Sie deckten 71 Prozent ihres Energieverbrauchs 2018 mit Erdgas, bei der Chemischen Industrie war es gut die Hälfte.

Rainer Klein, Diplom-Ökonom, leitet das Referat „Unternehmensstatistiken“.

Verdienste 2018

Eine Analyse auf Basis der Vierteljährlichen Verdiensterhebung

Von Sebastian Fückel und Dr. Martin Jacobs

Die Verdienste in Rheinland-Pfalz sind im Jahr 2018 gestiegen. Preisbereinigt beträgt die Zunahme im Vergleich zum Vorjahr 1,2 Prozent und fällt damit höher aus als 2017 (+0,9 Prozent). Zwar stiegen die Verbraucherpreise 2018 mit +1,7 Prozent stärker als ein Jahr zuvor (+1,4 Prozent). Die höhere Teuerungsrate wurde aber von einer noch stärkeren Dynamik bei den nominalen Verdiensten überkompensiert (2018: +2,9 Prozent; 2017: +2,4 Prozent). Im Durchschnitt lag der Verdienst einschließlich Sonderzahlungen einer vollzeitbeschäftigten Arbeitskraft im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich bei 49 412 Euro. Mit 53 785 Euro fielen die Verdienste im Produzierenden Gewerbe höher aus als im Dienstleistungssektor (46 758 Euro).

Die Vierteljährliche Verdiensterhebung – eine Konjunkturerhebung

Quartalsweise
Befragung
von rund
2 200 Betrieben

Datengrundlage für diesen Beitrag ist die Vierteljährliche Verdiensterhebung. Diese Erhebung wird in ihrer jetzigen Form seit dem Inkrafttreten des Verdienststatistikgesetzes im Jahr 2007 durchgeführt. Sie ist als Konjunkturerhebung konzipiert und erfasst Angaben zu den Verdiensten und Arbeitszeiten. Ausgewiesen werden vierteljährliche Daten zur Anzahl der vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zu ihren bezahlten Arbeitsstunden sowie zu den Bruttoverdiensten. Die Angaben sind nach dem Geschlecht und nach fünf Leistungsgruppen gegliedert. In die Stichprobenziehung werden alle Betriebe des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs einbezogen, die mindestens zehn Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer beschäftigen. Ausnahmen gelten für bestimmte Wirtschaftszweige, die besonders kleinteilig strukturiert sind. Die Grenze liegt in diesen Fällen bei fünf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Deutschlandweit werden 40 500 Berichtsstellen befragt. In Rheinland-Pfalz gehen die Angaben von rund 2 200 Betrieben in die Vierteljährliche Verdiensterhebung ein.

Zur Verbesserung der Datenqualität wurde 2012 das Stichprobenverfahren angepasst. Seither wird in einer sogenannten rollierenden Stichprobe jedes Jahr ein Teil der meldenden Betriebe aus der Erhebung entlassen und durch neue Betriebe im gleichen Umfang ersetzt. Durch Betriebsschließungen und Insolvenzen bedingte Abgänge werden durch neue Einheiten ausgeglichen, bis die gesetzlich maximal zulässige Größe der Stichprobe erreicht ist.

Änderung des
Stichproben-
verfahrens

Das System der Verdienststatistiken

Das System der Verdienststatistiken besteht aus aufeinander abgestimmten vierteljährlichen und mehrjährigen repräsentativen Erhebungen der Verdienste und Arbeitskosten in nahezu allen Wirtschaftsbereichen. Bei den verschiedenen Erhebungen werden unterschiedliche Tatbestände erfasst, um einerseits Strukturen und andererseits kurzfristige Entwicklungen in regelmäßigen Zeitabständen darstellen zu können.

Verdienststrukturerhebungen werden in vierjähriger Periodizität zur Darstellung von Struktur und Abstufung der Arbeitneh-

merverdienste nach lohnbestimmenden Merkmalen durchgeführt. Von besonderem Interesse sind dabei Angaben zur ausgeübten Tätigkeit, dem Ausbildungsstand, dem Lebensalter und der Dauer der Unternehmenszugehörigkeit der Beschäftigten.

Die **Arbeitskostenerhebung** ist die Strukturstatistik über die Kosten der Beschäftigung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Nach internationalen Standards werden detaillierte Angaben über alle Bestandteile der Arbeitskosten bereitgestellt.

Umstellung auf
WZ 2008

Neben der Einführung der rollierenden Stichprobe stellte auch das Auffüllen der Stichprobe bis zur erlaubten Maximalgröße eine Neuerung dar. Beide Faktoren zusammen hatten zur Folge, dass 2012 nahezu die Hälfte des Berichtskreises aus neuen Betrieben bestand. Hinzu kam, dass erstmals die neue Systematik der Wirtschaftszweige in der Ausgabe 2008 (WZ 2008) zur Anwendung kam. Die hohe Auswechselquote in Verbindung mit dem Umstieg auf die aktuelle Wirtschaftszweigsystematik führt zu einer eingeschränkten Vergleichbarkeit der Ergebnisse vor und nach 2012. Dies gilt insbesondere für die Betrachtung der Daten auf der Ebene einzelner Wirtschaftszweige.

Die Vierteljährliche Verdiensterhebung ist ein Teil des Systems der Verdienst- und Arbeitskostenerhebungen der amtlichen Statistik. Die weiteren Elemente dieses Systems sind die jeweils alle vier Jahre stattfindende Verdienststrukturerhebung sowie die Arbeitskostenerhebung.

Positive Verdienstentwicklung

Der Nominallohnindex stieg 2018 in Rheinland-Pfalz um 2,9 Prozent. Damit setzt sich die Aufwärtsdynamik der vergangenen Jahre fort. Der Zuwachs ist stärker als 2017; damals waren die Bruttomonatsverdienste der vollzeit-, teilzeit- und geringfügig Beschäftigten (einschließlich Sonderzahlungen) im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich um 2,4 Prozent gewachsen.

Auch beim Reallohnindex fiel die Steigerung 2018 höher aus als ein Jahr zuvor. Die preisbereinigten Verdienste legten 2018 um 1,2 Prozent zu, nachdem 2017 der Zuwachs 0,9 Prozent betragen hatte. Das Wachstum der Reallöhne beschleunigte sich trotz einer Zunahme der Teuerungsrate. Der Verbraucherpreisindex lag 2018 um 1,7 Prozent über dem Niveau des Vorjahres (2017: +1,4 Prozent). Die höhere Teuerung wurde aber durch den noch stärkeren Anstieg der Nominallohne überkompensiert. Die Ent-

Reallöhne
steigen um
1,2 Prozent

wicklung und die Zusammenhänge der drei Indizes zum Nominallohn, Reallohn und den Verbraucherpreisen gehen aus der Grafik G1 hervor.

Lohnwachstum im Produzierenden Gewerbe stärker

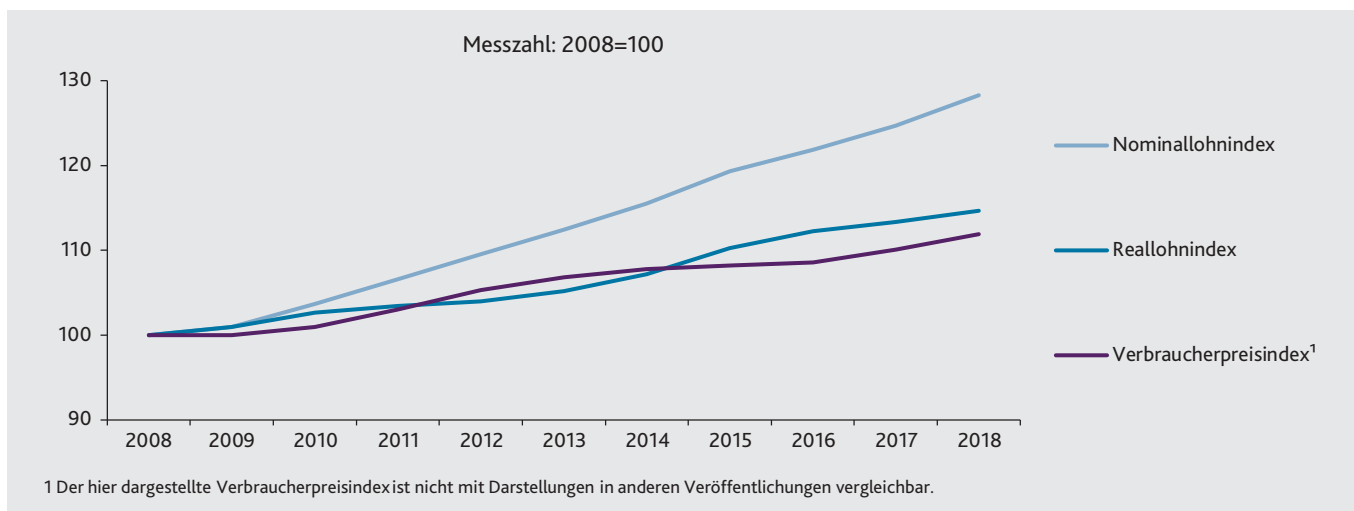
Rückt man die Lohnentwicklung in den Wirtschaftsbereichen in den Mittelpunkt der Betrachtung, zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor. Die Verdienstzuwächse fallen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Produzierenden

Gewerbe mit +3,6 Prozent deutlich höher aus als für die Arbeitskräfte, die im Dienstleistungsbereich tätig sind (+2,6 Prozent).

Dieses Bild steht im Gegensatz zu den Ergebnissen der Jahre 2016 und 2017, in denen die Arbeitskräfte im Dienstleistungsbereich eine bessere Nominallohnentwicklung verbuchen konnten als die Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe. Das nun wieder zu beobachtende Muster mit höheren Verdienststeigerungen im Produzieren-

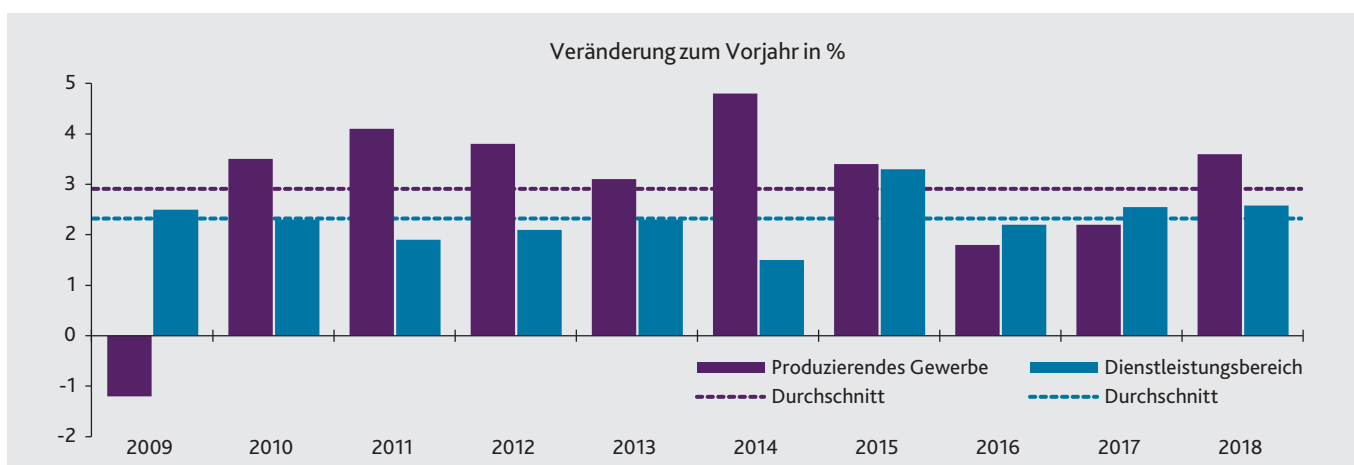
G 1

Reallohnindex, Index der Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen (Nominallohnindex) sowie Verbraucherpreisindex 2008–2018



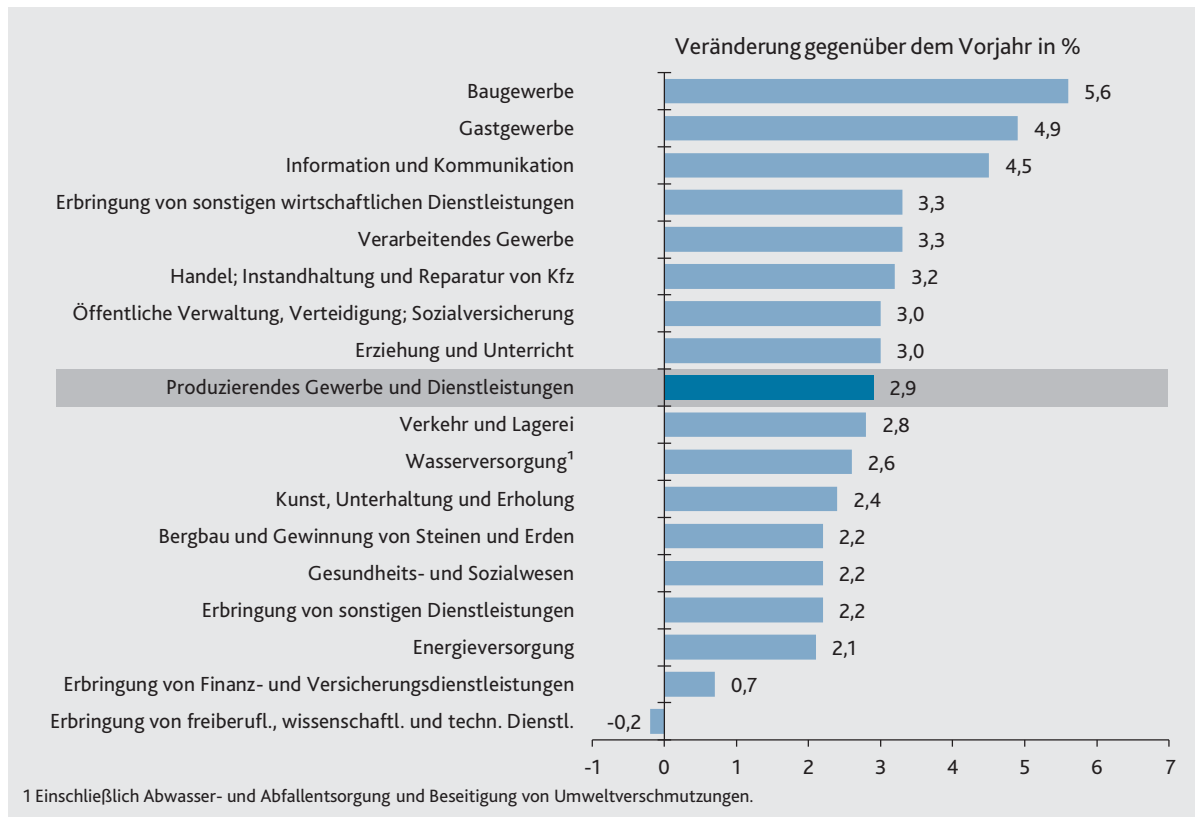
G 2

Index der Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen 2009–2018 nach Wirtschaftsbereichen



G 3

Index der Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen 2018 nach Wirtschaftszweigen



den Gewerbe entspricht dem langfristigen Trend. Seit 2007 haben die nominalen Bruttomonatsverdienste im Produzierenden Gewerbe um 38 Prozent zugenommen; im Dienstleistungsbereich betrug die Steigerung nur 28 Prozent. Allerdings unterlag die Verdienstentwicklung im Produzierenden Gewerbe stärkeren Schwankungen.

Verdienstentwicklung stark von der Branche abhängig

Die Entwicklung der Verdienste in den einzelnen Branchen weist eine große Spannweite auf. Deutlich über dem Durchschnitt im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich lag die Verdienststeigerung im Baugewerbe (+5,6 Prozent), im Gastgewerbe (+4,9 Prozent) sowie im Wirtschaftsabschnitt „Information und Kommunikation“ (+4,5 Prozent).

Der vielgestaltige Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“, zu dem unter anderem Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatungen, Ingenieurbüros sowie Werbeagenturen zählen, verzeichnete als einziger Wirtschaftszweig 2018 einen leichten Rückgang der nominalen Verdienste um 0,2 Prozent. Die Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Finanz- und Versicherungsdienstleistern stiegen nur geringfügig um 0,7 Prozent. In diesen zwei Wirtschaftszweigen blieb die Lohnentwicklung hinter der Steigerung der Verbraucherpreise zurück; die Reallöhne verringerten sich. Beschäftigte dieser beiden Branchen mussten 2018 also im Durchschnitt einen Kaufkraftverlust ihres Einkommens hinnehmen.

Rückgang der Reallöhne in zwei Wirtschaftszweigen

Index der Bruttomonatsverdienste (Nominallohnindex)

Die Indizes der Bruttomonats- und Brutstundenverdienste werden aus den Ergebnissen der Vierteljährlichen Verdiensterhebung berechnet. Grundlage für den Nominallohnindex sind die Bruttomonatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen von vollzeit-, teilzeit- und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. Sie stellen die durchschnittliche Verdienstentwicklung bei konstanter Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft dar. Dabei wird die Verteilung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Basiszeitraum für alle Berichtszeiträume konstant gehalten und nur die Verdienste variieren. Die Indizes zeigen somit, wie sich die durchschnittlichen Bruttoverdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verändert hätten, wenn im jeweiligen Vergleichszeitraum die gleiche Struktur der Arbeitnehmerschaft bestanden hätte wie im Basiszeitraum. Die in den Veröffentlichungen nachgewiesenen Indizes beziehen sich auf das Basisjahr 2015.

Reallohnindex

Beim Reallohnindex wird die Entwicklung der Verdienste der Preisentwicklung gegenübergestellt. Die Kennzahl wird als Quotient aus dem Index der Bruttomonatsverdienste (Nominallohnindex) und dem Verbraucherpreisindex berechnet.

Bei einer positiven Veränderungsrate des Reallohnindex sind die Verdienste stärker gestiegen als die Verbraucherpreise, bei einer negativen Veränderungsrate ist es umgekehrt.

Große Verdienstunterschiede zwischen den Branchen

Nach den Angaben der Vierteljährlichen Verdiensterhebung betrug 2018 der durchschnittliche Jahresbruttoverdienst einer Vollzeitkraft in Betrieben des Produzierenden Gewerbes und des Dienstleistungssektors 49 412 Euro. Davon machten Sonderzahlungen, wie tarifliche Einmalzahlungen oder Leistungsprämien, 4 266 Euro aus. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit lag bei 39,3 Stunden und damit etwas über dem Wert des Vorjahres.

Durchschnittlicher Vollzeit-Jahresbruttoverdienst liegt bei 49 412 Euro

Die Jahresbruttoeinkommen einschließlich Sonderzahlungen lagen im Produzierenden Gewerbe deutlich über denen im Dienstleistungsbereich. Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe erhielten 2018 ein durchschnittliches Einkommen von 53 785 Euro. Im Dienstleistungssektor betrug der Durchschnittsverdienst mit 46 758 Euro nur rund 87 Prozent des Wertes im Produzierenden Gewerbe. Branchenunterschiede zeigen sich auch bei der durchschnittlichen bezahlten Wochenarbeitszeit: Diese lag für eine in Vollzeit beschäftigte Arbeitskraft im Produzierenden Gewerbe bei 38,6 Stunden und im Dienstleistungsbereich bei 39,7 Stunden.

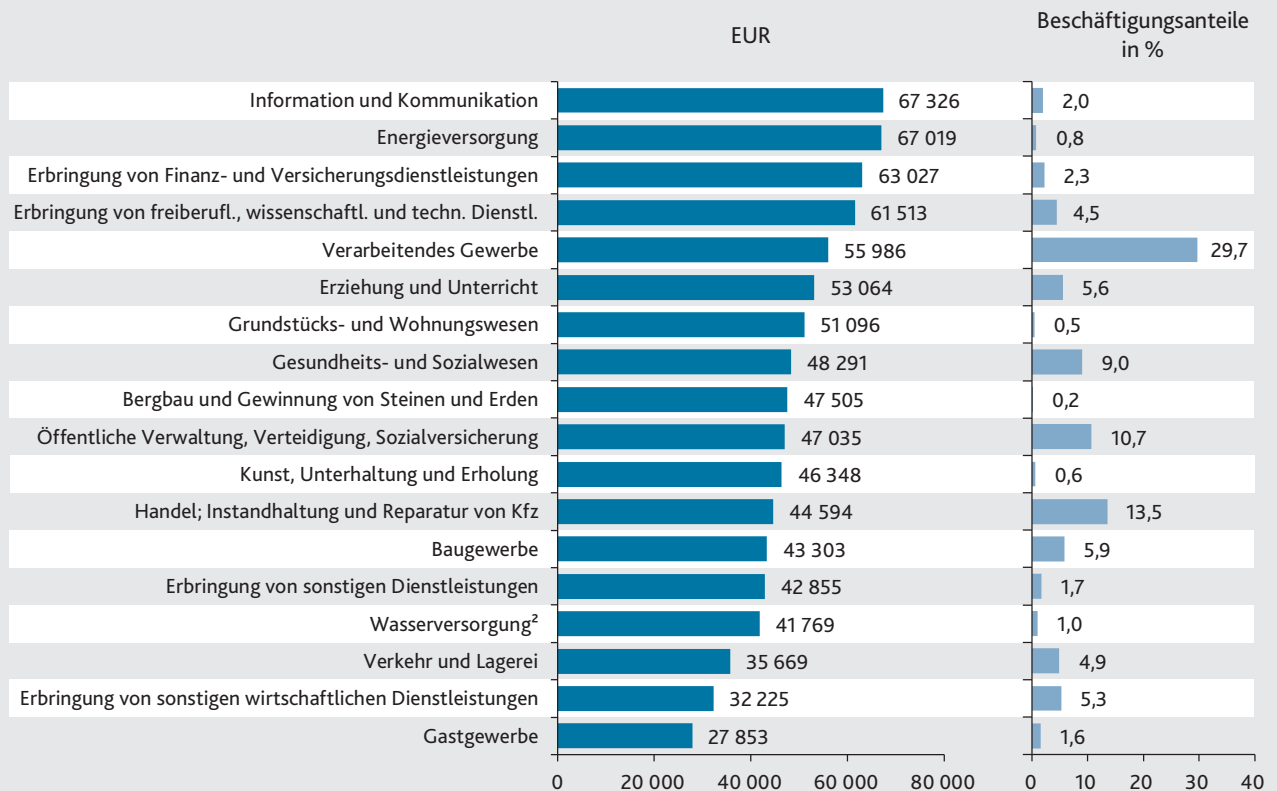
Höhere Verdienste im Produzierenden Gewerbe

Bei einer Betrachtung auf Ebene der einzelnen Wirtschaftsabschnitte ergeben sich noch deutlich größere Verdienstunterschiede. Die im Durchschnitt besten Verdienstmöglichkeiten in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft hatten 2018 die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Wirtschaftsbereich „Information und Kommunikation“. Vollzeitkräfte erzielten hier einschließlich Sonderzahlungen im Mittel einen Verdienst von 67 326 Euro. Der Bereich

„Information und Kommunikation“ ist Branche mit höchsten Verdiensten

G 4

Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst¹ vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen und Beschäftigungsanteil 2018 nach Wirtschaftszweigen



¹ Einschließlich Sonderzahlungen. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.

„Information und Kommunikation“ lag in der Rangfolge der Wirtschaftsabschnitte 2017 noch auf dem dritten Platz. Durch kräftige Lohnsteigerungen kletterte er 2018 auf die Spitzenposition. An zweiter Stelle folgt dicht dahinter der ehemalige Spitzenreiter, der Bereich „Energieversorgung“. Vollzeitkräfte in diesem Bereich verdienten im Schnitt 67 019 Euro. Durchschnittliche Jahresbruttoverdienste von mehr als 60 000 Euro erreichten auch die Vollzeit-Arbeitskräfte in den Wirtschaftsbereichen „Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ (63 027 Euro) und „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ (61 513 Euro).

Weniger als halb so viel, nämlich 27 853 Euro, verdienten Vollzeitkräfte im „Gastgewerbe“, der Branche mit dem geringsten Durchschnittsverdienst. Den vorletzten Platz belegte der Bereich „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ mit 32 225 Euro. Zu diesem Wirtschaftsbereich zählen beispielsweise die Leiharbeit, Wach- und Sicherheitsdienste sowie Reinigungs- und Hausmeisterdienste. Auch im Wirtschaftszweig „Verkehr und Lagerei“ war der Durchschnittsverdienst vergleichsweise gering; Vollzeitkräfte erhielten hier 35 669 Euro. In allen anderen Wirtschaftsabschnitten betrug das Einkommen einer Arbeitnehmerin oder eines Arbeitnehmers in Vollzeit im Mittel mehr als 40 000 Euro.

Niedrigste
Verdienste im
Gastgewerbe

Verdienstniveau hängt von ausgeübter Tätigkeit ab

Einteilung in fünf Leistungsgruppen

Die Vierteljährliche Verdiensterhebung unterscheidet fünf Leistungsgruppen. In Abhängigkeit von der ausgeübten Tätigkeit werden Beschäftigte mit ähnlichem Tätigkeits- und Qualifikationsprofil in einer Leistungsgruppe zusammengefasst. Eine Zuordnung zur Leistungsgruppe 1 setzt die höchsten qualifikatorischen Anforderungen voraus. Die Leistungsgruppe 1 umfasst Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung. In weiteren Abstufungen werden herausgehobene Fachkräfte (Leistungsgruppe 2), Fachkräfte (Leistungsgruppe 3) sowie angelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Leistungsgruppe 4) unterschieden. In der letzten Leistungsgruppe 5 sind die ungelernten Arbeitskräfte enthalten.

Löhne steigen mit dem Qualifikationsniveau

Erwartungsgemäß fallen die Verdienste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Leistungsgruppe 1 am höchsten aus und nehmen dann mit sinkendem Qualifikationsniveau der ausgeübten Tätigkeit kontinuierlich ab. Am größten ist der Verdienstabstand zwischen den Leistungsgruppen 1 und 2. Vollzeitbeschäftigte in leitender Funktion, die der Leistungsgruppe 1 zugeordnet sind, erhielten 2018 durchschnittlich ein Jahresbruttoeinkommen einschließlich Sonderzahlungen in Höhe von 93 814 Euro. Die herausgehobenen Fachkräfte in der zweithöchsten Leistungsgruppe 2 verdienten mit 57 332 Euro im Schnitt 61 Prozent des Gehalts in Leistungsgruppe 1. Die ungelernten Arbeitskräfte in Leistungsgruppe 5 erreichten ein Durchschnittseinkommen von 29 060 Euro. Dies entspricht weniger als einem Drittel des Verdienstniveaus der Arbeitskräfte in leitender Funktion.

Leistungsgruppen

Leistungsgruppe 1:

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis.

Leistungsgruppe 2:

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sehr schwierigen bis komplexen oder vielgestaltigen Tätigkeiten, für die i. d. R. nicht nur eine abgeschlossene Berufsausbildung, sondern darüber hinaus mehrjährige Berufserfahrung und spezielle Fachkenntnisse erforderlich sind.

Leistungsgruppe 3:

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit schwierigen Fachtätigkeiten, für deren Ausübung i. d. R. eine abgeschlossene Berufsausbildung, zum Teil verbunden mit Berufserfahrung, erforderlich ist.

Leistungsgruppe 4:

Angelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit überwiegend einfachen Tätigkeiten, für deren Ausübung keine berufliche Ausbildung, aber besondere Kenntnisse und Fertigkeiten für spezielle, branchengebundene Aufgaben erforderlich sind.

Leistungsgruppe 5:

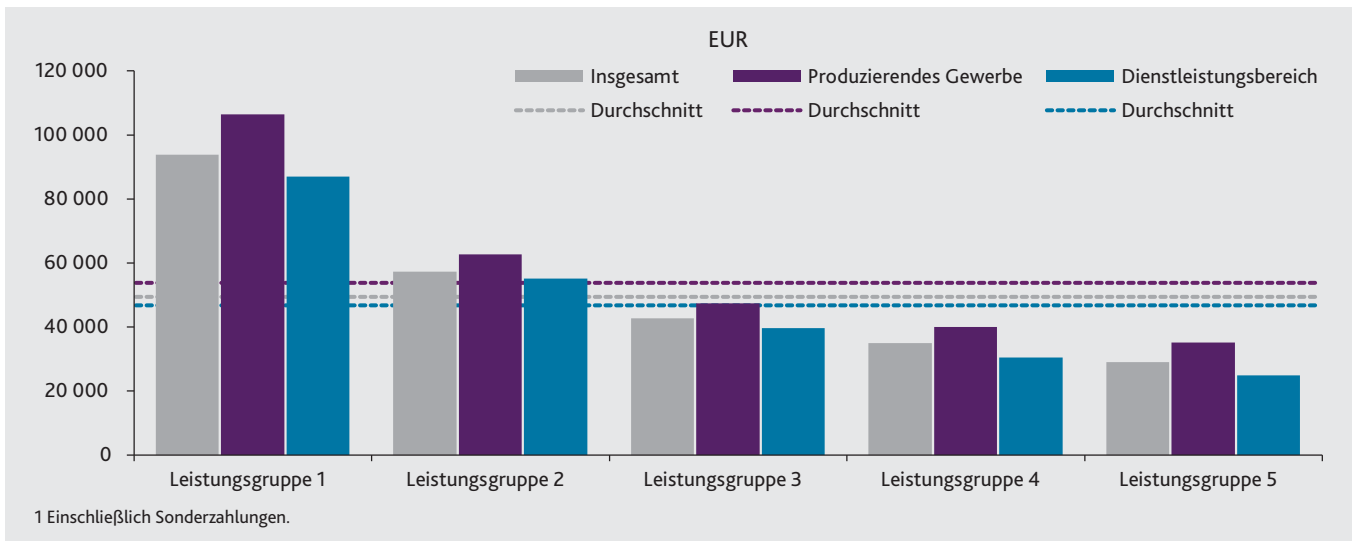
Ungelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einfachen, schematischen Tätigkeiten oder isolierten Arbeitsvorgängen, für deren Ausübung keine berufliche Ausbildung erforderlich ist.

Verglichen mit dem über alle fünf Leistungsgruppen gemittelten Verdienst liegen die Löhne der Arbeitskräfte in leitender Funktion fast doppelt so hoch; sie waren 2018 um 90 Prozent höher als der Durchschnitt. Die herausgehobenen Fachkräfte der Leistungs-

Arbeitskräfte in leitender Funktion verdienen fast doppelt so viel wie der Durchschnitt

G 5

Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst¹ vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2018 nach Wirtschaftsbereichen und Leistungsgruppen



gruppe 2 verdienten 16 Prozent mehr als der Durchschnitt. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der übrigen drei Leistungsgruppen erzielten hingegen unterdurchschnittliche Einkommen. Der Verdienst der Beschäftigten aus der untersten Leistungsgruppe 5 betrug nur etwa 59 Prozent des Durchschnittsniveaus.

Arbeitskräfte unterer Leistungsgruppen verdienen im Produzierenden Gewerbe deutlich besser

Das Verteilungsmuster der Verdienste in Abhängigkeit von der Leistungsgruppe bleibt grundsätzlich bestehen, wenn man das Produzierende Gewerbe und den Dienstleistungsbereich getrennt voneinander betrachtet. Sowohl im Produzierenden Gewerbe als auch im Dienstleistungssektor geht eine bessere Qualifikation mit höherem Verdienst einher. Unterschiede zeigen sich jedoch bei angelernten und ungelernten Arbeitskräften in den niedrigen Qualifikationsstufen der Leistungsgruppen 4 und 5. Relativ zum jeweiligen Sektorendurchschnitt werden die gering qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Produzierenden Gewerbe deutlich besser entlohnt als im Dienstleistungsbereich. Eine im Produzierenden

den Gewerbe beschäftigte Vollzeitkraft der Leistungsgruppe 4 bzw. 5 erreichte 74 bzw. 65 Prozent des mittleren Verdienstes in diesem Wirtschaftsbereich. Im Dienstleistungssektor waren es nur 65 bzw. 53 Prozent. Während über alle Leistungsgruppen gemittelt im Jahr 2018 die Arbeitskräfte im Dienstleistungsbereich 13 Prozent weniger verdienten als diejenigen im Produzierenden Gewerbe, beträgt der Verdienstunterschied zwischen den Wirtschaftsbereichen für angelernte Kräfte 24 Prozent und für ungelernte Kräfte sogar 29 Prozent. Beschäftigte in der obersten Leistungsgruppe 1 erreichten im Produzierenden Gewerbe durchschnittlich ein gut dreimal so hohes Einkommen und im Dienstleistungssektor ein dreieinhalbmal so hohes Einkommen wie ungelernte Kräfte, die im gleichen Wirtschaftsbereich tätig waren.

Sonderzahlungen machen für Personen mit hohem Qualifikationsniveau einen größeren Teil der Vergütung aus. Bei Beschäftigten in leitender Funktion lag der Anteil der Sonderzahlungen 2018 bei zwölf Prozent.

Sonderzahlungen haben größere Bedeutung für Hochqualifizierte

Die durchschnittlichen Sonderzahlungen an eine Vollzeitkraft der Leistungsgruppe 1 beliefen sich auf 11 266 Euro. Angehörige der Leistungsgruppen 2 und 3 erhielten jeweils knapp acht Prozent ihres gesamten Verdienstes in Form von Sonderzahlungen. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die den Leistungsgruppen 4 und 5 zugeordnet waren, war der Anteil der Sonderzahlungen noch etwas geringer.

Weiterhin hohe Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern

An der Tatsache, dass die Verdienste von Frauen geringer ausfallen als die Verdienste von Männern, hat sich auch 2018 nur wenig geändert. Während vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer im Durchschnitt auf einen Bruttojahresverdienst einschließlich Sonderzahlungen in Höhe von 51 973 Euro kommen, beläuft sich der Bruttojahresverdienst von Arbeitnehmerinnen im Mittel nur auf 43 199 Euro. Das entspricht einer Differenz von 8 854 Euro oder einem relativen Lohnabstand von 17 Prozent. Über alle Wirtschaftszweige des Produzierenden Gewerbes und der Dienstleistungen hinweg verdienen Frauen damit im Mittel gut ein Sechstel weniger als Männer.

Spanne der geschlechtsspezifischen Verdienstunterschiede im Produzierenden Gewerbe geringer als im Dienstleistungsbereich

Besonders stark unterscheiden sich die Verdienste bei der Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen. In diesem Wirtschaftsbereich fällt der durchschnittliche Bruttojahresverdienst¹ von Frauen um rund ein Drittel niedriger aus als der Verdienst von Männern. Nur geringe Abweichungen treten dagegen im Bereich Verkehr und Lagerei auf. Hier beläuft sich der relative Lohnabstand nur auf 2,1 Prozent.

¹ Einschließlich Sonderzahlungen.

In den Wirtschaftsabschnitten des Produzierenden Gewerbes ist die Spannweite des Lohnunterschieds zwischen den Geschlechtern etwas geringer. Relativ betrachtet unterscheiden sich die Löhne von Frauen und Männern im Bereich Energieversorgung am stärksten. Frauen, die in diesem Wirtschaftsbereich beschäftigt waren, kamen 2018 im Durchschnitt auf knapp 78 Prozent der Bruttojahresverdienste, die Männer einschließlich Sonderzahlungen erzielten. Im Bereich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden fällt der Verdienstabstand dagegen eher gering aus. In diesem Wirtschaftsabschnitt beläuft sich der relative Lohnabstand nur auf 4,2 Prozent.

Zu dem geschlechtsspezifischen Verdienstgefälle trägt unter anderem der Umfang der wöchentlichen Arbeitszeit der beiden Geschlechter bei. So belief sich die durchschnittliche Arbeitszeit vollzeitbeschäftigter Frauen 2018 durchschnittlich auf 38,8 Stunden pro Woche, während vollzeitbeschäftigte Männer im Mittel für 39,5 Stunden pro Woche entlohnt wurden.

Durchschnittliche Wochenarbeitszeit von Frauen etwas geringer als die von Männern

Auch die Anforderungen an die jeweils verrichtete Tätigkeit wirken sich auf die Höhe der Verdienstunterschiede aus. Werden diese Anforderungen insbesondere mit Blick auf die erforderlichen Qualifikationen berücksichtigt, so zeigt sich zunächst, dass Frauen seltener in höher entlohten Leitungspositionen vertreten sind. Von allen männlichen, in Vollzeit beschäftigten Arbeitnehmern sind zwölf Prozent den Führungskräften zuzuordnen. Bei den Frauen sind es hingegen nur 9,2 Prozent. In allen übrigen Leistungsgruppen – mit Ausnahme der Leistungsgruppe 4 – übersteigt die Quote der weiblichen Beschäftigten diejenige ihrer männlichen Kollegen.

Frauen sind seltener in Führungspositionen vertreten

T 1

**Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst¹ vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2018
nach Wirtschaftsbereichen, Leistungsgruppen und Geschlecht**

Wirtschaftsbereich	Leistungsgruppe					Insgesamt
	1	2	3	4	5	
	EUR					
Insgesamt						
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	93 814	57 332	42 668	34 961	29 060	49 412
Produzierendes Gewerbe	106 366	62 685	47 438	39 972	35 193	53 785
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	109 010	64 915	50 079	41 267	35 939	55 986
Dienstleistungsbereich	86 961	55 163	39 641	30 442	24 875	46 758
Frauen						
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	76 000	51 391	38 441	30 033	26 430	43 119
Produzierendes Gewerbe	93 098	57 051	41 404	33 303	(30 568)	46 744
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	94 808	59 178	42 595	33 399	(30 711)	47 606
Dienstleistungsbereich	71 239	50 566	37 837	28 616	24 698	42 282
Männer						
Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich	99 359	60 203	44 516	36 318	30 319	51 973
Produzierendes Gewerbe	108 641	63 631	48 362	41 035	36 617	54 966
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	111 803	65 909	51 301	42 769	37 820	57 547
Dienstleistungsbereich	93 292	58 222	40 911	31 174	24 985	49 475

() Ausagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch nicht sicher.
1 Einschließlich Sonderzahlungen.

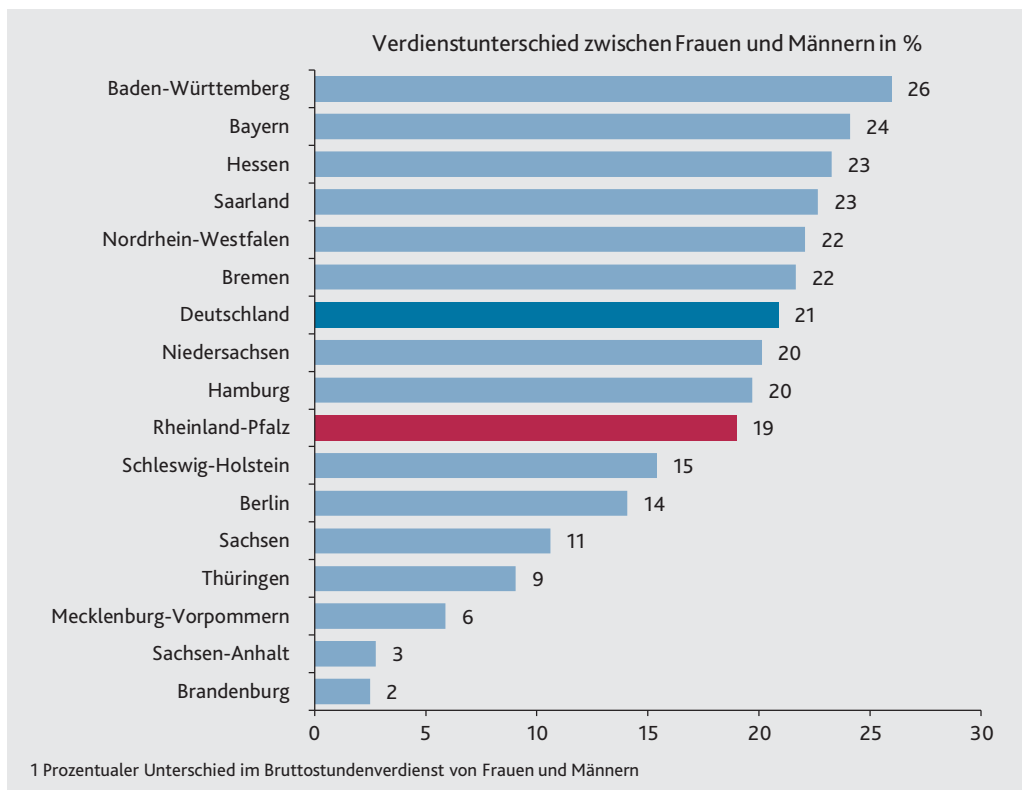
Allerdings bleiben nennenswerte Verdienstunterschiede zwischen den Geschlechtern auch dann bestehen, wenn nur Frauen und Männer gegenübergestellt werden, die derselben Leistungsgruppe angehören. Am deutlichsten fallen die Entgeltdifferenzen bei den Führungskräften aus. So kommen Arbeitnehmerinnen der Leistungsgruppe 1 lediglich auf rund 76 Prozent des Gehalts von Arbeitnehmern. Je geringer die qualifikatorischen Anforderungen an die Tätigkeit sind, desto stärker gehen die geschlechtsspezifischen Gehaltsunterschiede – mit Ausnahme der Leistungsgruppe 4 – zurück. Bei den ungelernten Arbeitskräften der Leistungsgruppe 5 beträgt der Lohnabstand noch knapp 13 Prozent.

Um das Ausmaß und die Veränderung der geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede

zusammenfassend zu beschreiben, wird zumeist der sogenannte Gender Pay Gap verwendet. Bei dieser Kennzahl handelt es sich um einen Strukturindikator der amtlichen Statistik, der den Unterschied der Bruttostundenverdienste zwischen Frauen und Männern misst. Seine Berechnung erfolgt EU-weit einheitlich auf der Basis der Verdienststrukturerhebung, die alle vier Jahre durchgeführt wird. Die Fortschätzung dieser Größe wird in den Jahren zwischen den Erhebungen mithilfe der Vierteljährlichen Verdiensterhebung vorgenommen. Nach diesen Berechnungen liegt der Verdienstabstand zwischen weiblichen und männlichen Beschäftigten in Rheinland-Pfalz 2018 bei 19 Prozent. Das entspricht einem Rückgang um einen Prozentpunkt gegenüber 2017 und liegt zwei Prozentpunkte unter dem bundesweiten Durchschnittswert.

Gender Pay Gap
liegt in Rhein-
land-Pfalz bei
19 Prozent

G 6

Gender Pay Gap¹ 2018 im Ländervergleich

Wird der Gender Pay Gap in seiner unbereinigten Form verwendet, fließen in seine Berechnung die Verdienste aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unabhängig ihrer persönlichen Eigenschaften ein. Ein auf diese Weise ermittelter geschlechtsspezifischer Lohnabstand muss jedoch nicht zwangsläufig bedeuten, dass Frauen für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt werden. Vielmehr können darin die ungleiche Verteilung der Geschlechter auf besser bzw. schlechter bezahlte Wirtschaftszweige oder unterschiedliche Leistungsgruppen zum Ausdruck kommen. Auch werden geschlechtsspezifische Unterschiede in der Häufigkeit von (z. B. familienbedingten) Erwerbsunterbrechungen nicht hinreichend berücksichtigt, ebenso wie sonstige systematische Unterschiede in der Gestaltung

und dem Verlauf der Erwerbsbiografien von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Die Bedeutung dieser Aspekte wird deutlich, wenn zur Beurteilung der Entgeltungleichheit der sogenannte bereinigte Gender Pay Gap herangezogen wird. Diese Kennzahl misst den Verdienstabstand von Frauen und Männern mit weitgehend vergleichbaren Eigenschaften, etwa im Hinblick auf die jeweilige Qualifikation, die ausgeübte Tätigkeit und die Erwerbsbiografien. Im Jahr 2014 lag der bereinigte Gender Pay Gap in Rheinland-Pfalz bei gut fünf Prozent und damit um rund 16 Prozentpunkte niedriger als der unbereinigte Gender Pay Gap.² Damit bleibt der um struk-

Bereinigter Gender Pay Gap in Rheinland-Pfalz bei fünf Prozent

² Die Werte beziehen sich auf das Jahr 2014, da die Berechnung des bereinigten Gender Pay Gap ausschließlich auf Basis der Verdienststrukturhebung erfolgt und eine Fortschreibung mit der Vierteljährlichen Verdiensterhebung methodisch nicht umsetzbar ist.

turelle Merkmalsunterschiede zwischen den Geschlechtern bereinigte Gender Pay Gap in Rheinland-Pfalz unter dem Bundesdurchschnitt. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ergibt sich für Deutschland ein bereinigter Gender Pay Gap von sechs Prozent. Bei der Interpretation des Wertes muss beachtet werden, dass nicht alle strukturell relevanten Merkmale erfasst und damit aus dem unbereinigten Gender Pay Gap „herausgerechnet“ werden können. Da sich in ihm auch die Effekte unbeobachteter Einflussfaktoren spiegeln, sollte er allenfalls als Höchstwert respektive als Obergrenze für geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung verstanden werden.

Vollzeitbeschäftigte mit besseren Verdienstchancen als Teilzeitbeschäftigte

Auf Grundlage der Vierteljährlichen Verdiensterhebung ist es auch möglich, die Verdienststrukturen der Beschäftigten in Abhängigkeit von ihrem jeweiligen Beschäftigungsumfang zu beschreiben. Um den Einfluss der unterschiedlichen Arbeitszeit-

modelle auf die Lohnhöhe zu kontrollieren, werden Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte auf Basis ihrer Bruttostundenverdienste gegenübergestellt.

Im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich belief sich der durchschnittliche Bruttostundenverdienst (ohne Sonderzahlungen) von Teilzeitbeschäftigten 2018 auf 18,35 Euro. Vollzeitbeschäftigte erzielten dagegen brutto im Durchschnitt 22,05 Euro und damit einen um gut 20 Prozent höheren Stundenlohn als Teilzeitkräfte. Entgegen der Zielsetzung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) besteht damit eine erhebliche Lohnlücke zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten.

Im Produzierenden Gewerbe fällt der Verdienstabstand zwischen den beiden Beschäftigtengruppen etwas geringer aus. Während Vollzeitkräfte 2018 im Durchschnitt auf 23,63 Euro kamen, verdienten Teilzeitkräfte durchschnittlich 21,15 Euro pro Stunde. Damit bewegte sich ihr Bruttostundenlohn in etwa auf dem Niveau einer Vollzeitkraft im Dienstleistungsbereich.

T 2

Bruttostundenverdienste¹ vollzeit- und teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen nach Leistungsgruppen 2018

Merkmal	Einheit	Leistungsgruppe					Insgesamt	Frauen	Männer
		1	2	3	4	5			
Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/-innen									
Bruttostundenverdienste ¹	EUR	40,07	25,76	19,20	15,84	13,53	22,05	19,75	22,98
Anteil an Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich ²	%	11,2	20,5	47,3	14,8	6,2	63,8	28,9	71,1
Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer/-innen									
Bruttostundenverdienste ¹	EUR	33,99	23,93	18,10	13,46	11,89	18,35	18,21	19,15
Anteil an Arbeitnehmer/-innen im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich ²	%	6,2	16,0	44,9	16,1	16,7	23,5	85,6	14,4

¹ Ohne Sonderzahlungen. – ² Anteil an der jeweils übergeordneten Zusammenfassung. Insgesamt: Anteil der Beschäftigtengruppe an allen Arbeitnehmer/-innen. Leistungsgruppen: Anteil der Leistungsgruppe an der jeweiligen Beschäftigtengruppe.

Teilzeitbeschäftigte sind größtenteils weiblich

Teilzeitarbeit wird überwiegend von Frauen ausgeübt. Knapp 86 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich waren 2018 Frauen. Dabei war der Frauenanteil unter den Teilzeitbeschäftigten im Produzierenden Gewerbe mit etwa 80 Prozent deutlich niedriger als im Dienstleistungsbereich.

Auch in der Teilzeitarbeit geschlechtsspezifische Lohnunterschiede

Da das Lohnniveau im Produzierenden Gewerbe im Durchschnitt höher als im Dienstleistungsbereich ist, dürfte dieser Umstand auch einen Teil zur Erklärung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles innerhalb der Gruppe der Teilzeitbeschäftigten beitragen. Betrachtet man die Bereiche des Produzierenden Gewerbes und der Dienstleistungen gemeinsam, so verdiente ein männlicher Arbeitnehmer in Teilzeit 2018 im Durchschnitt 19,15 Euro pro Stunde brutto (ohne Sonderzahlungen). Frauen kamen in Teilzeit dagegen durchschnittlich nur auf 18,21 Euro. Damit blieb ihr Lohn um rund fünf Prozent hinter dem Verdienst teilzeitbeschäftigter Männer zurück. Wird nur der Dienstleistungsbereich betrachtet, so liegen die Löhne von teilzeitbeschäftigten Frauen und Männern hingegen nur um zwei Prozent auseinander.

Teilzeitbeschäftigte nehmen selten Führungspositionen ein

Ein Blick auf die Verteilung der Teilzeitbeschäftigten auf die fünf Leistungsgruppen zeigt, dass Teilzeitkräfte nur selten eine Führungs- oder Leitungsposition einnehmen. Im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich traf dies 2018 nur auf 6,2 Prozent aller Teilzeitkräfte zu. Demgegenüber waren gut elf Prozent aller Vollzeitbeschäftigten eine Führungskraft. Umgekehrt verhält es sich in der Gruppe der ungelernten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Nur 6,2 Prozent aller Vollzeitkräfte, aber 17 Prozent aller Teilzeitkräfte waren der Leistungs-

gruppe 5 zuzurechnen. Insgesamt gehörte fast jede dritte Teilzeitkraft, aber nur jede fünfte Vollzeitkraft einer der beiden unteren Leistungsgruppen an. Auf der anderen Seite zählte fast jede dritte Vollzeitkraft, aber nur etwas mehr als jede fünfte Teilzeitkraft zu einer der beiden oberen Leistungsgruppen. Die Mehrzahl der Vollzeit- bzw. Teilzeitbeschäftigten fand sich allerdings in der Leistungsgruppe 3 wieder. Dort waren 47 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Vollzeit und 45 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Teilzeit beschäftigt.

Langfristige Entwicklungen

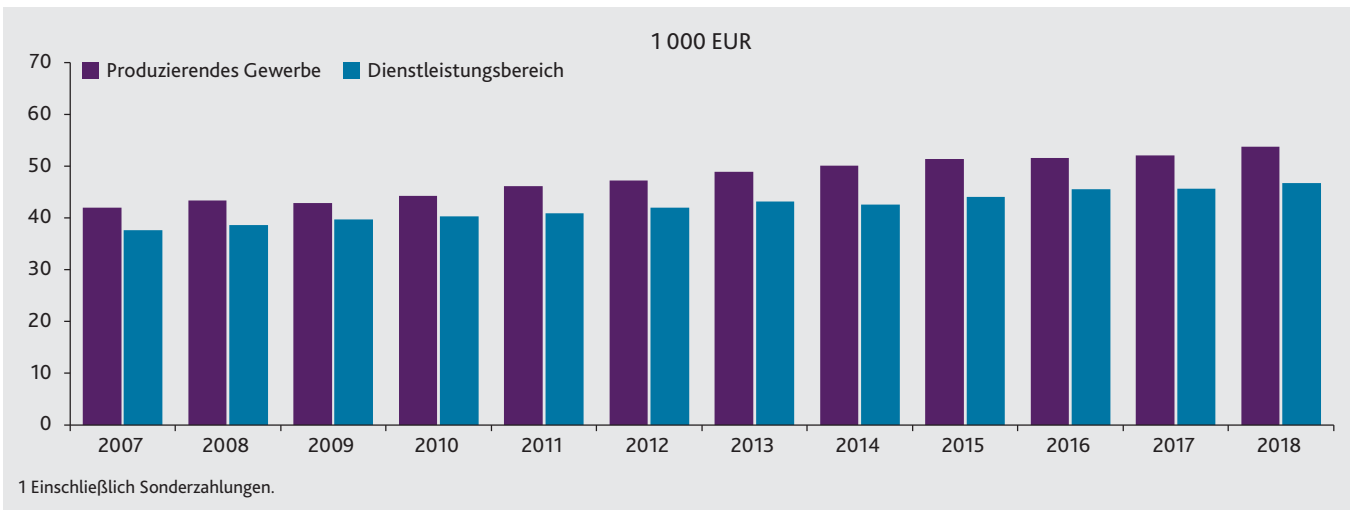
Die Befragung zur Vierteljährlichen Verdiensterhebung erfolgt in der derzeitigen Form seit 2007. Damit stehen aktuell zwölf Berichtsjahre zur Verfügung, auf deren Basis die langfristige Entwicklung der Verdienststrukturen untersucht werden kann. Einschränkungen ergeben sich durch die eingangs beschriebene methodische Änderung im Jahr 2012. Mit dem Umstieg auf die rollierende Stichprobe und der Einführung der neuen bis heute gültigen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 2008) können Zeitvergleiche ohne Strukturbruch lediglich für die übergeordneten Wirtschaftsbereiche vorgenommen werden.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich, dass die Verdienste im Produzierenden Gewerbe seit 2007 eine dynamischere Entwicklung genommen haben als die Verdienste im Dienstleistungsbereich. Während die Bruttojahresverdienste einschließlich Sonderzahlungen im Produzierenden Gewerbe bis 2018 um mehr als 28 Prozent gestiegen sind, beläuft sich der Zuwachs im Dienstleistungsbereich nur auf etwas mehr als

Verdienste im Produzierenden Gewerbe stärker gestiegen

G 7

Durchschnittlicher Bruttojahresverdienst¹ vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer/-innen 2007–2018 im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich



24 Prozent. Die jährliche Wachstumsrate im Produzierenden Gewerbe lag im Zeitraum der betrachteten zwölf Berichtsjahre bei 2,3 Prozent und im Dienstleistungsbereich bei zwei Prozent.

Finanzmarkt-
krise hat sich
stärker auf
Produzierendes
Gewerbe aus-
gewirkt

Lässt man das Jahr 2009, das stark durch die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise geprägt war, außer Acht, vergrößert sich der Abstand zwischen dem Produzierenden Gewerbe und dem Dienstleistungsbereich noch weiter. Das durchschnittliche jährliche Wachstum der Bruttojahresverdienste im Produzierenden Gewerbe liegt dann bei 2,6 Prozent und das Wachstum im Dienstleistungsbereich bei 1,9 Prozent. Das bedeutet, die Arbeitskräfte im Produzierenden Gewerbe waren von den negativen Auswirkungen des Krisenjahres 2009 sehr viel stärker betroffen als die Beschäftigten im Dienstleistungsbereich.

Die zunehmende Öffnung der Verdienstscheere zwischen dem sekundären und dem tertiären Sektor lässt sich auch an der Relation der jeweiligen durchschnittlichen Bruttojahresverdienste verdeutlichen, wenngleich diese Entwicklung im Zeitver-

lauf Schwankungen unterliegt. So erzielten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die 2007 im Dienstleistungssektor tätig waren, noch knapp 90 Prozent des Lohns, den die Arbeitskräfte des Produzierenden Gewerbes im Durchschnitt erhielten. Im Jahr 2018 ging dieser Anteil auf 86,9 Prozent zurück. Das ist zwar etwas mehr als in den Jahren 2014 und 2015 (85,1 bzw. 85,7 Prozent), in denen es die bisher größten Abweichungen gab; allerdings folgt die Entwicklung bereits seit 2016 erneut einem sinkenden Trend.

Auch zwischen den einzelnen Leistungsgruppen hat sich die Lohnungleichheit in den vergangenen Jahren verschärft. Während sich die Verdienste von Führungskräften (Leistungsgruppe 1) im Zeitraum 2007 bis 2018 mit einem jährlichen Plus von 3,2 Prozent stark überdurchschnittlich entwickelten, gelang es ansonsten nur der Leistungsgruppe 2 höhere Verdienstzuwächse zu erzielen als der Durchschnitt aller Beschäftigten (+2,6 Prozent). Dabei zeigt sich, dass die Lohnsteigerungen einzelner Leistungsgruppen unterschiedlichen zeitlichen Mustern folgen. Während Arbeitnehmerinnen

Verdienste
von Führungs-
kräften steigen
weiter

und Arbeitnehmer mit Leitungsfunktion in den Jahren 2012 bis 2014 vereinzelt doppelt so hohe Zuwachsraten erzielten wie der Durchschnitt der Beschäftigten, blieb ihr Lohnzuwachs in den letzten Jahren hinter der durchschnittlichen Verdienstentwicklung zurück. Umgekehrt verhält es sich in der untersten Leistungsgruppe. Bis 2013 erzielten ungelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur unterdurchschnittliche Lohnzuwachsraten, seitdem sind ihre Verdienstzuwächse kräftig gestiegen.

Leistungsgruppen 3 und 4 mit unterdurchschnittlichen Verdienstzuwächsen

Vergleichsweise schwach entwickelten sich die Verdienste der Personen mit Berufsausbildung und der angelernten Arbeitskräfte. Mit durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten von 2,3 bzw. 2,1 Prozent blieb die Lohnentwicklung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Leistungsgruppen 3 und 4 hinter dem Durchschnitt der Beschäftigten zurück.

Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Verdienste in Abhängigkeit von der Zugehörigkeit der Beschäftigten zu einem bestimmten Wirtschaftsbereich sowie zu einer bestimmten Leistungsgruppe unterschiedlich entwickelt haben. Zwar folgen die Verläufe seit 2007 größtenteils der gleichen Richtung, jedoch sind teils erhebliche Niveauunterschiede festzustellen. Um den Ursachen dieser Entwicklungen nachzugehen, sind weiterführende Analysen notwendig, die der Komplexität der Sachzusammenhänge Rechnung tragen und weitere relevante Einflussfaktoren berücksichtigen. Die Daten der Vierteljährlichen Verdiensterhebung und der Verdienststrukturerhebung bieten hierfür eine gute Basis.

Sebastian Fückel, M.A., leitet das Referat Analysen Staat, Soziales.

Dr. Martin Jacobs ist Mitarbeiter in diesem Referat.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2018

Struktur und Entwicklung des Leistungsbezugs



Von Markus Elz

In Rheinland-Pfalz erhielten zum Jahresende 2018 rund 46 800 Personen existenzsichernde Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Hierunter fallen Menschen mit dauerhaft voller Erwerbsminderung oder im Rentenalter – also Personen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Nachfolgend wird die Zusammensetzung der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger näher betrachtet und es werden die wichtigsten Entwicklungen der zurückliegenden Jahre aufgezeigt.

Anstieg auf rund 46 800 Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger zum Jahresende 2018

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung als Säule der Sozialhilfe für nicht erwerbsfähige Menschen

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurde mit Beginn des Jahres 2003 eingeführt und zum Jahreswechsel 2004/05 als Leistung der Sozialhilfe in das 4. Kapitel des SGB XII überführt. Sie dient der Sicherung des Existenzminimums von Personen, deren Einkommen und Vermögen nicht zur Deckung des grundsätzlichen Bedarfs ausreichen. Der Kreis der Anspruchsberechtigten umfasst ausschließlich Personen, die dem Arbeitsmarkt infolge einer dauerhafter Erwerbsminderung oder mit Erreichen der Regelaltersgrenze nicht mehr zur Verfügung stehen. Erwerbsfähige Personen erhalten hingegen im Bedarfsfall Grundsicherung für Arbeitssuchende; das sogenannte Arbeitslosengeld II bzw. Hartz IV nach dem SGB II.

Zum 31. Dezember 2018 erhielten in Rheinland-Pfalz rund 46 800 Personen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Rund 48 Prozent davon infolge einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung; knapp 52 Prozent bezogen die Grundsicherung zur Deckung ihres Lebensunterhalts im Rentenalter.

Gut die Hälfte erhält Leistungen oberhalb der Regelaltersgrenze

Gegenüber 2017 ist die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger um mehr als 1 700 Personen bzw. 3,9 Prozent gestiegen. Unterhalb der Regelaltersgrenze fiel der Zuwachs mit +2,7 Prozent geringer aus als bei den Bezieherinnen und Beziehern von Grundsicherung im Alter. In dieser Gruppe war ein Anstieg von fünf Prozent zu beobachten.

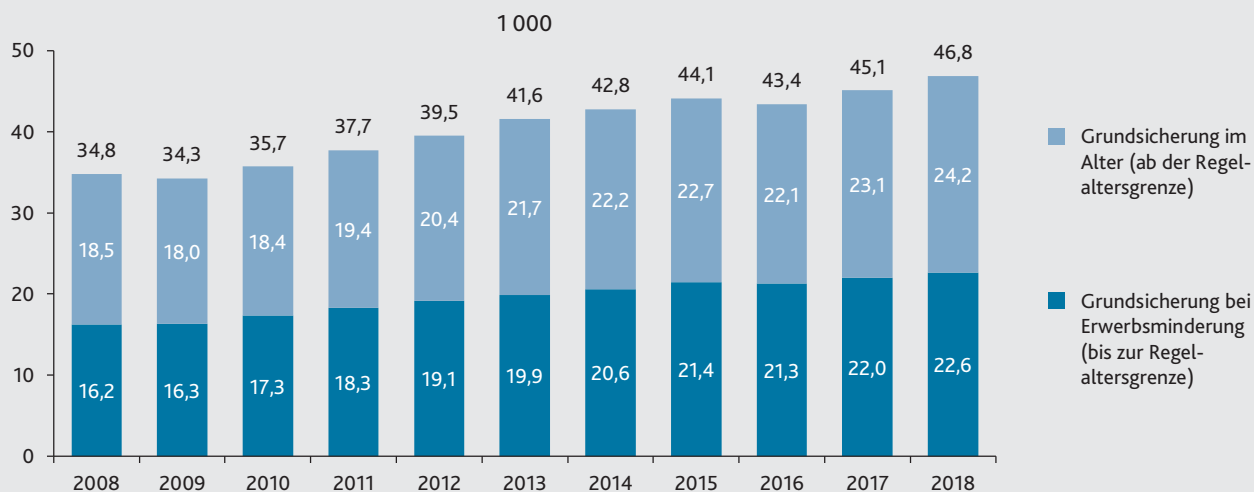
Zuletzt vergleichsweise starker Zuwachs bei Grundsicherung im Alter

Acht von zehn Empfängerinnen und Empfängern (82 Prozent) erhielten ihre finanziellen Leistungen außerhalb von Einrichtungen ausbezahlt; knapp ein Fünftel (18 Prozent) war hingegen stationär in Alten- oder Pflegeheimen untergebracht. Während bei Personen

Knapp ein Fünftel der Fälle in stationären Einrichtungen

G 1

Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2008–2018



unterhalb der Regelaltersgrenze sogar fast jede bzw. jeder Vierte (23 Prozent) in einer stationären Einrichtung verweilte, waren es bei älteren Empfängerinnen und Empfängern nur knapp 13 Prozent.

Höhere
Bezugsquote
ab der Regel-
altersgrenze

Wird die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger in Relation zur jeweiligen Bevölkerung gesetzt, bezogen zum Jahresende 2018 rund 1,4 Prozent aller Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer ab 18 Jahren Grundsicherungsleistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII. Zwischen verschiedenen Altersgruppen gibt es allerdings deutliche Differenzen hinsichtlich dieser Quote. Der Anteil voll- und teilweise erwerbsgeminderter Personen mit Leistungsbezug liegt bei lediglich 0,9 Prozent der Bevölkerung zwischen 18 Jahren und der Regelaltersgrenze. Oberhalb dieses Wertes beziehen 2,8 Prozent der Seniorinnen und Senioren Grundsicherungsleistungen.

Langfristiger Aufwärtstrend beim Bezug von Grundsicherung

Die Anzahl der Menschen in Rheinland-Pfalz, die Leistungen der Grundsicherung im Alter

und bei Erwerbsminderung erhalten, ist zwischen 2008 und 2018 nahezu kontinuierlich um insgesamt knapp 35 Prozent gestiegen. Lediglich in den Jahren 2009 und 2016 sind im Vorjahresvergleich rückläufige Zahlen zu beobachten. Ursächlich war jeweils eine Wohngeldreform, die dazu führte, dass einige frühere Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung nun vorrangig zu gewährende Wohngeldleistungen statt der Grundsicherung erhielten.

Das Wachstum des Empfängerkreises voll- und teilweise erwerbsgeminderter Personen fiel in dieser längerfristigen Betrachtung mit rund 39 Prozent stärker aus als bei Personen oberhalb der Regelaltersgrenze (+31 Prozent).

Als ursächlich für den beschriebenen Aufwärtstrend bei den Fallzahlen sind u. a. die Leistungskürzungen im System der gesetzlichen Rentenversicherung ins Feld zu führen: Die Absenkung des Rentenniveaus, Abschläge bei vorzeitigem Rentenbezug sowie rückläufige Leistungen in Phasen der Arbeitslosigkeit haben dazu geführt, dass

Empfängerkreis
innerhalb von
zehn Jahren
um 35 Prozent
gewachsen ...

... infolge
geringerem
Anstieg gesetz-
licher Renten-
ansprüche

Leistungen und Statistik der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Seit dem 1. Januar 2003 ist die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung eine eigenständige vom Bund finanzierte Sozialleistung zur Existenzsicherung von Menschen, die durch Alter oder volle Erwerbsminderung auf Dauer aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. Die zunächst unabhängige Sozialleistung wurde 2005 als Teil der Sozialhilfe in das SGB XII, Kapitel 4 eingebettet. Im Wesentlichen entspricht der Leistungsumfang dem der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel des SGB XII. Ein Unterschied ergibt sich bezüglich des Rückgriffs auf Verwandte ersten Grades. Bei der Grundsicherung werden im Regelfall weder Kinder von Grundsicherung beziehenden Seniorinnen und Senioren noch Eltern erwerbsgeminderter Kinder für ihre bedürftigen Angehörigen in Anspruch genommen.

Ab einem jährlichen Gesamteinkommen der Kinder oder Eltern von 100 000 Euro entfällt allerdings der Grundsicherungsanspruch. In diesem Fall besteht Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt mit der Möglichkeit des Rückgriffs bei den unterhaltspflichtigen Verwandten ersten Grades.

Eine **Bedürftigkeit** liegt vor, wenn das eigene Einkommen und Vermögen, sowie das der Ehepartnerin bzw. des Ehepartners, zur Bedarfsdeckung nicht ausreichen. In diesem Fall werden Einkommen bzw. Rente bis auf das Niveau des Grundsicherungsbedarfs aufgestockt.

Einen **Anspruch** auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII haben demnach bedürftige Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und im Sinne des § 43 Absatz 2 SGB VI dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, sofern sie ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, insbesondere aus ihrem Einkommen und Vermögen, bestreiten können sowie Personen, die die Altersgrenze nach § 41 Absatz 2 SGB XII erreicht haben.

Personen, die vor dem 1. Januar 1947 geboren sind, erreichen die **Altersgrenze** mit Vollendung des 65. Lebensjahres. Für Personen, die nach dem 31. Dezember 1946 geboren sind, wird die Altersgrenze sukzessive bis auf 67 Jahre angehoben.

Die **statistische Datenerhebung** der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung wurde bis einschließlich 2014 jährlich als Bestandserhebung zum 31. Dezember durchgeführt. Seit dem Jahr 2015 erfolgt die Erhebung jeweils zum Quartalsende. Die zeitliche Vergleichbarkeit der Daten ist trotz zwischenzeitlicher Anpassung der Merkmalsstruktur weitgehend gegeben. Erfasst werden ausschließlich Personen, die zum Stichtag tatsächlich Leistungen empfangen. Die Statistik enthält somit keine Informationen über Personen, die grundsätzlich bedürftig sind, die Leistungen jedoch nicht in Anspruch nehmen.

sich die durchschnittlichen Auszahlungsbeträge bei Neuzugängen in die Alters- bzw. Erwerbsminderungsrente in den vergangenen Jahren relativ gering erhöhten. Gleichzeitig wurden die Bedarfsätze der Grundsicherung sukzessive angehoben, sodass sich

das Renten- und Grundsicherungsniveau für eine immer größere Anzahl von Personen überschneidet und diese dann anspruchsberechtigt werden.

T 1

Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2008–2018
nach Alter, Geschlecht und Nationalität

Merkmal	2008	2013	2017	2018				
	insgesamt				Anteil an insgesamt	Veränderung zu		
						2008	2013	2017
	Anzahl				%			
Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung insgesamt	34 759	41 626	45 101	46 845	100,0	34,8	12,5	3,9
je 1000 Einwohner/-innen ab 18 Jahren	10,4	12,4	13,2	13,7	-	31,7	10,5	3,8
Frauen	20 023	23 312	23 852	24 635	52,6	23,0	5,7	3,3
Männer	14 736	18 314	21 249	22 210	47,4	50,7	21,3	4,5
außerhalb von Einrichtungen	26 448	32 795	37 207	38 556	82,3	45,8	17,6	3,6
in Einrichtungen	8 311	8 831	7 894	8 289	17,7	-0,3	-6,1	5,0
Empfänger/-innen von Grundsicherung bei voller Erwerbsminderung	16 225	19 886	22 018	22 603	48,3	39,3	13,7	2,7
je 1 000 Einwohner/-innen zwischen 18 Jahren und der Regelaltersgrenze	6,5	7,9	8,6	8,8	-	35,4	11,4	2,3
Frauen	7 376	9 112	9 931	10 105	44,7	37,0	10,9	1,8
Männer	8 849	10 774	12 087	12 498	55,3	41,2	16,0	3,4
außerhalb von Einrichtungen	11 074	14 576	16 974	17 455	77,2	57,6	19,8	2,8
in Einrichtungen	5 151	5 310	5 044	5 148	22,8	-0,1	-3,1	2,1
Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter	18 534	21 740	23 083	24 242	51,7	30,8	11,5	5,0
je 1 000 Einwohner/-innen ab der Regelaltersgrenze	22,5	26,4	27,2	28,3	-	25,8	7,2	4,0
Frauen	12 647	14 200	13 921	14 530	59,9	14,9	2,3	4,4
Männer	5 887	7 540	9 162	9 712	40,1	65,0	28,8	6,0
außerhalb von Einrichtungen	15 374	18 219	20 233	21 101	87,0	37,3	15,8	4,3
in Einrichtungen	3 160	3 521	2 850	3 141	13,0	-0,6	-10,8	10,2
Deutsche Empfänger/-innen	30 351	36 652	38 618	39 914	85,2	31,5	8,9	3,4
dauerhaft volle Erwerbsminderung	15 212	18 493	20 170	20 600	51,6	35,4	11,4	2,1
Ältere ab der Regelaltersgrenze	15 739	18 159	18 448	19 314	48,4	22,7	6,4	4,7
Nichtdeutsche Empfänger/-innen ²	3 808	4 974	6 483	6 931	14,8	82,0	39,3	6,9
dauerhaft volle Erwerbsminderung	1 013	1 393	1 848	2 003	28,9	97,7	43,8	8,4
Ältere ab der Regelaltersgrenze	2 795	3 581	4 635	4 928	71,1	76,3	37,6	6,3

1 Bis einschließlich 2011 zählen alle Bezieher im Alter von 65 und älter zu der Gruppe der Personen, die Grundsicherung im Alter erhalten. Seit 2012 erfolgt eine sukzessive Anhebung der Regelaltersgrenze. Diese wird ab 2015 in die Berechnungen einbezogen. Die Statistiken von 2012 bis 2014 differenzierten weiterhin nach Personen unter bzw. über 65, Vergleiche mit diesen sind somit nicht sinnvoll. – 2 Einschließlich Staatenlose und unbekannte Nationalität.

Insgesamt mehr Frauen mit Leistungsbezug – stärkerer Zuwachs bei Männern

53 Prozent der Leistungsbezieher sind weiblich

Die Betrachtung des Leistungsbezugs differenziert nach Geschlecht zeigt, dass zum Jahresende 2018 – wie schon in den Vorjahren – mehr Frauen (Anteil 53 Prozent) als Männer (Anteil 47 Prozent) Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Anspruch nehmen. Diese Differenz war eine Dekade zuvor jedoch größer.

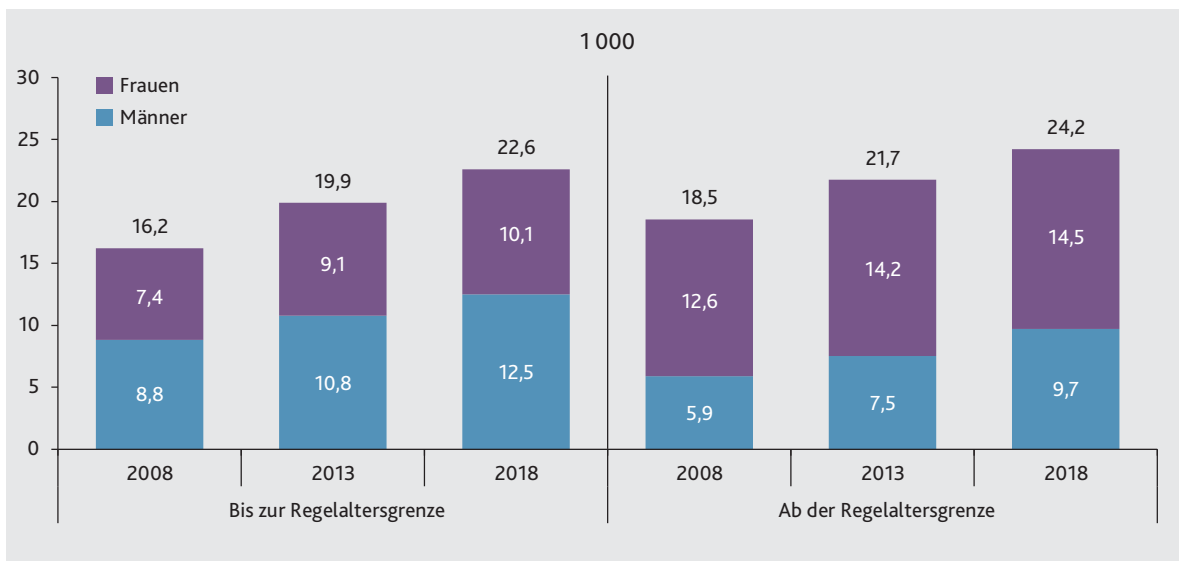
In diesem Zeitraum ist die Anzahl männlicher Empfänger um knapp 51 Prozent gewachsen; bei den Frauen lag der Anstieg bei 23 Prozent.

Noch deutlicher wird dieser Sachverhalt, wenn ausschließlich die Gruppe der Personen oberhalb der Regelaltersgrenze betrachtet wird. Der Frauenanteil beim Grundsicherungsbezug im Rentenalter lag Ende 2018 bei 60 Prozent und erklärt sich nach wie

Deutlich mehr Frauen beziehen Grundsicherung im Alter ...

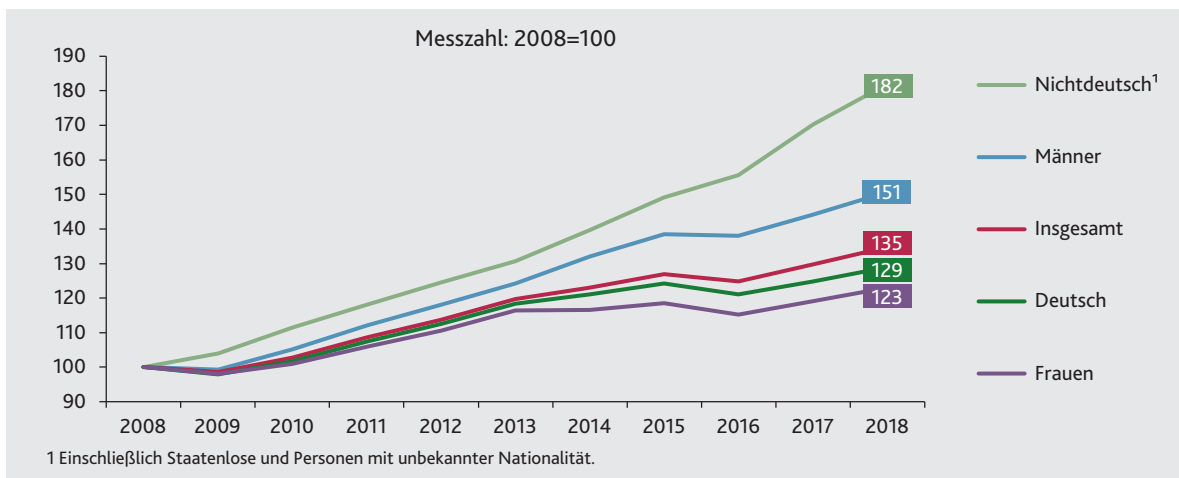
G 2

Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2008–2018 nach Leistungsart und Geschlecht



G 3

Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2008–2018 nach Geschlecht und Nationalität



... infolge geringerer Rentenansprüche

vor durch die vergleichsweise geringeren Rentenansprüche: Frauen dieser Generation haben häufiger unterbrochene Erwerbsbiografien infolge von Schwangerschaft, Kindererziehung und Haushaltsführung als Männer gleichen Alters. Im Jahr 2008 lag der Frauenanteil allerdings noch bei rund 68 Prozent.

Infolge der beschriebenen Leistungskürzungen bei der Gesetzlichen Rente könnten auch

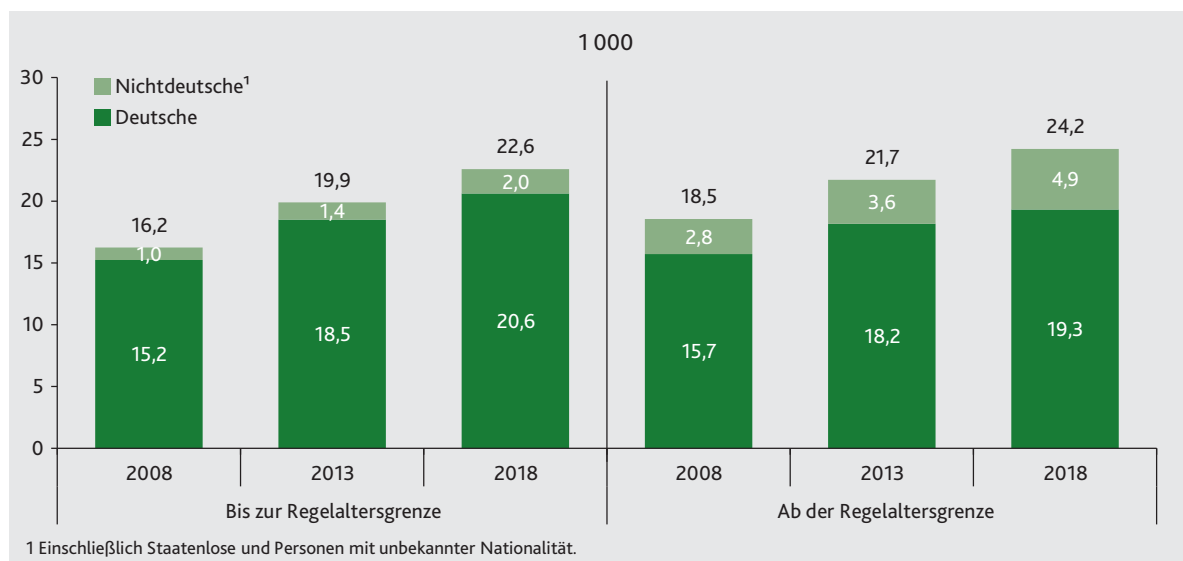
Männer in zunehmendem Maße ebenfalls auf staatliche Unterstützung angewiesen sein. Im Vergleich zum Jahr 2008 hat sich die Anzahl der Rentner im Leistungsbezug um 65 Prozent erhöht; bei den Rentnerinnen war lediglich ein Anstieg um knapp 15 Prozent zu beobachten.

Männer erhalten hingegen häufiger als Frauen Grundsicherung aufgrund einer dau-

Empfängerzahlen steigen bei den Rentnern allerdings stärker

G 4

Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2008–2018 nach Leistungsart und Nationalität



Mehr männliche dauerhaft erwerbsgeminderte Leistungsbezieher

erhaften vollumfänglichen Erwerbsminderung (Anteil 55 Prozent). Ein Grund hierfür dürfte die höhere Zahl schwerbehinderter Männer in diesen Altersgruppen sein. Seit 2008 sind die Fallzahlen auch in dieser Gruppe bei Männern (+41 Prozent) stärker als bei Frauen (+37 Prozent) gewachsen.

Ausländerinnen und Ausländer vergleichsweise häufig bedürftig – zuletzt starker Anstieg der Fallzahlen

Fast drei Viertel der ausländischen Empfänger haben die Altersgrenze erreicht

Unter den Bezieherinnen und Beziehern von Grundsicherung waren Ende 2018 knapp 15 Prozent Bürgerinnen und Bürger ohne deutschen Pass. Im Vergleich hierzu lag der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der rheinland-pfälzischen Bevölkerung ab der Volljährigkeit bei rund elf Prozent. Die überwiegende Mehrheit der ausländischen Empfängerinnen und Empfänger (71 Prozent) bezogen Grundsicherung im Alter. Ausländische Rentnerinnen und Rentner sind vergleichsweise häufig auf staatliche Unterstützung im Alter angewiesen, da sie im Mittel geringere Rentenansprüche vor-

weisen können. Ursächlich hierfür sind die im Durchschnitt niedrigeren eingezahlten Rentenbeiträge. Ebenfalls negativ auf die Rentenansprüche wirken sich die kürzeren Beitragszeiten aufgrund vergleichsweise kürzerer Erwerbsphasen innerhalb Deutschlands aus.

Im Vergleich zu Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (+35 Prozent) stiegen die Fallzahlen bei Ausländerinnen und Ausländern in der zurückliegenden Dekade mit +98 Prozent verhältnismäßig stark. Insbesondere in jüngster Zeit lagen die Wachstumsraten bei Empfängerinnen und Empfängern mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit regelmäßig oberhalb derer der heimischen Bevölkerung – u. a. auch eine Folge der steigenden Zuwanderung.

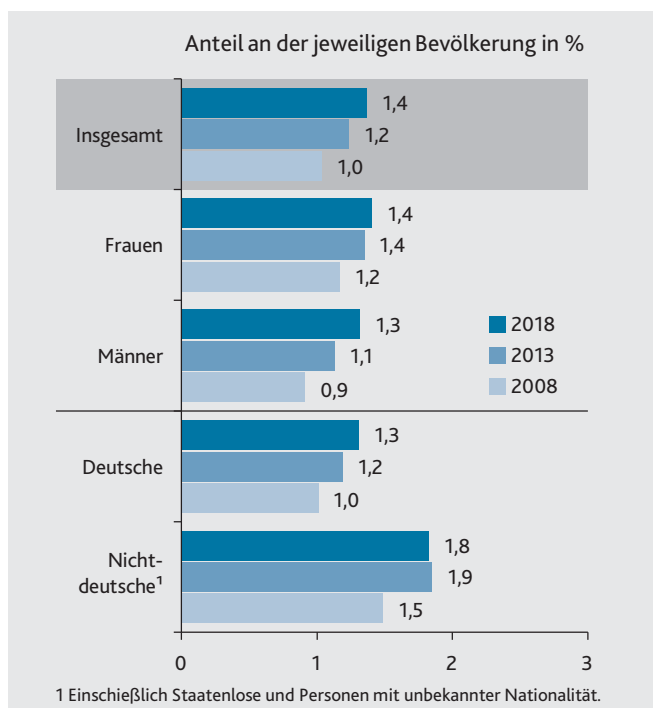
Überdurchschnittlich steigende Fallzahlen bei Ausländerinnen und Ausländern

Steigende Empfängerzahlen nicht nur Folge demografischer Effekte – Bedürftigkeit in Bevölkerung nimmt zu

Der Anstieg der Fallzahlen lässt sich nicht für alle Bevölkerungsgruppen ausschließlich über die demografische Entwicklung

G 5

Empfänger/-innen von Grundsicherung 2008–2018 nach Geschlecht und Nationalität

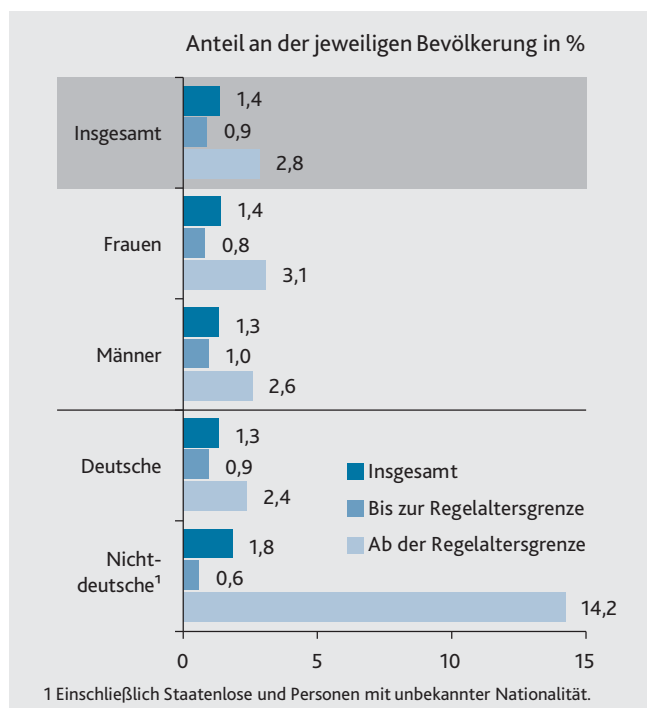


Steigende
Bezugsquoten

erklären. Für die Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen oberhalb der Regelaltersgrenze liegt es zwar beispielsweise nahe, dass die sukzessive Verrentung der geburtenstarken Jahrgänge und der daraus resultierende Wechsel bedürftiger Personen vom Rechtskreis des SGB II in das SGB XII die Zunahme erklärt. Eine Betrachtung der auf Grundlage der jeweiligen Bevölkerungsgruppe errechneten Bezugsquoten im Zeitverlauf zeigt jedoch, dass Grundsicherungsleistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII – unabhängig von demografischen Effekten – in weiten Teilen tatsächlich immer häufiger in Anspruch genommen werden. In der Gesamtbevölkerung ab 18 Jahren hat sich der Wert von 1,0 auf 1,4 Prozent erhöht. Frauen waren mit einer Quote von 1,4 Prozent Ende 2018 zwar noch geringfügig häufiger auf Grundsicherungsleistung angewiesen als Männer mit 1,3 Prozent, der Grad der Betroffenheit von Männern hat sich seit

G 6

Empfänger/-innen von Grundsicherung 2018 nach Leistungsart



2008 jedoch angenähert. Damals lag der Anteilswert bei den Frauen bei 1,2 Prozent, bei den Männern waren es 0,9 Prozent. Deutlich wird auch, dass ausländische Personen häufiger auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind als Deutsche. Dies gilt insbesondere oberhalb der Regelaltersgrenze; hier liegt die Bezugsquote bei rund 14 Prozent (Deutsche 2,4 Prozent).

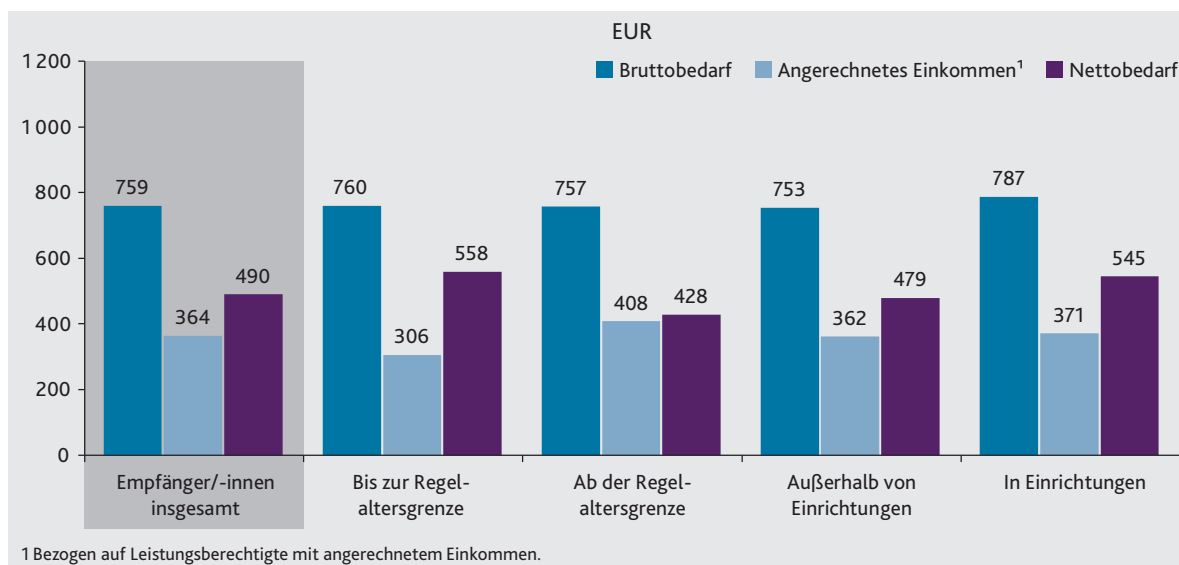
Sieben von zehn Empfängerinnen und Empfänger mit angerechnetem Einkommen bzw. Vermögen

Im Dezember 2018 betrug der durchschnittliche Bruttobedarf aller Empfängerinnen und Empfänger 759 Euro. Für Personen in stationärer Betreuung lag dieser Wert mit 787 Euro leicht über dem für Personen außerhalb von Einrichtungen (753 Euro). Sieben von zehn Leistungsbeziehern und -bezieherinnen (71 Prozent) verfügten über Einkommen oder

Durchschnittlicher Bruttobedarf: 759 Euro

G 7

Durchschnittliche Bedarfe und angerechnete Einkommen bei Empfänger/-innen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2018 nach Leistungsart



Vermögen, welches bei der Berechnung ihres persönlichen Bedarfs angerechnet wurde.

Durchschnittliches angerechnetes Einkommen: 364 Euro

Das durchschnittliche angerechnete Einkommen belief sich Ende 2018 – bezogen auf alle Leistungsberechtigten mit angerechneten Einkommen – auf 364 Euro. Für Personen ab der Regelaltersgrenze wurden im Mittel 408 Euro angerechnet; bei dauerhaft erwerbsgeminderten Empfängerinnen und Empfängern waren es hingegen nur 306 Euro.

Durchschnittlicher Nettobedarf: 490 Euro

Nach Abzug des anzurechnenden Einkommens ergab sich ein durchschnittlicher Nettobedarf¹ in Höhe von 490 Euro; wobei Empfängerinnen und Empfänger unterhalb der Altersgrenze mit 558 Euro im Schnitt einen deutlich höheren Nettobedarf hatten als die Leistungsberechtigten, die die Altersgrenze

1 Durchschnittlicher Brutto- und Nettobedarf werden auf Basis aller Leistungsempfänger/-innen errechnet; das durchschnittliche angerechnete Einkommen bezieht sich hingegen auf Leistungsempfänger/-innen mit angerechnetem Einkommen. Eine Berechnung des durchschnittlichen Nettobedarfs als Differenz zwischen dem durchschnittlichen Bruttobedarf und dem durchschnittlichen angerechneten Einkommen ist daher nicht möglich.

bereits erreicht hatten (428 Euro). Eine Differenz beim durchschnittlichen Nettobedarf ist darüber hinaus zwischen Personen in Einrichtungen (545 Euro) und Empfängerinnen und Empfängern ohne stationäre Betreuung (479 Euro) feststellbar.

Brutto- und Nettobedarf

Der **Bruttobedarf** umfasst neben dem Regelbedarf, welcher in Anlage zu § 28 SGB XII festgelegt ist, Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nach § 42a SGB XII, Mehrbedarf nach § 30 SGB XII (beispielsweise bei Schwangerschaften oder Schwerbehinderung), Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge nach § 32 SGB XII sowie Beiträge für die Vorsorge nach § 33 SGB XII.

Von diesem Bruttobedarf wird das angerechnete Einkommen abgezogen, um den **Nettobedarf** und somit den tatsächlich auszahlenden Betrag zu erhalten.

Zum **angerechneten Einkommen** zählen sämtliche bei den Leistungsberechtigten vorkommenden Einkommensarten, die den Anspruch des Leistungsberechtigten tatsächlich mindern. Dabei werden die vom Einkommen abzusetzenden Freibeträge gemäß § 82 SGB XII von den einzelnen Einkommen abgezogen.

T 2

Empfänger/-innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2018 nach Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt Landkreis	Insgesamt	Je 1 000 Einwohner/-innen ab 18 Jahren ²	Bis zur Regelaltersgrenze		Ab der Regelaltersgrenze	
			zusammen	je 1 000 Einwohner/-innen zwischen 18 Jahren und der Regelaltersgrenze ²	zusammen	je 1 000 Einwohner/-innen ab der Regelaltersgrenze ²
Anzahl						
Kreisfreie Städte						
Frankenthal (Pfalz), St.	640	15,9	302	10,2	338	31,5
Kaiserslautern, St.	2 261	26,6	883	13,5	1 378	70,4
Koblenz, St.	2 121	21,8	688	9,4	1 433	60,0
Landau i. d. Pfalz, St.	503	12,7	239	7,7	264	30,5
Ludwigshafen a. Rh., St.	2 904	20,7	1 323	12,2	1 581	50,6
Mainz, St.	3 000	16,2	1 264	8,5	1 736	47,1
Neustadt a. d. Weinstr., St.	681	15,2	311	9,7	370	29,5
Pirmasens, St.	847	24,7	439	18,1	408	41,0
Speyer, St.	743	17,6	310	9,9	433	39,2
Trier, St.	2 079	21,9	924	12,2	1 155	60,8
Worms, St.	1 319	19,1	608	11,6	711	43,1
Zweibrücken, St.	618	21,4	339	16,0	279	36,6
Landkreise						
Ahrweiler	1 141	10,4	521	6,6	620	20,1
Altenkirchen (Ww.)	1 380	12,8	755	9,5	625	22,6
Alzey-Worms	1 120	10,5	569	6,9	551	22,2
Bad Dürkheim	1 122	10,0	598	7,4	524	16,9
Bad Kreuznach	1 930	14,6	856	8,8	1 074	30,2
Bernkastel-Wittlich	1 234	13,1	622	8,9	612	24,8
Birkenfeld	1 161	17,0	647	13,1	514	27,2
Cochem-Zell	597	11,4	295	7,8	302	20,8
Donnersbergkreis	817	13,1	457	9,7	360	23,0
Eifelkreis Bitburg-Prüm	857	10,5	475	7,6	382	19,4
Germersheim	1 239	11,5	594	7,2	645	26,2
Kaiserslautern	824	9,4	415	6,3	409	18,6
Kusel	640	10,7	386	8,9	254	15,6
Mainz-Bingen	1 792	10,3	889	6,7	903	21,4
Mayen-Koblenz	2 535	14,1	1 329	9,9	1 206	26,6
Neuwied	2 433	16,1	1 078	9,6	1 355	34,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	985	11,4	485	7,6	500	22,2
Rhein-Lahn-Kreis	1 434	13,9	809	10,7	625	22,6
Rhein-Pfalz-Kreis	937	7,3	527	5,6	410	12,1
Südliche Weinstraße	826	8,9	415	6,1	411	16,7
Südwestpfalz	755	9,2	496	8,5	259	11,2
Trier-Saarburg	1 037	8,4	501	5,3	536	18,1
Vulkaneifel	610	11,9	309	8,3	301	21,3
Westerwaldkreis	1 692	10,1	934	7,4	758	18,5
Rheinland-Pfalz	46 845	13,7	22 603	8,8	24 242	28,3
kreisfreie Städte	17 716	19,7	7 630	11,0	10 086	48,6
Landkreise	27 406	11,5	14 962	8,0	14 136	21,8

1 Einschließlich Empfänger/-innen, die vom Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung gemeldet und nicht einzelnen kreisfreien Städten bzw. Landkreisen zugeordnet werden können. – 2 Bevölkerung zum 31.12.2018.

Länderspezifische und regionale Unterschiede

Rheinland-Pfalz liegt mit einer Empfängerquote von 1,4 Prozent bezogen auf die Bevölkerung ab 18 Jahren knapp unterhalb des Bundesdurchschnitts von 1,6 Prozent.

Länderspezifische Unterschiede vor allem bei den Bezugsquoten im Rentenalter

Die länderspezifischen Unterschiede ergeben sich im Wesentlichen aufgrund von Differenzen in den Bezugsquoten ab dem Rentenalter. In Rheinland-Pfalz lag der entsprechende Wert Ende 2018 bei 2,8 Prozent und damit ebenfalls unterhalb des Bundesdurchschnitts von 3,2 Prozent. Zum einen weisen die Stadtstaaten bei Rentnerinnen und Rentner vergleichsweise hohe Werte auf. An der Spitze liegt Hamburg: Hier sind 8,1 Prozent der Menschen ab der Regelaltersgrenze bedürftig. Zum anderen weisen alle ostdeutschen Bundesländer unterdurchschnittliche Werte auf, da die durchschnittlichen Rentenansprüche hier derzeit aufgrund der höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen in der DDR noch vergleichsweise hoch ausfallen.

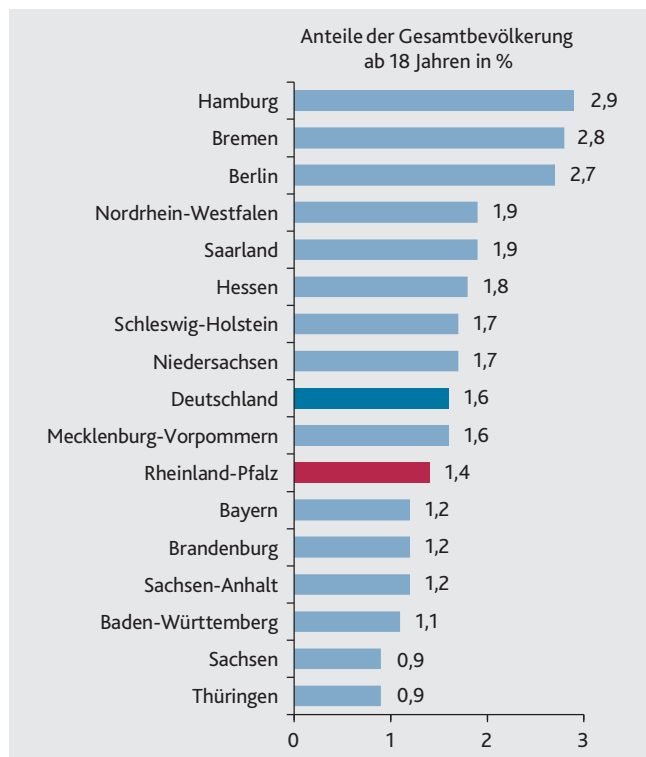
Innerhalb Rheinland-Pfalz höhere Bedürftigkeit in den Städten ...

Innerhalb des Bundeslandes Rheinland-Pfalz zeigt sich – relativ betrachtet – ebenfalls ein Stadt-Land-Gefälle beim Bezug von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Im Jahr 2018 lag die Quote der Bezieherinnen und Bezieher in den kreisfreien Städten bei zwei Prozent, in den Landkreisen bei 1,2 Prozent. Die höchsten Quoten unter den kreisfreien Städten verzeichnete Kaiserslautern (2,7 Prozent); in Landau in der Pfalz lag der Wert dagegen nur bei 1,3 Prozent. Unter den Landkreisen erreichte Birkenfeld mit 1,7 Prozent den höchsten Wert; im Rhein-Pfalz-Kreis lag die Quote nur bei 0,7 Prozent.

Werden nur die Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter betrachtet, sind deutlich größere regionale Unterschiede

G 8

Empfänger/-innen von Grundsicherung 2018 nach Bundesländern



festzustellen. In den kreisfreien Städten waren Ende 2018 im Mittel 4,9 Prozent aller Personen im Rentenalter auf Transferleistungen angewiesen, während in den Landkreisen nur 2,2 Prozent in dieser Altersgruppe betroffen waren. Der höchste Wert ist in der Stadt Kaiserslautern zu beobachten. Hier bezogen sieben Prozent aller Seniorinnen und Senioren Grundsicherungsleistungen nach dem 4. Kapitel des SGB XII; in Neustadt an der Weinstraße lag deren Anteil hingegen nur bei drei Prozent. Mit Blick auf die Landkreise reicht die Spanne von 1,1 Prozent in der Südwestpfalz bis 3,5 Prozent im Landkreis Neuwied.

... insbesondere bei Grundsicherung im Alter

Markus Elz, Volkswirt M. Sc., leitet das Referat „Soziales, Gesundheit, Rechtspflege“.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 933	128 942
752	134 121	128 093	127 842
6 058	126 824	133 450	128 432
134 628	134 545	157 264	153 523
157 811	157 827	111 776	110 128
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 111
65 282	64 829	77 648	92 396
78 320	78 146	94 429	125 873
95 409	94 429	125 677	103 801
		27 027	69

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2017	2018			2019			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 070 ^{1,2}	4 079 ^{1,2}	4 076	4 077	4 078	4 087	4 088	4 089
darunter Ausländer ³	1 000	421 ^{1,2}	442 ^{1,2}	440	441	442	459	460	461

Natürliche Bevölkerungsbewegung⁴

* Eheschließungen ⁵	Anzahl	1 729	1 888	1 299	2 240	2 522	1 011	1 316	2 433	2 431
* Lebendgeborene ⁶	Anzahl	3 121	3 137	2 983	3 152	3 277	2 903	3 112	2 989	3 210
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,2	9,2	8,9	9,1	9,8	8,4	9,3	8,6	9,6
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁷	Anzahl	3 950	4 025	3 941	3 756	3 642	4 456	3 892	3 808	3 708
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,7	11,8	11,8	10,8	10,9	12,8	11,6	11,0	11,0
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁷	Anzahl	12	11	9	8	13	10	8	10	9
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,7	3,4	3,0	2,5	4,0	3,4	2,6	3,3	2,8
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-829	-888	-958	-604	-365	-1553	-780	-819	-498
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	-2,5	-2,6	-2,9	-1,7	-1,1	-4,5	-2,3	-2,4	-1,5

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	11 783	12 414	12 510	10 642	11 676	12 621	12 455	11 010	10 771
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	5 796	6 411	6 271	5 620	6 193	6 724	6 056	5 894	5 616
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	10 337	10 575	9 589	8 988	9 951	10 486	10 613	9 302	9 661
* darunter in das Ausland	Anzahl	4 472	4 702	3 899	4 261	4 655	4 820	4 598	4 454	4 760
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 446	1 839	2 921	1 654	1 725	2 135	1 842	1 708	1 110
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁸	Anzahl	14 309	13 982	14 226	12 949	13 291	13 549	14 330	12 915	12 916

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{9,10,11}

	Einheit	2015	2016	2017		2018			
		30.06.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹²	1 000	1 345	1 365	1 389	1 416	1 405	1 406	1 412	1 442
* Frauen	1 000	627	637	648	659	657	656	656	669

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1, 2, 3}**

Quelle: Erwerbstätigen

Beschäftigte ^{1, 2, 3}	Einheit	2015	2016	2017			2018			
		30.06.		30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
* Ausländer/-innen	1 000	117	128	141	148	143	148	155	163	158
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	373	386	400	404	405	406	410	415	416
* darunter Frauen	1 000	309	318	328	331	332	332	334	338	340
davon nach Wirtschaftsbereichen ⁴										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	13	14	11	12	14	14	11
* produzierendes Gewerbe	1 000	422	424	430	437	432	432	434	445	441
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	294	299	304	311	309	309	312	320	319
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	213	216	221	227	225	225	227	228	225
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	403	413	420	427	428	428	425	434	436

Arbeitsmarkt⁵

Arbeitsmarkt ⁵	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Arbeitslose	Anzahl	106 299	98 764	98 999	94 382	92 054	100 627	99 584	95 480	94 651
* Frauen	Anzahl	48 166	44 729	45 685	43 351	42 301	45 886	45 420	43 119	42 581
Männer	Anzahl	58 132	54 035	53 313	51 031	49 753	54 740	54 164	52 361	52 070
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁶	Anzahl	42 178	40 147	39 457	37 389	36 809	42 537	41 648	39 904	39 745
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁷	Anzahl	64 121	58 617	59 542	56 993	55 245	58 090	57 936	55 576	54 906
* Arbeitslosenquote ⁸	%	4,8	4,4	4,4	4,2	4,1	4,5	4,4	4,2	4,2
* Frauen	%	4,7	4,3	4,3	4,1	4,0	4,3	4,3	4,1	4,0
* Männer	%	5,0	4,6	4,5	4,3	4,2	4,6	4,5	4,4	4,4
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,6	4,1	4,7	4,2	3,7	4,9	4,6	4,1	3,7
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,2	2,9	3,9	3,4	2,8	3,8	3,9	3,3	2,8
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,7	4,4	4,2	4,1	4,1	4,2	4,2	4,1	4,1
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,2	4,8	4,7	4,6	4,5	4,6	4,7	4,6	4,6
* Ausländer/-innen	%	13,4	11,7	11,4	10,8	10,6	11,4	11,3	10,8	10,8
Deutsche	%	4,0	3,6	3,6	3,5	3,4	3,6	3,6	3,4	3,4
* Kurzarbeiter/-innen ⁹	Anzahl	4 929	4 758	588	646	420
* Gemeldete Arbeitsstellen ¹⁰	Anzahl	37 936	40 467	41 013	42 223	42 087	40 831	40 525	40 362	38 857

Soziales**Leistungsbezug nach SGB II¹¹**

Soziales Leistungsbezug nach SGB II ¹¹		Einheit	2017	2018			2019			
			Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	248 972	240 488	241 777	240 120	238 639	230 922	229 151	227 135	...
* darunter Frauen	Anzahl	122 480	118 759	119 287	118 583	118 177	114 461	113 826	113 196	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-	Anzahl	169 173	161 337	162 581	161 276	159 503	154 324	152 992	151 921	...
berechtigte										
* nicht erwerbsfähige Leistungs-	Anzahl	68 036	66 455	66 482	66 064	66 108	64 322	63 984	63 243	...
berechtigte										
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	66 032	64 479	64 502	64 081	64 105	62 439	62 139	61 409	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 11 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit

(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	546	510	594	573	544	658	511	624	460
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	486	446	529	496	470	592	455	544	402
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	3	5	7	4	4	5	3	7	3
Unternehmen	Anzahl	67	68	77	77	85	81	73	82	46
private Haushalte	Anzahl	476	437	510	492	455	572	435	535	410
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 113	1 174	1 284	2 089	1 332	1 233	1 154	1 482	1 070
* Umbauter Raum	1 000 m ³	696	701	807	996	792	780	734	869	648
* Wohnfläche	1 000 m ²	129	130	150	173	145	149	134	165	122
Wohnräume	Anzahl	5 138	5 171	5 702	6 994	6 058	5 936	5 260	6 445	4 691
* Veranschlagte Kosten der										
Bauwerke	Mill. EUR	228	230	268	321	264	269	252	298	218

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	134	122	135	135	119	143	111	143	107
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	17	14	10	13	12	11	10	19	5
Unternehmen	Anzahl	78	80	100	87	75	92	71	98	59
private Haushalte	Anzahl	39	27	25	35	32	40	30	26	40
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	10	23	9	5	43	37	12	75	8
* Umbauter Raum	1 000 m ³	713	892	1 229	965	652	707	536	696	372
* Nutzfläche	1 000 m ²	103	134	235	132	94	123	89	124	74
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	88	125	147	167	128	124	77	116	58

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 314	1 350	1 165	2 257	1 669	1 446	1 367	1 736	868
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 892	5 927	6 581	7 801	7 039	6 955	6 005	7 497	5 400

Landwirtschaft

	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.		Mai	Juni	Juli	Aug.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	11 599	11 625	11 331	10 778	11 624	11 314	10 231	11 456	11 894
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 853	1 859	1 633	1 447	2 063	1 666	1 267	1 434	1 675
darunter										
* Kälber	t	8	8	6	2	6	4	4	5	5
* Jungrinder	t	8	9	8	2	7	6	7	4	3
* Schweine	t	9 695	9 714	9 653	9 298	9 481	9 601	8 928	9 986	10 155
* Eierzeugung ²	1 000	17 285	16 822	16 256	15 615	15 196	15 486	16 606	18 661	19 601

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden³**

* Betriebe	Anzahl	1 017	1 041	1 045	1 042	1 042	1 040	1 040	1 040	1 039
* Beschäftigte ⁴	Anzahl	255 468	260 572	260 255	261 378	262 306	262 512	262 920	263 212	263 797
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 402	32 905	33 071	31 917	34 438	34 037	30 002	33 079	32 982
* Entgelte	Mill. EUR	1 102	1 145	1 155	1 065	1 058	1 447	1 204	1 134	1 020
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 820	8 361	8 900	8 558	8 748	8 042	7 284	8 163	7 523
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁵	Mill. EUR	4 253	4 372	4 557	4 411	4 425	4 299	3 906	4 324	3 976
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 181	2 282	2 301	2 245	2 083	2 451	2 233	2 503	2 355
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	94	86	85	75	89	86	76	85	82
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 293	1 620	1 956	1 827	2 150	1 206	1 068	1 251	1 110
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 433	2 462	2 531	2 472	2 479	2 344	2 151	2 419	2 200
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 046	1 091	1 009	1 038	1 010	1 196	1 042	1 320	1 267
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 368	4 813	5 143	5 048	5 121	4 524	4 128	4 558	4 196
Exportquote ⁶	%	55,9	57,6	57,8	59,0	58,5	56,3	56,7	55,8	55,8
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	112,4	119,5	123,5	125,0	108,3	104,4	98,5	97,5	95,1
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	113,6	110,8	114,5	114,7	104,3	108,0	105,9	103,2	97,2
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	107,6	114,0	98,9	100,7	89,7	96,3	88,3	87,2	90,9

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2017	2018				2019			
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.		Mai	Juni	Juli	Aug.

Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	161,8	150,1	163,8	165,8	148,9	146,7	153,6	196,6	145,0
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	122,0	173,1	247,9	254,1	191,0	116,6	102,6	105,9	98,1
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	114,7	110,0	114,9	114,3	104,2	106,9	112,1	104,9	95,0
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	102,6	115,0	98,2	104,3	90,1	96,5	82,5	75,4	88,7

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	173	173	173	173	173	173	173	172	172
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 531	9 807	9 706	9 754	9 892	9 795	9 796	9 787	10 002
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 141	1 186	1 188	1 144	1 276	1 223	1 069	1 185	1 222
* Entgelte ³	Mill. EUR	43	45	45	42	41	42	48	43	42

Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung⁵

* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	323	271	237	324	221	278	307	349	221
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	309	257	226	310	207	267	297	335	207

Baugewerbe Bauhauptgewerbe⁶

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	19 910	20 563	20 558	20 606	20 899	21 476	21 461	21 619	21 964
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 012	2 039	2 291	2 161	2 397	2 356	2 109	2 387	2 370
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	340	355	406	367	408	412	372	390	396
* gewerblicher Bau ⁷	1 000 h	650	667	696	698	759	750	669	788	753
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 022	1 017	1 189	1 095	1 230	1 195	1 068	1 209	1 221
darunter Straßenbau	1 000 h	561	555	646	625	703	665	600	680	673
* Entgelte	Mill. EUR	65	71	75	73	74	75	84	79	77

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe**Bauhauptgewerbe¹**

	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.		Mai	Juni	Juli	Aug.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	286	321	349	353	351	358	348	390	373
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	53	59	58	65	60	67	58	58	64
* gewerblicher Bau ²	Mill. EUR	97	107	119	111	121	125	133	132	130
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	136	155	172	177	170	167	157	200	179
darunter Straßenbau	Mill. EUR	72	81	91	102	98	89	83	105	97

Ausbaugewerbe**(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)³**

	Einheit	2017	2018	2017	2018				2019	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Betriebe ⁴	Anzahl	438	379	436	384	380	377	376	406	408
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁴	Anzahl	16 825	15 929	16 958	16 028	15 789	16 016	15 883	16 597	16 861
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	5 210	4 896	5 214	4 894	4 843	4 964	4 884	5 062	5 099
* Entgelte	Mill. EUR	138	136	149	130	134	134	146	138	146
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	485	473	600	360	460	478	595	414	484

Handel⁵**Großhandel^{6, 6}**

	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.		Mai	Juni	Juli	Aug.
* Beschäftigte	2015=100	99,9	102,8	102,7	102,8	103,9	102,7	102,5	102,8	103,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	96,1	96,8	97,6	96,8	97,7	97,9	97,8	98,2	97,4
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	98,0	103,2	110,0	102,9	108,6	114,6	102,7	115,7	110,1
* Umsatz real ⁷	2015=100	96,6	99,7	105,9	98,9	104,2	109,5	98,1	111,0	106,2

Einzelhandel^{8, 8}

* Beschäftigte	2015=100	102,4	102,9	102,6	102,3	102,9	103,0	102,9	103,1	103,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	102,4	103,6	104,0	103,8	103,1	104,5	104,5	105,0	104,4
* Umsatz nominal ⁷	2015=100	105,7	107,6	111,4	105,5	109,1	113,4	111,4	111,9	112,4
* Umsatz real ⁷	2015=100	104,0	104,2	107,9	102,8	106,0	108,6	107,0	107,8	108,4

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtszeitraums. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹

Kfz-Handel^{1,2}

Kfz-Handel ^{p, 2}	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Beschäftigte	2015=100	104,1	106,6	105,3	105,0	108,3	107,5	107,0	106,8	109,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	105,8	107,9	108,3	108,4	108,7	109,7	109,2	109,4	108,9
* Umsatz nominal ³	2015=100	109,2	113,6	124,2	115,4	113,6	130,9	117,8	125,3	113,5
* Umsatz real ³	2015=100	106,7	110,0	120,4	111,5	109,7	124,3	111,8	118,9	107,6

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2015=100	100,4	99,9	104,8	104,6	105,0	102,1	102,7	103,7	106,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	102,1	100,6	106,5	105,9	105,9	104,0	104,8	106,2	109,0
* Umsatz nominal ³	2015=100	108,6	112,7	124,1	124,4	132,8	125,8	130,7	128,2	139,5
* Umsatz real ³	2015=100	104,1	105,9	116,2	116,7	124,6	115,0	119,3	117,2	127,8

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	739	753	929	960	1 064	923	1 006	972	1 084
* darunter von Auslandsgästen	1 000	157	160	205	274	285	190	209	281	288
* Gästeübernachtungen	1 000	1 852	1 884	2 264	2 260	2 837	2 185	2 576	2 675	2 940
* darunter von Auslandsgästen	1 000	437	442	543	815	952	486	567	858	953

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 835	1 814	1 997	1 968	1 814	1 667	1 836	1 896	1 828
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 234	1 247	1 515	1 447	1 330	1 186	1 288	1 385	1 330
* Getötete Personen	Anzahl	15	14	12	14	17	16	10	21	12
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	7	7	4	6	11	12	4	4	3
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	4	4	5	2	2	13	7
Radfahrer	Anzahl	1	1	1	1	1	2	3	4	1
Fußgänger	Anzahl	2	2	3	2	-	-	1	-	1
* Verletzte Personen	Anzahl	1 594	1 616	1 928	1 858	1 710	1 540	1 673	1 748	1 644

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2017	2018			2019				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
schwer verletzte Personen	Anzahl	297	301	404	402	371	299	337	382	348
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	129	131	147	142	132	140	149	142	99
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	83	82	131	151	132	90	90	127	121
Radfahrer	Anzahl	44	47	79	79	67	38	57	81	92
Fußgänger	Anzahl	29	29	28	21	21	19	34	22	19

Kraftfahrzeuge¹

Kraftfahrzeuge ¹	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 081	13 420	15 624	14 426	15 074	15 662	15 099	14 874	15 003
darunter										
Krafträder	Anzahl	622	696	993	917	896	1 046	951	1 018	851
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 959	11 174	12 895	12 057	12 533	12 621	12 192	12 296	12 358
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 036	1 090	1 141	896	1 134	1 436	1 277	981	1 271
Zugmaschinen	Anzahl	373	357	436	449	381	484	552	432	388

Personenbeförderung

Personenbeförderung	Einheit	2017	2018	2017	2018				2019	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	70 419	67 851	73 192	70 901	69 858	66 784	63 859	60 704	...
Personenkilometer ³	Mill.	717	746	734	760	752	748	724	677	...

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Güterempfang	1 000 t	943	947	1 196	1 119	1 076	1 126	1 241	1 125	1 051
* Güterversand	1 000 t	776	713	865	860	860	935	1 036	838	860

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	4 569	4 991	4 860	5 339	5 288	4 468	4 699	4 177	4 619
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	319	316	321	310	341	318	312	317	334
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	4 199	4 618	4 483	4 970	4 888	4 079	4 283	3 752	4 143

1 Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Ausfuhr (Spezialhandel)²**

Ausfuhr (Spezialhandel) ²		Einheit	2017	2018				2019			
			Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
*	Rohstoffe	Mill. EUR	25	26	26	29	31	30	30	23	22
*	Halbwaren	Mill. EUR	150	158	169	167	183	153	164	155	159
*	Fertigwaren	Mill. EUR	4 024	4 434	4 288	4 774	4 675	3 895	4 090	3 574	3 961
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 025	1 017	956	1 062	1 045	925	1 110	915	1 018
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 999	3 418	3 332	3 712	3 630	2 970	2 979	2 659	2 944
davon nach											
*	Europa	Mill. EUR	3 196	3 547	3 444	3 915	3 788	3 012	3 142	2 846	3 022
*	darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 855	3 211	3 084	3 569	3 463	2 665	2 811	2 543	2 688
	Belgien	Mill. EUR	204	205	191	213	203	176	211	196	188
	Luxemburg	Mill. EUR	53	57	54	63	64	54	57	49	52
	Dänemark	Mill. EUR	51	49	50	52	44	50	49	49	48
	Finnland	Mill. EUR	35	33	29	34	31	34	34	34	32
	Frankreich	Mill. EUR	440	470	451	479	507	452	456	441	465
	Griechenland	Mill. EUR	33	34	32	38	30	28	69	30	34
	Großbritannien	Mill. EUR	295	286	268	288	290	232	232	229	261
	Irland	Mill. EUR	77	403	340	740	586	65	45	23	32
	Italien	Mill. EUR	272	273	291	261	309	245	276	254	268
	Niederlande	Mill. EUR	327	332	320	318	360	285	290	259	285
	Österreich	Mill. EUR	171	180	170	194	181	185	188	172	183
	Schweden	Mill. EUR	84	86	93	79	66	81	88	75	76
	Spanien	Mill. EUR	225	222	218	221	235	210	235	197	232
	Portugal	Mill. EUR	42	36	34	34	35	38	24	23	24
*	Afrika	Mill. EUR	113	119	112	104	128	133	163	107	155
*	Amerika	Mill. EUR	579	635	659	642	678	664	617	565	686
	darunter nach USA	Mill. EUR	399	443	467	438	486	464	403	389	455
*	Asien	Mill. EUR	630	635	587	610	619	609	728	590	703
	darunter nach China	Mill. EUR	164	187	158	170	168	186	216	189	228
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	52	55	58	68	75	49	48	68	52

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	3 362	3 793	4 102	4 209	3 885	3 260	3 715	3 117	3 340
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	270	275	299	287	288	294	283	290	265
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 927	3 326	3 642	3 712	3 397	2 722	3 123	2 521	2 700
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	37	37	33	36	41	39	41	35	39
* Halbwaren	Mill. EUR	290	288	273	278	280	257	272	265	225
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 600	3 001	3 336	3 398	3 076	2 427	2 810	2 221	2 436

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einfuhr (Generalhandel) ²		Einheit	2017	2018			2019				
			Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
davon											
*	Vorerzeugnisse	Mill. EUR	703	1 015	1 395	1 436	1 187	617	599	549	504
*	Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 898	1 986	1 941	1 962	1 889	1 810	2 211	1 673	1 932
* davon aus											
*	Europa	Mill. EUR	2 494	2 879	3 089	3 263	2 985	2 428	2 835	2 301	2 476
*	darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	2 268	2 627	2 840	3 022	2 739	2 134	2 567	2 083	2 207
	Belgien	Mill. EUR	291	274	279	277	283	233	240	247	178
	Luxemburg	Mill. EUR	53	53	59	54	61	55	51	47	53
	Dänemark	Mill. EUR	30	22	25	21	18	21	18	20	21
	Finnland	Mill. EUR	15	14	11	14	13	18	15	13	12
	Frankreich	Mill. EUR	276	314	310	335	302	288	299	275	299
	Griechenland	Mill. EUR	8	10	8	13	10	20	20	10	21
	Großbritannien	Mill. EUR	118	129	121	132	129	95	92	118	85
	Irland	Mill. EUR	107	231	369	225	350	105	102	82	91
	Italien	Mill. EUR	216	415	558	818	470	197	231	228	236
	Niederlande	Mill. EUR	325	329	312	323	331	347	343	303	257
	Österreich	Mill. EUR	107	123	120	131	125	125	121	99	161
	Schweden	Mill. EUR	68	50	49	48	42	35	40	34	40
	Spanien	Mill. EUR	215	194	138	152	140	122	519	133	257
	Portugal	Mill. EUR	21	21	23	24	22	18	24	20	21
*	Afrika	Mill. EUR	53	47	45	39	53	46	50	68	61
*	Amerika	Mill. EUR	274	296	352	258	291	304	287	257	260
	darunter aus USA	Mill. EUR	217	238	283	207	235	219	210	181	185
*	Asien	Mill. EUR	528	561	607	638	547	474	527	479	530
	darunter aus China	Mill. EUR	214	230	209	224	221	209	241	219	267
*	Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	5	5	6	5	6	10	7	6

Gewerbeanzeigen³

Gewerbeanzeigen ³	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 638	2 664	2 659	2 478	2 816	2 584	2 264	2 612	2 695
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	442	461	464	441	445	436	349	481	469
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 732	1 725	1 728	1 584	1 871	1 740	1 524	1 674	1 788
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 678	2 671	2 458	2 416	2 543	2 189	1 902	2 281	2 449
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	385	394	353	403	368	314	258	390	332
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 815	1 791	1 663	1 549	1 696	1 442	1 284	1 449	1 663

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.		Mai	Juni	Juli	Aug.
* Insgesamt	Anzahl	451	404	427	387	367	438	356	391	418
davon										
* Unternehmen	Anzahl	60	60	65	57	47	54	55	51	56
* Verbraucher	Anzahl	267	238	264	221	209	271	207	227	265
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	104	88	79	86	87	94	80	91	83
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	20	18	19	23	24	19	14	22	14
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	55	59	82	39	52	45	43	51	52

Handwerk²

	Einheit	2017	2018	2017	2018				2019	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	99,1	99,6	99,2	98,8	98,9	101,2	99,8	99,3	99,1
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	110,6	115,2	123,7	95,7	115,3	118,9	131,1	103,4	121,5

Preise

	Einheit	2017	2018				2019			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.		Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2015=100	101,7	103,4	104,1	104,3	104,6	105,7	105,6	105,4	105,4
* Nettokalmieten (Teilindex)	2015=100	101,4	102,8	102,7	103,1	103,4	104,7	104,7	104,8	104,9

Verdienste⁷

	Einheit	2017	2018	2017	2018				2019	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 999	4 118	3 703	3 694	3 748	3 782	3 823	3 800	...
* Frauen	EUR	3 483	3 593	3 257	3 279	3 302	3 352	3 379	3 402	...
* Männer	EUR	4 215	4 331	3 891	3 864	3 930	3 957	4 004	3 964	...
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	7 557	7 818	6 750	6 773	6 859	6 946	6 937	6 882	...
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	4 610	4 778	4 297	4 330	4 374	4 431	4 472	4 426	...
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 439	3 556	3 220	3 210	3 263	3 291	3 329	3 292	...
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 773	2 913	2 614	2 634	2 720	2 719	2 754	2 705	...
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	2 307	2 422	2 196	2 199	2 262	2 290	2 337	2 364	...

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtsraumes ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2017	2018	2017	2018				2019	
		Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 336	4 482	3 933	3 877	3 979	3 977	4 025	3 945	4 031
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 910	3 959	3 663	3 544	3 604	3 643	3 716	3 630	3 624
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 512	4 666	4 062	4 016	4 109	4 087	4 155	4 094	4 187
* Energieversorgung	EUR	5 296	5 585	4 742	4 739	4 790	4 912	4 935	5 037	5 161
* Wasserversorgung ²	EUR	3 411	3 481	3 231	3 193	3 235	3 295	3 261	3 329	3 387
* Baugewerbe	EUR	3 465	3 609	3 285	3 199	3 353	3 429	3 410	3 281	3 364
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 800	3 896	3 569	3 585	3 608	3 664	3 699	3 704	3 731
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 621	3 716	3 363	3 390	3 397	3 421	3 456	3 557	3 538
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 017	2 972	2 875	2 745	2 807	2 810	2 862	2 918	2 893
* Gastgewerbe	EUR	2 367	2 321	2 303	2 247	2 248	2 242	2 225	2 261	2 282
* Information und Kommunikation	EUR	5 175	5 610	4 806	4 982	5 097	5 185	5 276	5 043	4 991
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 272	5 252	4 437	4 440	4 365	4 555	4 481	4 698	4 779
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	/	4 258	(3 782)	(3 594)	3 796	3 825	3 846	3 824	3 781
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 008	5 126	4 390	4 559	4 544	4 526	4 609	4 548	4 540
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 539	2 685	2 434	(2 498)	2 559	(2 592)	(2 650)	2 618	2 636
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 832	3 920	3 724	3 742	3 742	3 826	3 861	3 810	3 903
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 212	4 422	4 103	4 270	4 259	4 318	4 308	4 272	4 338
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 916	4 024	3 728	3 669	3 723	3 845	3 863	3 774	3 846
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 842	3 862	3 553	3 553	3 576	3 590	3 705	3 214	3 277
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 486	3 571	3 293	3 280	3 335	3 361	3 438	3 444	3 598

Geld und Kredit³

Geld und Kredit³

	Einheit	2016	2017		2018				2019	
		Durchschnitt	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	125 291	120 539	120 624	121 502	122 740	122 902	124 560	125 627	126 385
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	10 512	10 125	10 016	9 838	9 889	9 879	9 991	10 156	10 537

¹ Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – ² Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – ³ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2016	2017		2018				2019	
	Durchschnitt	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 874	10 674	10 538	10 351	10 101	10 069	10 050	10 222	10 142
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	102 905	99 740	100 070	101 313	102 750	102 954	104 519	105 249	105 706
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	119 667	115 837	115 942	116 794	118 030	117 838	118 640	119 354	120 473
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	108 875	106 329	106 932	107 879	109 291	110 308	111 156	111 675	112 924
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 799	9 508	9 010	8 915	8 739	7 530	7 484	7 679	7 549
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 624	4 702	4 682	4 708	4 710	5 064	5 920	6 273	5 912

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	117 277	114 374	117 436	115 541	117 441	118 782	121 290	120 456	122 498
Sichteinlagen	Mill. EUR	65 568	69 255	72 685	71 010	72 760	74 439	77 175	76 285	78 109
Termineinlagen	Mill. EUR	20 740	15 921	15 787	15 775	16 026	15 884	15 506	15 575	15 933
Sparbriefe	Mill. EUR	3 658	2 923	2 764	2 683	2 624	2 542	2 460	2 395	2 292
Spareinlagen	Mill. EUR	27 311	26 275	26 200	26 073	26 031	25 917	26 149	26 201	26 164
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	115 318	112 722	115 797	113 762	115 708	117 024	119 422	118 587	120 611
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	112 677	110 134	112 770	110 928	112 475	113 973	116 071	115 620	117 609
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 640	2 588	3 027	2 834	3 233	3 051	3 351	2 967	3 002
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 960	1 652	1 639	1 779	1 733	1 758	1 868	1 869	1 887

Steuern

Einheit	2017	2018			2019			
	Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 415	4 573	4 107	4 760	4 765	5 778	3 942	4 757	5 153
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 340	1 374	922	1 415	1 566	2 334	916	1 330	1 864
Lohnsteuer	Mill. EUR	888	951	773	1 293	688	896	850	1 383	736
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	172	185	-	598	-	-	-	623	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	189	207	-36	-13	579	616	-53	-43	639
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	102	101	268	38	30	520	121	46	117

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2017	2018			2019			
	Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	25	26	6	61	4	-2	5	56	4
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	17	20	-	56	-	-	-	51	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	136	89	-90	36	265	305	-8	-112	369
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-18	-31	-	-15	-	-	-	-105	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	3 075	3 199	3 185	3 345	3 199	3 444	3 026	3 427	3 289
Umsatzsteuer	Mill. EUR	558	552	468	615	534	594	559	581	637
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 517	2 647	2 717	2 729	2 665	2 850	2 467	2 845	2 652

Zölle

Mill. EUR	220	226	227	264	262	232	224	261	255
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern

Mill. EUR	88	89	71	72	102	121	74	71	122
-----------	----	----	----	----	-----	-----	----	----	-----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	30	31	34	34	21	22	32	35	27
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	58	58	37	38	80	99	43	36	96

Landessteuern

Mill. EUR	83	87	84	87	78	87	95	87	94
-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	21	24	25	17	16	26	23	21	20
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	44	44	43	54	39	38	56	48	52
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	14	15	12	12	18	19	11	14	18
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	1	2	2	1	1	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	3	3	3	3	3	3	3

Einheit	2017	2018	2017	2018				2019	
	Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.

Gemeindesteuern	Mill. EUR	718	789	723	794	876	773	712	738	757
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	5	6	4	5	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	140	142	130	134	143	163	130	136	150
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	549	615	566	630	700	576	554	574	577
sonstige Gemeindesteuern ¹	Mill. EUR	24	26	23	25	28	28	24	23	26

¹ Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeinde- verbände

Einheit	2017	2018	2017	2018				2019	
	Durchschnitt		4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.

Mill. EUR	1 119	1 206	1 509	783	1 323	1 159	1 559	748	1 214
Mill. EUR	449	504	393	605	587	448	374	551	480
Mill. EUR	438	454	832	14	489	438	875	32	470
Mill. EUR	62	75	127	-0	71	75	152	1	84

Einheit	2017	2018			2019			
	Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.

Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	1 066	1 064	898	1 096	1 014	1 717	919	1 002	1 318
Landessteuern	Mill. EUR	83	87	84	87	78	87	95	87	94
Anteil an den Steuern vom										
Einkommen	Mill. EUR	520	529	342	544	622	984	327	490	756
Lohnsteuer	Mill. EUR	313	336	265	486	230	312	293	517	241
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	80	88	-15	-5	246	262	-22	-18	272
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	47	48	134	19	11	258	58	22	57
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	11	12	3	27	2	-1	2	25	2
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	68	44	-45	18	133	152	-4	-56	184
Anteil an den Steuern vom										
Umsatz	Mill. EUR	436	418	373	463	314	646	424	425	468
Umsatzsteuer	Mill. EUR	329	296	263	345	191	520	314	326	311
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	107	121	111	117	123	126	110	99	157
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	7	8	27	1	-	0	22	0	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	8	0	-	-	-	-	-
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	15	16	53	1	-	0	43	0	0
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	3	11	0	-	0	9	0	0

Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 114	2 216	2 029	2 264	2 312	2 778	1 897	2 229	2 472
Bundessteuern	Mill. EUR	88	89	71	72	102	121	74	71	122
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	586	598	404	607	687	1 053	397	560	828
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 433	1 521	1 526	1 584	1 523	1 604	1 404	1 598	1 522
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	7	8	27	1	-	0	22	0	0

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Oktober 2019

Statistische Berichte

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Berufsbildung 2018

Kennziffer: B2053 201800

Abschlussprüfungen an Hochschulen im
Prüfungsjahr 2018

Kennziffer: B3033 201800

Land- und Forstwirtschaft, FischereiWachstumstand und Ernte von Feldfrüchten
und Grünland im August 2019

Kennziffer: C2013 201904

**Gewerbeanzeigen, Unternehmen und
Arbeitsstätten, Insolvenzen**

Gewerbeanzeigen im August 2019

Kennziffer: D1023 201908

Produzierendes Gewerbe, HandwerkVerarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen und Erden im August 2019 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit
50 und mehr Beschäftigten

Kennziffer: E1023 201908

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende
Gewerbe im August 2019

Kennziffer: E1033 201908

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im
August 2019

Kennziffer: E1113 201908

Bauhauptgewerbe im August 2019 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau

Kennziffer: E2023 201908

Elektrizitäts- und Wärmeherzeugung der Kraftwerke
der allgemeinen Versorgung im Juli 2019

Kennziffer: E4023 201907

Das Handwerk 2017

Kennziffer: E5033 201700

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im August 2019

Kennziffer: F2033 201908

Handel, Tourismus, GastgewerbeBeschäftigte und Umsatz im Handel und
im Gastgewerbe 2018

Kennziffer: G1013 201800

Beschäftigte und Umsatz im Handel und
im Gastgewerbe im Juli 2019

Kennziffer: G1023 201907

Aus- und Einfuhr im Juli 2019

Kennziffer: G3023 201907

Gäste und Übernachtungen im Tourismus
im August 2019

Kennziffer: G4023 201908

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Juli 2019

Kennziffer: H1023 201907

Binnenschifffahrt im Juni 2019

Kennziffer: H2023 201906

SozialleistungenSozialhilfe 2018 – Leistungen nach dem 5. bis
9. Kapitel des SGB XII – Empfängerinnen und
Empfänger, Ausgaben und Einnahmen

Kennziffer: K1153 201800

Öffentliche Finanzen, Personal, SteuernStaats- und Kommunalfinanzen –
Jahresrechnungsergebnisse 2017

Kennziffer: L1033 201700

Gemeindefinanzen 2017 – Jahresrechnungsergebnisse
Kennziffer: L2013 201700

Öffentliche Klärschlammmentsorgung 2018
Kennziffer: Q1063 201800

Umwelt

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen 2018
Kennziffer: Q1053 201800

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Oktober 2019
Kennziffer: Z2201 201910

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik
Deutschland 2014 bis 2018 – Reihe 1, Band 1
(Berechnungsstand: August 2019)
Kennziffer: A6215 201900

Wohnen in Deutschland –
Zusatzprogramm des Mikrozensus 2018
Kennziffer: F1025 201800

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in
den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundes-
republik Deutschland 2000 bis 2017 – Reihe 2 Kreis-
ergebnisse, Band 2 (Berechnungsstand: August 2018)
Kennziffer: P1325 201800

Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien
Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutsch-
land 1995 bis 2017 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 3
(Berechnungsstand: August 2018)
Kennziffer: P1335 201800

Verzeichnisse und Adressarien

Verzeichnis der Kommunalverwaltungen –
Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister
Stand: Oktober 2019
Kennziffer: A5034E201900

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: [totojang1977 – stock.adobe.com](https://www.gettyimages.com/detail/stock-photo/totojang1977)

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte